Angelika Beer (Hrsg.), MdEP
www.angelika-beer.de

Europa im Visier der Rechtsextremen

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Inhalt

Vorwort 3
Angelika Beer, MdEP

Aufruf: Keine Stimme den Rechtsextremisten! 7

1. Kapitel: 9
Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten
Dr. Thomas Grumke

2. Kapitel: 26
Keineswegs mehr nur rechter Rand
Prof. Dr. Hajo Funke

3. Kapitel: 36
Straßburg ganz rechts: Die Situation im Europäischen Parlament
und die europaweite Vernetzung auf Parteienebene
Steffen Vogel

4. Kapitel: 41
Was tut die Europäische Union?
Der Kampf gegen Rechts ist eine europäische Aufgabe
Moritz Altenried

5. Kapitel: 48
Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa
Britta Schellenberg

6. Kapitel: 58
Lokale Strategien gegen Rechtsextremismus am Beispiel der Stadt Hamburg
Justizsenator Dr. Till Steffen

Zum Titelbild:

Ein Mitglied der rechtsradikalen »Blood and Honour« - Vereinigung tritt am 30.4.2004 bei einer gegen die Europäische Union gerichteten Demonstration in Budapest (Ungarn) auf eine Europaflagge. In jenen Tagen wurde das einst zerrissene Europa fast 15 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wieder vereint. Die Europäische Union nahm am 01.05.2004 zehn neue Mitglieder hauptsächlich aus Ost- und Mitteleuropa auf. Etwa 74 Millionen Bürger kamen hinzu. In der EU leben nun fast 455 Millionen Menschen.

7. Kapitel: **64**
Exemplarische Länderstudien

7.1. Rechtsextremismus in Europa - das Fallbeispiel Österreich 64
Ulrike Lunacek, Nationalratsabgeordnete Österreich

7.2. Die extreme Rechte in Italien 68
Henning Flad

7.3. Die französische extreme Rechte 74
Dr. Jean-Yves Camus

7.4. Neonazismus und Rechtspopulismus in Tschechien 79
Markus Pape

8. Kapitel: **86**
Die Situation in Europa. Kurzüberblick über 31 Länder

8.1. Vorbemerkung 86

8.2. Überblick: Kooperation und regionale Tendenzen 86

8.2.1. Parteien und Organisationen 86

8.2.2. Subkulturen und Musik 88

8.2.3. Internet 89

8.2.4. Regionale Gemeinsamkeiten und die Zivilgesellschaft 90

8.3. Länderglossar – 31 Länder 92

8.4. Literatur 126

Links gegen Rechts in Europa **127**

Impressum **128**

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

»Europa im Visier der Rechtsextremen« – dieser Titel ist das Ergebnis unterschiedlicher Analysen, Recherchen und Diskussionen der letzten vier Jahre. Egal wohin mich meine Aufgaben als Europaabgeordnete seit 2004 geführt haben – das Phänomen Rechtsextremismus und Antisemitismus lässt sich geographisch nicht eingrenzen. Ob im Europa der 27, in Israel, in Russland oder im Iran: Ursachen, Anfälligkeiten und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien lassen sich manchmal nur erahnen. Kurz: Wir betreten Neuland, in jeder Hinsicht. Es gibt nicht den Fachmann oder die Fachfrau zu diesem Thema! Am Ende der Arbeit zu dieser Publikation ist klar: Das Phänomen der extremen Rechten in Europa und ihrer Verzahnung muss zwingend weiter untersucht werden.

Dies ist also erst der Anfang! Aber die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Information und des internationalen Widerstands gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus wächst von Tag zu Tag – nicht nur weil wir in Deutschland ein Superwahljahr vor uns haben, sondern auch weil deutsche Neonazis und Rechtsextremisten eine wesentliche Rolle in der europäischen Verzahnung der menschenverachtenden Ideologie spielen. Die Tatsachen, dass die Rechtsextremen in ganz Europa zur Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden mobilisieren und es am 1. Mai 2008 keineswegs nur in Hamburg zu Nazi-Demonstrationen kam, bei denen die »Autonomen Nationalisten« durch ihr aggressives Auftreten Schlagzeilen machten, lassen nur einen Schluss zu: Unser Widerstand muss breiter, muss europäischer werden. Gemeinsam mit den AutorInnen dieser Publikation möchte ich über die Vernetzung der extremen Rechten in Europa informieren und dagegen mobilisieren.

Bei der Erarbeitung dieser Publikation wurde einmal mehr deutlich, dass ein Verbot, wie es vor allem in Deutschland immer wieder im Zusammenhang mit der NPD diskutiert wird, das Übel nicht an der Wurzel packen kann. Ein Verbot allein ist kein Allheilmittel gegen Rassismus und Antisemitismus und ändert nichts an der menschenverachtenden Ideologie der extremen Rechten, die sich europaweit und darüber hinaus organisiert. Vielmehr brauchen wir die notwendige Bereitschaft auf allen gesellschaftlichen und politisch verantwortlichen Ebenen, umfassend und unter Einsatz aller – auch präventiver – Mittel, um den Rechten auf allen Ebenen und über die Landesgrenzen hinaus Paroli zu bieten.

Mit der vorliegenden Publikation knüpfe ich an die bereits erschienenen Broschüren **»Rechtsextremisten in Norddeutschland«** (2006) und **»Braune Gefahr für Deutschland«** (2008) an, die jeweils in Zusammenarbeit mit Andreas Speit entstanden sind. Die große Nachfrage nach beiden Broschüren bestärkt mich in meinem Bestreben, über die rechte Szene zu informieren und RechtsextremistInnen ein Gesicht zu geben. Demokratie ist verletzlich. Diese Erfahrung gilt nicht nur für die Kommune, das Land und den Bund, sondern es betrifft auch unser Europa. In der Publikation **»Braune Gefahr für Deutschland«** (Kapitel 8: »Europa der Vaterländer«, S. 64-72) hatten wir bereits die Gründung der rechtsextremen Fraktion ITS (»Identität, Tradition, Souveränität«) im Europaparlament geschildert, die Vernetzung über Rechtsrock sowie die Bestrebungen der extremen Rechten zur Gründung einer »Internationalen der Nationalen« im Hinblick auf die Europawahl im Juni 2009 aufgezeigt. Fakt ist leider, dass die Aufmerksamkeit der anderen politischen Parteien seit dem Auseinanderbrechen der ITS-Fraktion weitestgehend erloschen ist. Und das obwohl die extreme Rechte bis zum heutigen Tag durch ihre Mitglieder im Parlament vertreten ist. Diesen Nazis im Nadelstreifenanzug müssen wir denselben entschiedenen Widerstand entgegensetzen wie jenen mit Springerstiefeln und Glatze.

Im Januar 2008 kamen die führenden Köpfe der europäischen Rechten zusammen, um die Gründung einer europäischen, extrem rechten Partei zu planen. Immer wieder treffen sich RechtsextremistInnen aus ganz Europa zu Gedenktagen, Demonstrationen und Kongressen, wie zum »Anti-Islamisierungskongress« im September 2008, der aufgrund des breiten gesellschaftlichen Protests nicht zum gewünschten Erfolg führte. Am 9. und 10. Mai 2009 soll der nächste »Anti-Islamisierungskongress« stattfinden, initiiert von »Pro Köln«, FPÖ und Vlaams Belang sowie dem Deutschen Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche. Ihr Ziel, eine möglichst starke Gruppierung der extremen Rechten im nächsten Europaparlament zu stellen, wird vorangetrieben – unabhängig davon, ob es auf dem NPD-Parteitag im März 2009 zum Bruch zwischen Freien Kameradschaften und NPD kommt oder nicht. Bisherige Umfragen zeigen, dass KandidatInnen der rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen große Chancen haben, gewählt zu werden. [1] Deshalb gilt es für alle DemokratInnen, sich in den kommenden Wochen und Monaten zum einen für eine hohe Wahlbeteiligung einzusetzen und zum anderen gemeinsam dazu aufzurufen, die Stimme nicht jenen zu geben, die die Demokratie mit Füßen treten.

Vor diesem Hintergrund haben wir am 28. November 2008 in Hamburg auf der Konferenz **»Rechtsextremismus in Europa«** mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Politik die Erscheinungsformen und Strategien der extremen Rechten analysiert und Gegenstrategien diskutiert. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Konferenz ist, dass es falsch wäre, die rechtspopulistischen Parteien weniger ernst zu nehmen als die rechtsextremen. Denn es sind die rechtspopulistischen Parteien und Listen, die oft erst den Boden für Sympathisierungen mit der extremen Rechten bereiten. Mit unserem in Hamburg beschlossenen Aufruf **»Keine Stimme den Rechtsextremisten!«** wollen wir verhindern, dass Europa ohne Widerspruch und Gegenwehr im Visier der Rechtsextremen bleibt.

[1] Flankiert werden diese Entwicklungen von scheinbar demokratischen Initiativen wie der »Bürgerbewegung Pax Europa e.V.« (BPE e.V.), die sich als »Menschenrechtsorganisation für Freiheit und Demokratie gegen Islamisierung« bezeichnet. Sie fordert die Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und will »die Öffentlichkeit über die Gefahren einer europaweiten Islamisierung aufklären, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellt und bedroht«. (vgl.: www.buergerbewegung-pax-europa.de).

In den folgenden Beiträgen wird das Ausmaß des rechtsextremen Einflusses in Europa beispielhaft dargestellt:

Im ersten Kapitel erläutert Dr. Thomas Grumke vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen unter dem Titel »Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten« deren Grundlagen, ideologische Rechtfertigung und nennt deren Hauptakteure.

In »Keineswegs mehr nur rechter Rand« geht Prof. Dr. Hajo Funke auf die unterschiedlichen Ursachen, Faktoren und Ausprägungen von Rechtsextremismus in West- und Osteuropa ein.

»Straßburg ganz rechts« von Steffen Vogel behandelt die Situation im Europäischen Parlament mit der bereits angesprochenen ITS-Fraktion sowie weitere Pläne um eine europaweite Vernetzung auf Parteienebene als »Internationale der Nationalen«.

Moritz Altenried beschäftigt sich im vierten Kapitel mit der Frage »Was tut die Europäische Union?« und geht hier insbesondere auf die verschiedenen Förderprogramme und Agenturen der Europäischen Union ein.

Britta Schellenberg stellt »Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa« vor. Auf der Grundlage des Projekts »Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa« der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung (C A P) der Ludwig-Maximilians-Universität München erstellte sie einen Leitfaden für Strategien und nennt positive Beispiele der Gegenwehr. Dr. Till Steffen stellt am Beispiel Hamburgs eine Strategie gegen Rechtsextremismus vor, die längst nicht Praxis in allen deutschen Städten ist.

In exemplarischen Länderstudien gehen die AutorInnen Ulrike Lunacek (NRAbg.), Henning Flad, Dr. Jean-Yves Camus und Markus Pape genauer auf die Lage in Österreich, Italien, Frankreich und Tschechien ein. Das Länderglossar am Ende bietet schließlich übersichtliche und kurze Zusammenfassungen der Situation in allen europäischen Ländern (einschließlich Russland und Weißrussland).

Liebe Leserinnen und Leser, Rechtsextremismus in Europa umfasst viele unterschiedliche Formen und Ausprägungen von rechtsextremistischer und menschenfeindlicher Ideologie. Das macht die Darstellung und Analyse des Problems äußerst umfangreich. Ich denke es ist uns gelungen, in diesem kleineren Rahmen einen ersten Einblick in das Phänomen zu geben, über die Akteure und ihr Tun in der europäischen Vernetzung der Rechtsextremisten zu informieren und Anregungen zu geben, wie wir uns dagegenstellen und von anderen lernen können.

Ich bedanke mich bei allen, die sich an der Konferenz und an der Erstellung dieser Publikation beteiligt haben, ganz herzlich! Es war eine weitere und sehr wichtige Erfahrung, zu erleben, wie die gemeinsame Vision eines Europas ohne Rechtsextremismus zusammenführen und verbinden kann.

Ich freue mich auf eine spannende Diskussion mit Ihnen und Euch und rufe dazu auf, den nachstehend abgedruckten Aufruf »Keine Stimme den Rechtsextremisten!« zu unterzeichnen!

Ihre und Eure

Angelika Beer

Angelika Beer, Jg. 1957, ist Grüne Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein. Sie ist Gründungsmitglied der Grünen und engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die durch den Tod von Erich Fried viel zu früh beendete Freundschaft war und bleibt treibende Kraft für ihr Engagement. In ihrer Heimatstadt Neumünster gründete sie als Reaktion auf den »Club 88« (Club Heil Hitler) den Verein für Toleranz und Zivilcourage. Sie hat im April 2008 die »Aktion Noteingang« in Norddeutschland wieder belebt. In Zusammenarbeit mit dem freien Journalisten Andreas Speit hat sie 2006 die Broschüre ***»Rechtsextremismus in Norddeutschland«*** *und Mitte 2008 die Broschüre* ***»Braune Gefahr für Deutschland«*** *veröffentlicht.*

Aufruf: Keine Stimme den Rechtsextremisten!

Rechtsextremisten in ganz Europa vernetzen sich für einen rechten Wahlerfolg bei den Europawahlen am 4.-7. Juni 2009.

Wir rufen EuropäerInnen aus allen Mitgliedstaaten dazu auf, Rechtsextreme nicht ungehindert in die Parlamente ziehen zu lassen. Für menschenverachtende und undemokratische Ideologien darf in unseren Parlamenten kein Raum sein – nicht in der Kommune, der Gemeinde oder im Bezirk, nicht in den nationalen Parlamenten und auch nicht im Europäischen Parlament.

Wir werden uns geschlossen über Landes- und Parteigrenzen hinweg denen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten, unsere Demokratie abschaffen wollen und nationalistische wie rassistische Hasspropaganda betreiben. Wir rufen daher dazu auf, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien am 4.-7. Juni keine Stimme zu geben!

Rechtsextremismus ist ein europaweites und grenzüberschreitendes Problem. Das Netzwerk »Internationale der Nationalen« – eine Plattform der Rechten für die bevorstehende Europawahl – wird immer dichter gestrickt: Nach dem »Anti-Islamisierungskongress« möchte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in Köln ein Wahlkampfbüro eröffnen, die italienische Forza Nuova plant eine gemeinsame Wahlkampagne mit der FPÖ und die »European National Front« von NPD und den rechten Parteien aus Rumänien, Griechenland, Frankreich und Litauen trafen sich Anfang Februar 2008, um die »Rolle der Patriotischen Kräfte« in Europa zu koordinieren.

Die europäischen Rechten sind durch die neuen Medien hervorragend vernetzt und tauschen untereinander Kampagnen, Ideen und Kleidungscodes. In Kleidung und Sprachcodes passen sich RechtsextremistInnen zunehmend dem Stil der Antifa an: Der »nationale schwarze Block«, in dem RechtsextremistInnen aus ganz Deutschland bei den Demonstrationen zum 1. Mai 2008 in Hamburg auftraten, ist keine Einzelerscheinung, ähnliche Bilder gibt es auch aus anderen europäischen Staaten.

Wir müssen den Rechten Paroli bieten, wenn sie mit einer »Internationa-

len der Nationalen« zur Europawahl antreten wollen. Das geht aber nur, wenn alle Ebenen, von Kommune, Gemeinde und Bezirk bis ins Europaparlament, an einem Strang ziehen.

Eine rechtsextreme Fraktion im Europäischen Parlament, in der die Rechten ihre zerstörerische Ideologie mit den Mitteln der Demokratie manifestieren oder gar vorantreiben können, darf es nicht mehr geben. Wir streiten für ein Europa, in dem alle Menschen unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und Sexualität unsere Solidarität haben. Darum rufen wir europaweit dazu auf, gegen die europäischen Rechtsextremisten, gegen ein »Europa der nationalistischen Vaterländer« zu mobilisieren.

Aufruf unterzeichnen unter:

www.angelika-beer.de

ErstunterzeichnerInnen:

Angelika Beer, Die Grünen/EFA MdEP
Manuel Sarrazin, Bündnis 90/Die Grünen MdB
Antje Möller, GAL Hamburg MdHB
Dr. Till Steffen, GAL Hamburg, Justizsenator
Der Bundesvorstand der Grünen Jugend
Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen MdB
Astrid Rothe-Beinlich, Mitglied im Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen
Rainder Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen MdB
Elisabeth Schroedter, Die Grünen/EFA MdEP
Katja Weding, stellv. Leiterin der Filiale Nordwest-Russland Deutsch-Russische Auslandshandelskammer
Bettina Thöring, Landesgeschäftsführerin Europa-Union Hamburg e.V.
Gisela Kallenbach, Die Grünen/EFA MdEP
Gabi Zimmer, GUE/NGL MdEP
Christa Prets, PES MdEP
Satu Hassi, Die Grünen/EFA MdEP
Heide Rühle, Die Grünen/EFA MdEP
Marusya Lyubcheva, PES MdEP
Kristian Vigenin, PES Group Vice President MdEP
Els de Groen, Die Grünen/EFA MdEP

1. Kapitel: Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten

Dr. Thomas Grumke

1. Grundlagen der transnationalen Infrastruktur der extremistischen Rechten

»Der Ausländer ist die
Globalisierung vor Ort«[1]

Wenn der Rechtsextremismus mehr sein will als die Summe nationaler Sammelbecken des Protests gegen sozialen Wandel, progressive Diskurse und Multikulturalität, will er seine fundamentalen Ziele auch wirklich politisch realisieren, dann muss er auch global denken und handeln, dann muss er auch als transnationaler Akteur auftreten. Richard Stöss (2001: 2) stellt zutreffend fest: »Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremismen, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden, kann als ein wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden.«
Die Grundhypothesen dieses Beitrags sind auf dieser Grundlage:

1. Globalisierung prägt und verändert nicht nur die Welt, wie wir sie kennen, sondern auch diejenigen Bewegungen, die sich gegen sie stellen. Dies gilt auch für rechtsextremistische, also inhärent nationalistische, Bestrebungen.
2. Es besteht ein transnationales Netzwerk von Rechtsextremisten, das von einer kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen wird. Die kollektive Identität ist a) im Sinne von Rassezugehörigkeit die eines Weißen (bzw. »Ariers«) und b) im Sinne der Kulturzugehörigkeit die eines dezidiert abendländischen Kulturkreises. Die kompatiblen ideologischen Elemente sind pan-arischer Rassismus und Antisemitismus (vgl. Grumke 2002).

Zentrale transnational agierende Aktivisten der extremistischen Rechten definieren Nationalität nicht nach Staatszugehörigkeit oder Geographie, sondern nach Rasse. Schützens- und verteidigenswert ist nicht vordringlich die Nation an sich, sondern die von »Überfremdung« und »race-mixing« bedrohten An-

[1] Welzk 1998: 42.

gehörigen der »weißen Rasse«, die in den ihnen angestammten Nationen von einem skrupel-, traditions- und geschichtslosen »internationalen Großkapital« bedroht werden, das zumeist offen oder verklausuliert als jüdisch dominiert beschrieben wird. Dabei wird in Rückgriff auf alte, überkommene antisemitische oder völkische Argumentations- und Theoriemuster ein schwer verdauliches Gemisch aus den variablen Zutaten »internationale Volkssolidarität«, »Antiimperialismus« und »Ausländer raus« zusammenbraut.

Resultat ist eine als pan-arisch bezeichnete Weltanschauung, die – nicht mehr slavophob wie die NS-Ideologie Hitlerscher Prägung – ausdrücklich Osteuropa und Russland als Teil der »weißen Welt« mit einschließt. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Zweite Weltkrieg von einem amerikanischen Rechtsextremisten als »brudermordendes Desaster« (Pierce in Apfel 1999: 23) bezeichnet wird.
In diesem Zusammenhang spielt der Begriff »Globalismus« eine zentrale Rolle und steht vielfach im rechtsextremistischen Kontext für die Macht eines geschichts- und gesichtslosen (lies: jüdisch dominierten) Großkapitals, für »amerikanischen Kulturimperialismus« und für einen »multirassischen Genozid«, der »von Washington, Wall Street und Hollywood« angeblich angestrebt wird.
Zu unterscheiden ist hier zwischen dem Prozess der Globalisierung und dem »Globalismus«. In den auf der Internetpräsenz der NPD eingestellten »12 Thesen zum Globalismus« wird der Unterschied herausgearbeitet: »Globalisierung ist der Prozeß, dessen sich die Globalisten zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen.« [2] Im Einzelnen wird hier weiter ausgeführt: »Die von den Globalisten hervorgerufenen Migrationsströme führen ebenso wie die Uniformität der Märkte, ihrer Produkte und ihrer Kommunikation, zur Zerstörung gewachsener Sprachen und Kulturen.« [3]

Rechtsextremisten sehen also den Prozess der Globalisierung als planvoll gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten (und letztlich von Nationen und Völkern) durch die oben beschriebenen mächtigen »Globalisten«. Im von Rechtsextremisten international verstandenen Code sind »Globalisten« auch »Ostküste«, ist der »Globalismus« auch »New World Order« (NWO) und sind die in diesen »Globalisierungsplan« verwickelten Regierungen und Eliten auch »Zionist Occupied Government« (ZOG).
Festzuhalten ist an dieser Stelle:

1. Rechtsextremisten reagieren »auf die durch Globalisierung und Denationalisierung beschleunigte Enttraditionalisierung und ‚Entgrenzung' des Identitären« (Scharenberg 2003: 662).
2. Rechtsextremisten sind keine Globalisierungskritiker, sondern Anti-Globalisten.
3. Rechtsextremistischen Anti-Globalisten geht es nicht primär um die Überhöhung der eigenen Nation bzw. die Dominanz gegenüber anderen Nationen, sondern um einen Kampf gegen die so genannte »Neue Weltordnung«, der nur transnational geführt werden kann.
4. Rechtsextremistischen Anti-Globalisten geht es nicht nur um die Bekämpfung ökonomischer Globalisierung, sondern ganz besonders um den Kampf gegen kulturelle Globalisierung – namentlich gegen eine Amerikanisierung.

[2] http://www.npd-goettingen.de/Weltanschauung/12_Thesen_zum_Globalismus.html (ursprünglich veröffentlicht auf: www.npd.de).
[3] Ebd.

Wie dieser transnationale Kampf der extremistischen Rechten gegen den »Globalismus« strukturell aussieht, soll in diesem Beitrag beispielhaft nachgezeichnet werden. Obwohl in den eigenen Ländern oft notorisch zerstritten, kristallisiert sich so etwas wie eine transnationale extremistische Rechte, zugespitzt: eine pan-arische Internationale, heraus. Auf der Folie gemeinsamer Feindidentifikation entwickelt sich eine engmaschiger werdende Infrastruktur mit regelmäßigen Veranstaltungen, festen Kommunikationsplattformen und einem regen Austausch von Waren und Ideen.

Diese Kooperation soll hier in drei Kategorien unterschiedlicher Intensität eingeteilt werden (vgl. Stöss 2001):

- Kategorie 1: Unverbindliche, zumeist individuelle, informelle, zeitlich oft begrenzte Kommunikation bzw. Kooperation
- Kategorie 2: Institutionalisierte Strukturen und Aktivitäten zwischen bzw. von Organisationen mit gewisser Verbindlichkeit und Stetigkeit
- Kategorie 3: Selbständige internationale Organisationen mit hoher Verbindlichkeit.

Da Strukturen der Kategorie 3 gegenwärtig nicht existieren und die der Kategorie 1 zu zahlreich und zu unverbindlich sind, um an dieser Stelle sinnvoll analysiert zu werden, sollen in diesem Beitrag beispielhaft ausgewählte neuere Kooperationen der Kategorie 2 dargestellt werden.

2. William Pierce: Der Gottvater der transnationalen Infrastruktur der extremistischen Rechten

«Modernism is the essential strategy
of the parasite.«
(William Pierce) [4]

Einer der frühesten und vehementesten Verfechter transnationaler rechtsextremistischer Kooperation ist der 2002 verstorbene Dr. William Pierce (vgl.

[4] Pierce 1989: 114.

Grumke 2001a: 112 ff. und Grumke 2001b). Der ehemalige Führer der »National Alliance« ist meines Erachtens der wichtigste und einflussreichste Rechtsextremist der 1980er und 90er Jahre. Als Autor der »Turner Diaries« hat er ein Standardwerk des transnationalen Rechtsextremismus vorgelegt, welches zu Recht auch als rechtsextremistische Bibel bezeichnet wird. [5]

Exemplarisch soll an dieser Stelle eine von Pierce am 6. November 1999 im Rahmen seines Radioprogramms »American Dissident Voices« gesprochene Sendung näher analysiert werden. [6] Unter dem Titel »Fighting Together for the Future« berichtet Pierce enthusiastisch von einem Besuch in Deutschland: »This week I was in Germany. I was there to participate in a congress of the youth division of the National Democratic Party of Germany: the NPD. I had been invited to address the congress.« [7]

Und um seine amerikanischen Hörerschaft auch der ideologischen Kompatibilität der NPD zu versichern, fährt Pierce süffisant fort: »Now, don't let that word ‚democratic' in the name of the party fool you. These are really decent people: nothing democratic about them at all.«

Der alleinige Grund für die Reise nach Deutschland sei es laut Pierce gewesen, die Kooperation mit der NPD zu verfestigen: «In fact, as I told the NPD congress in my talk, it is essential – not just helpful, but necessary – for genuine nationalist groups everywhere to increase their degree of collaboration across national borders.«

Pierce geht hierbei von einer pan-arischen Ideologie aus. In einem Grußwort für den Band »Alles Große steht im Sturm«, herausgegeben zum 35. Jahrestag der NPD und zum 30. Jahrestag der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) vom ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden und jetzigen NPD-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag Holger Apfel, legt William Pierce diese ideologischen Grundlagen einer internationalen Kooperation dar:

»Nationalisten in Deutschland, in Europa oder auch in Amerika stehen einem gemeinsamen Feind aller Völker gegenüber, dem internationalen Großkapital, das allen geschichtlich gewachsenen Nationen zugunsten eines multikulturellen ‚melting pot' den Todesstoß versetzen will. Unser Kampf gegen die Weltherrschaftsbestrebungen und den Wirtschaftsimperialismus multinationaler Konzerne wird hart und entbehrungsreich sein – doch das Ziel einer wieder zu ihren Wurzeln zurückfindenden Völkergemeinschaft wird es wert sein, diesen harten Kampf und alle damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen.« (Pierce in Apfel 1999: 23).

Aus dieser Aussage, die als paradigmatisch für transnational orientierte und operierende Rechtsextremisten gelten kann, geht klar hervor, dass es nicht mehr

[5] Vgl. zu den »Turner Diaries« Grumke 1998 und Grumke 2001a: 60 ff.
[6] Hier und im Folgenden: William Pierce, »Fighting Together for the Future«, gesendet im Rahmen von: American Dissident Voices vom 6.11.1999. Als Text außerdem veröffentlicht in: Free Speech, Dezember 1999, Vol. V, Nummer 12 und auf der Website von The National Alliance (http://www.natall.com/free-speech/fs9912a.html).
[7] Gemeint ist wohl der Auftritt beim »6. Europäischen Kongreß der Jugend« der »Jungen Nationaldemokraten« am 30. Oktober 1999 im bayerischen Falkenberg.

nur um die Verteidigung einer Nation nach außen geht, sondern um mehr. Die zentrale Motivation für Pierces transnationale Anstrengungen ist seine Überzeugung, es gebe eine jüdische Verschwörung gegen die weiße bzw. »arische« Rasse per se. Wie er in einer Radioansprache weiter ausführt, ist dieser jüdischen Verschwörung nur beizukommen, wenn »Nationalisten« sich weltweit diesem globalen Feind entgegen stellen: »So if nationalists are to gain real strength anywhere – ultimately, if we are to survive anywhere – we must overcome the international Jew, and we can only do that through collaboration across national borders.« [8] In diesem Sinne sei es auch zu Gesprächen über eine konkrete und weitreichende Zusammenarbeit gekommen: »Well, I talked to the NPD congress about specific ways in which we ought to be collaborating across international borders: ways beyond merely exchanging publications and inviting one another to our big meetings. I talked about nuts-and-bolts details that I won't bore you with now.«

Im pan-arischen Sinne sind die Schicksale aller Arier verbunden im Kampf gegen die Juden. Dies teilte Pierce auch der NPD mit: «...as I told the Germans at the NPD congress, our destinies are linked. If the Jews succeed in destroying the German nation, they will have an easier time destroying us. And if the Germans successfully resist their efforts, then our own success in overcoming the Jews and their collaborators will be much more likely.«

Bereits beim »1. Tag des nationalen Widerstandes« der NPD am 7. Februar 1998 in Passau war Pierce einer der ausländischen Ehrengäste gewesen und sollte eine Rede halten, die allerdings von den örtlichen Behörden untersagt wurde. In seinem Grußwort in »Alles Große steht im Sturm« äußerte sich Pierce danach enthusiastisch über dieses Ereignis als »eine der herausragendsten Erfahrungen, die ich je irgendwo bei einem nationalistischen Treffen machen durfte. [...] Die Teilnahme an diesem großartigen Ereignis war für mich ein geistiger Auftrieb, von dem auch ich noch lange zehren werde« (Apfel 1999: 23). Auch die NPD und die Kooperation mit ihr wird sehr positiv bewertet: »Alles, was ich stets über die NPD in den vergangenen Jahrzehnten gehört habe, konnte ich in den letzten Jahren einer sich intensivierenden Zusammenarbeit zwischen der NPD und der National Alliance persönlich bestätigt sehen« (ebd.).

Weitgehende Übereinstimmung wird auch auf der strategischen Ebene konstatiert. Pierce beeindruckt am stärksten

»bei der NPD und ihrer politischen Führung die Erkenntnis, daß in der Zukunft alle nationalistischen Organisationen über nationale Grenzen hinweg Hand in Hand mit nationalistischen Gruppen in anderen europäischen Ländern und in Amerika zusammenarbeiten müssen. Jene patriotischen Organisationen, deren Sicht auf ihr eigenes Land begrenzt und engstirnig bleibt, werden eine

[8] Wie Anm. 6.

weitaus geringere Rolle spielen, als jene Organisationen, die fähig sind, ihre historischen Vorurteile zu überwinden, und deren Strategie auf die Zusammenarbeit mit überzeugten Nationalisten auf der ganzen Welt basiert.« (Apfel 1999: 23).

In diesem Zusammenhang äußert Pierce sich zuversichtlich, dass »die wachsende und zunehmend effektive Zusammenarbeit« zwischen NPD und NA »in den kommenden Jahren zum Wohl aller im Überlebenskampf stehenden Völkern intensiviert werden kann« (ebd.).

3. Die Hauptakteure der transnationalen Infrastruktur der extremistischen Rechten

»Die Sache der Völker steht gut.
Vor die Wahl gestellt, zu kämpfen
oder unterzugehen, werden sie den
Kampf wählen und siegen.«
(Horst Mahler) [9]

Die von William Pierce so hoch gelobte NPD ist ihrerseits seit Jahren transnational aktiv. Als beispielhaft für die ideologische und weltanschauliche Basis, auf der die NPD sich in die transnationalen Strukturen der extremistischen Rechten einbringt, kann die Teilnahme der NPD an einer Demonstration gegen ein Treffen der EU-Außenminister im September 2003 im italienischen Sirmione gelten. In einem Kurzbericht in der parteinahen »Deutschen Stimme« heißt es, die beiden Hauptredner – der »Forza Nuova«-Vorsitzende Roberto Fiore und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt – »bezeichneten die Zuwanderungs-, Sozial- und Globalisierungspolitik der EU-Lenker als ein Verbrechen an den Völkern Europas«. [10] Udo Voigt erklärte außerdem im Einklang mit den oben beschriebenen panarischen und antisemitischen Denkschemata: »In zwei Weltkriegen sind die besten und wertvollsten Nationalisten im Kampfe gegeneinander gefallen. Diejenigen, die beide Kriege finanziert und mitverursacht haben, treiben weiterhin ihr Unwesen in den Banketagen der amerikanischen Ostküste und finanzieren weiterhin Kriege. [...] Nationalisten eint die geschichtliche Erfahrung und die gemeinsam erkannten Feinde!«. [11]

Besonderes Augenmerk gilt zurzeit der aus verschiedenen rechtsextremistischen europäischen Gruppen bestehenden »European National Front« (ENF), in der die NPD eine Führungsrolle zu beanspruchen scheint. So berichtet die

[9] Horst Mahler, »Independence-Day live«, am 12.09.2001 veröffentlicht auf: http://www.deutsches-kolleg.org/erklaerungen/independence.htm (Text »wegen juristischer Verfolgung« teilweise nicht abrufbar).
[10] »Gemeinsame Front gegen Völkerfeinde«, in: Deutsche Stimme, Oktober 2003, S. 10.

NPD-Vorsitzender Udo Voigt spricht auf der Kundgebung »Day of Honour« der »Bewegung für die Einheit und Heimat« am 10.02.2007 in Budapest.

NPD-nahe »Deutsche Stimme« in der Dezemberausgabe 2004 von dem Besuch des Parteichefs Udo Voigt als Teil einer »achtköpfigen Delegation« in Spanien. [12] »Absoluter Höhepunkt« sei dabei die Unterzeichnung einer »Kooperationsvereinbarung« gewesen, deren Ziel die »Gründung einer gemeinsamen europäischen Wahlplattform für Europawahlen« ist. Hier forderte Udo Voigt die Teilnehmer aus Italien, England, Frankreich und Rumänien auf, sich am deutschen Vorbild zu orientieren, am »Zusammenschluss von NPD, DVU und freien Kameradschaften«. Darin käme der NPD eine »historische Vorreiterrolle« zu, die Voigt auch für die europäische Front anstrebt. Alle »europäische[n] Nationalisten« werden aufgefordert, sich der »Achse Madrid-Berlin an[zu]schließen, damit in baldiger Zukunft eine europäische Rechtspartei entstehen kann«. [13]

Am 18. Februar 2005 beschlossen die Gruppen der ENF am Rande einer Kundgebung der »Falange Española« – der Nachfolgeorganisation der faschistischen Bewegung Francos – in Madrid eine Verstärkung der Kooperation. Diese manifestiert sich in der Einrichtung einer mehrsprachigen Webplattform (www.europeannationalfront.org), die als Kommunikationsmedium für alle europäischen Rechtsextremisten dienen soll. Bei der Kundgebung selbst traten neben Vielflieger Udo Voigt als Redner auch wieder Roberto Fiore (»Forza Nuova«, Italien) sowie Dimitros Zaphiropolyos (»Goldene Morgenröte«, Griechenland) und Cartsian Cartsiuc (»Noua Dreapta«, Rumänien) auf.

Schon am 17. November 2004 hatte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt seine rege Reisetätigkeit fortgesetzt und besuchte auf Einladung der Abgeordneten Alessandra Mussolini das Europaparlament in Straßburg. Hier kam es dann auch zu weiteren Treffen und informellen Gesprächen mit den Vorsitzenden des

[11] Ebd.
[12] »Moderner Nationalismus. Traditioneller ‚Blauhemdenmarsch' der Falange in Madrid«, in: Deutsche Stimme, 12/2004, S. 21.
[13] Ebd.

»Front National«, Jean-Marie Le Pen, und den Parteichefs der »Forza Nuova« und der »Lega Nord«. [14] In einer Presseerklärung zu diesen Treffen treten zu den üblichen Leitmotiven auch die strikte Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei und die Beschwörung einer internationalen Solidarität der Nationalisten:

»Im politischen Kampf gegen die Überfremdung, Globalisierung und der Eindämmung des amerikanischen Wirtschaftsimperialismus herrschte Übereinstimmung, wie in der Ablehnung eines Beitrittes der Türkei zur EU. Nach intensiven Gesprächen kam man zu der Übereinkunft, künftig in Europa besser und vor allem intensiver zusammenzuarbeiten. Die Abgeordnete Alessandra Mussolini sicherte dem Parteivorsitzenden der NPD ihre Unterstützung für nationale deutsche Anliegen im Europaparlament zu.« [15]

Die Verhinderung eines türkischen EU-Beitritts ist auch ein bevorzugtes Propagandathema für griechische und bulgarische Rechtsextremisten. Für den 16. bis 18. September 2005 war eine internationale Zusammenkunft der griechischen »Goldenen Morgenröte« in Zusammenarbeit mit NPD, »Forza Nuova« (Italien), »Falange« (Spanien), »Noua Dreapta« (Rumänien) und anderen europäischen rechtsextremistischen Organisationen in Griechenland geplant. Das »Euro-Fest 2005«, angekündigt als »first Paneuropean Nationalist summer Camping«, sollte unter dem Motto »Our Europe ... not theirs. Turkey OUT of Europe!« stehen. Auf der eigens für das Euro-Fest angelegten Webseite hieß es weiter: «3 days of Comradeship, with Live shows, sport activities by the sea and the most important: Open Congress with speeches on defend of our European Identity.«[16] Nach heftigen Protesten linker Gruppen wurde die Veranstaltung allerdings im Vorfeld von den griechischen Behörden untersagt.

Die Aktivisten der »Goldenen Morgenröte« haben Erfahrung beim Veranstalten von international besuchten Treffen. Vom 24. bis 26. September 2004 fand bereits das »6. Sommer-Camp« statt, diesmal mit Teilnehmern aus den USA, Russland, Italien, Polen und Deutschland.

Ähnliche Treffen in kleinerem Rahmen gab es beispielsweise auch vom 17. bis 19. September 2004 in Bulgarien. Dabei waren, so heißt es auf der Webseite des 2001 gegründeten »Bulgarischen Nationalbundes« (BNS), »auch Gäste von Deutschland anwesend. Wir bekamen Begrüßungsbriefe von deutschen, französischen, rumänischen und spanischen Organisationen.« [17] Im Gegenzug war der BNS-Chef Bojan Rassate beim von der NPD angemeldeten »Fest der Völker – Für ein Europa der Vaterländer« am 11. Juni 2005 in Jena anwesend. In einem in 15 Sprachen im Internet veröffentlichten Aufruf hieß es:

»In dieser globalisierten Welt werden Menschen zu Spielfiguren der ganz wenigen privilegierten Industriegangster und ihren Helfern aus der Politik. Wir, die andere Jugend Europas, wollen mit diesem Fest ein Zeichen setzen. Es ist uns nicht gleichgültig, was mit uns und der Welt geschieht, wir werden nicht alles unwidersprochen hinnehmen, was uns versucht wird aufzwingen. Für Deutschland, für Europa!« [18]

Ein Höhepunkt transnationaler Zusammenarbeit ist das jährlich stattfindende Pressefest der »Deutschen Stimme«. Am 7. August 2004 fanden sich im sächsischen Mücka ca. 6 000-7 000 Personen ein: »Gäste aus den USA, Russland, Kanada, Spanien, Italien, England, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Frankreich unterstrichen den inzwischen internationalen Stellenwert des Pressefestes für den nationalen Widerstand.« [19] Das Rahmenprogramm wurde von der rechtsextremistischen Skinhead-Band »Youngland« (USA) mitgestaltet. [20]

Nach Angaben der NPD traten anlässlich des »2. Freiheitlichen Kongresses des Deutsche Stimme-Verlages« vom 21. bis 23. Mai 2004 unter anderem die österreichischen Rechtsextremisten Otto Scrinzi, Gerhoch Reisegger und Herbert Schweiger sowie der in Südafrika lebende Rechtsextremist Claus Nordbruch als Redner auf. [21] Im seinem Redebeitrag »Geld oder Leben – Stoppt die Globalisierer!« ging der damalige Fraktionsmitarbeiter der NPD im sächsischen Landtag Karl Richter (heute Münchener Ratsmitglied der »Bürgerinitiative Ausländerstopp«) auf die Globalisierung als »globales Ausplünderungs- und Enteignungssystem« ein, »das von einem Netzwerk aus Medienkonzernen, Rüstungsunternehmen, Industriegiganten, Großbanken und internationalistisch ausgerichteten Denkfabriken getragen« werde. [22]

Auf dem »3. Freiheitlichen Kongress«, der vom 18. bis 20. März 2005 in Bayreuth stattfand, hielt auch der ehemalige Bundesvorsitzende der »Republikaner«, Franz Schönhuber, einen Vortrag. [23] »Nationale Politik«, so Schönhuber, solle »sich zum Ziel setzen, Europa als Festung gegen den amerikanisch-israelischen Weltherrschaftsanspruch aufzubauen.« [24]

[14] »NPD-Parteivorsitzender zu Gast bei Alessandra Mussolini in Straßburg«, Pressemeldung auf: http://www.pohl-markus.de/PM/npd-parteivorsitzender%20zu%20gast%20in%20italien.htm (ursprünglich auf www.npd.de veröffentlicht.)
[15] Ebd.
[16] http://www.euro-fest.tk (alle Fehler im Original; Webseite nicht mehr abrufbar).
[17] Vgl. die mehrsprachige Webseite der BGNS unter http://www.bgns.net. Interessant aus deutscher Sicht sind die weiteren Ausführungen zu diesem Zeltlager: »Wir sind gekommen um zu sagen, dass BNS der legitime Vertreter des europäischen nationalen Widerstandes in Bulgarien ist, sagte Matias Schulz von ‚Freier Widerstand', der extra für die Veranstaltung gekommen war. Er war mit zwei weiteren Aktivisten aus Deutschland im Lager anwesend.« Und weiter: »In Bulgarien gibt es gute Voraussetzungen für Entwicklung von unseren Ideen', sagt Matias Schulz, der nicht fotografiert werden will, weil er Verfolgungen in seiner Heimat befürchtet. ... ‚Hier werden die Organisationen nicht so verfolgt vom Gesetz, wie in Deutschland', erklärt der Deutsche.«
[18] http://www.n-w-j.de/festdervoelker/deutschland/index.php (Text nicht mehr abrufbar). Aktuell ist der Aufruf für das 3. Fest der Völker 2008 abrufbar: http://www.n-w-j.de/festdervoelker/.
[19] http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2004/Sites/Pressefest2004.html (Text nicht mehr abrufbar). Der Text ist aber noch unter http://www.wno.org/newpages/nwso1b.html zu finden.
[20] Nachdem das Pressefest 2005 wegen der Vorbereitungen für die Bundestagswahl ausgefallen war, kamen am 5. August 2006 zwischen 7 000-8 000 Teilnehmer nach Dresden-Pappritz. Im Jahr 2007 fiel das Pressefest erneut aus.
[21] Vgl. »Widerstand gegen die Mächte der Antination«, auf: http://www.deutsche-stimme.com/Aus-gaben2004/Sites/06-04-Kongress.html (Text nicht mehr abrufbar).
[22] Ebd.
[23] Vgl. »Nationales Frühlingserwachen. Deutschland wird leben – Nationaler Aufbruch im 21. Jahrhundert«, auf: http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2005/Sites/Kongress2005.html (Text nicht mehr abrufbar).
[24] Ebd.

Auch die »Jungen Nationaldemokraten« (JN), die Jugendorganisation der NPD, können als aktiver Teil des transnationalen Netzwerks der extremistischen Rechten gelten. Seit 1994 führen die JN zum Beispiel einen »Europäischen Kongress der Jugend« mit starker internationaler Beteiligung durch (vgl. Grumke 2002: 50 ff.). Auf ihrem Europakongress 2003 konnten die JN, wie schon in den Vorjahren, eine Reihe von Vertretern gleichgesinnter ausländischer Organisationen begrüßen (aus Italien, Irland, Schweden und der Tschechischen Republik). Auf dem Treffen, das unter dem Motto »Kampf um Europa durch den Befreiungsnationalismus der Völker« stand, wurde nach eigenen Angaben der »Verwestlichung der Welt eine klare Absage« erteilt. [25] Konkrete Vorschläge zu einer europäischen Zusammenarbeit machte in seinem Grußwort der Vorsitzende der italienischen »Forza Nuova« in Siena, Giovanni Camosso, und regte eine gemeinsame Internetplattform an. Bemerkenswert war Camossos Grußwort aber vor allem wegen seiner klaren Wortwahl. So heißt es in seiner Rede: »Wir sind stolz in einer gemeinsamen Sache in den Kampf gegen Globalisierung zusammenzusein, [...] Die Allianz zwischen unseren Bewegungen, die vor ein paar Jahren angefangen hat [...], vereint uns im Kampf gegen dieses Europa, was von Banken und nicht von Nationen und Menschen gegründet wurde.« [26] Und weiter in einem pan-arischen Sinne: »Unsere Idee von Europa basiert aus unser Blut und unser Land, vereint uns in unserem gemeinsamen Vorhaben in unseren Nationen. [...] Unser Anliegen als europäische Nationalisten ist es, das Gewissen unserer Leute zu wecken um ein nationales Europa zu gründen, was auf Blut und nicht auf ökonomische Werte beruht.« [27]

In seinem Grußwort für die griechische ARMA stellt sich Stephanos Gekas als alter Freund der JN vor: »Die Älteren unter euch kennen mich und meine besonderen Bande mit der JN und ihrem Europakongreß. Für die jüngeren Kameraden wird nur dies genug sein zu erwähnen, dass ich im Oktober 1998 den 5ten Europakongreß in Thessaloniki organisiert habe.« [28]

Und im Duktus des Ex-NPD-Anwalts und Verschwörungsspezialisten Horst Mahler fährt Gekas fort:

»Politisch bezeichnet dieser neue schwerbewaffnete internationale institutionalisierte Weltterrorismus oder Globalismus den Übergang von der ‚Tyrannei unter der Maske der Freiheit und Gleichheit', womit die moderne Demokratie

[25] »Befreiungsnationalismus als Grundlage der europäischen Wiedergeburt«, www.jn-buvo.de (Text nicht mehr abrufbar).
[26] »Grußworte der Forza Nuova«, www.jn-buvo.de (Fehler alle im Original; Text nicht mehr abrufbar).
[27] Ebd. (Fehler alle im Original).
[28] »Grußwort der ARMA für den Europakongreß«, www.jn-buvo.de (Text nicht mehr abrufbar). Bei dem besagten Kongress 1998 waren etwa 150 »Kameraden« anwesend, darunter eine JN-Delegation unter Führung von Alexander von Webenau, damals Bundesvorsitzender der NPD-Studierendenorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB). Stargast und -redner in Thessaloniki war Dr. William Pierce, der nach informellen Treffen am 25. Oktober am Folgetag (26. Oktober) nach Augsburg weiterreiste, um hier Gleichgesinnte aus Deutschland und Frankreich zu treffen (vgl. National Alliance Bulletin, »Report from Greece«, November 1998, S. 10 und Grumke 2002).

nach Hegel gleich zu setzen sei, zur schrecklichsten Tyrannei aller Zeiten ohne Maske, weil sie diese, in ihrer Herrensippschaft angeborener Arroganz, nicht mehr zu brauchen meint. [...] Biologisch bezeichnet der Globalismus die Endphase der gradweise fast vollbrachten Erfüllung der durch Jahve besiegelten Weltherrschaftsplänen des Wüstenmenschen.« [29]

Wie stark auch die Neonaziszene inzwischen transnational ausgerichtet ist, zeigt unter anderem der jährlich stattfindende Gedenkmarsch zum Todestag von Rudolf Heß: eine Pflichtveranstaltung für Neonazis weltweit. Am 21. August 2004 nahmen etwa 3 800 Rechtsextremisten an der zentralen Gedenkveranstaltung zum 17. Todestag in Wunsiedel teil. Etwa 20 Prozent der Teilnehmer waren aus Großbritannien, Italien, Schweden, Tschechien, der Schweiz, Österreich, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Spanien und Russland angereist. Daueranmelder der Heß-Demonstration ist der seit vielen Jahren in mehreren neonazistischen Zusammenhängen aktive Anwalt Jürgen Rieger. [30] Rieger verfügt zurzeit nicht nur über intensive Kontakte nach Schweden, wo er einen weitläufigen Gutshof besitzt, sondern auch nach Großbritannien und Spanien. [31] In London ist Rieger als Vorsitzender der »Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.« eingetragen, die sich Forschungen zum Erhalt der »nordischen Rasse« auf die Fahnen geschrieben hat. Die »Artgemeinschaft«, deren zentraler Kopf Rieger seit vielen Jahren ist, will die »germanischen Sittengesetze« wiedererwecken und tritt für eine »gleich geartete Gattenwahl« als »Gewähr für gleich geartete Kinder« ein. [32] Wie stark Riegers Stellung sowohl im deutschen als auch im transnationalen Netzwerk der extremistischen Rechten ist, zeigt seine Wahl zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden im Mai 2008.

Seit Jahren spielt die grenzübergreifende Kooperation von Rechtsextremisten – z. B. zu niederländischen Gesinnungsgenossen – eine große Rolle. Zum Parteitag der »Nederlandse Volks-Unie« (NVU) am 13. März 2005 schickte die NPD Nordrhein-Westfalen ein Grußwort. Parteisekretär der NVU ist der deutsche Neonazi Christian Malcoci. Malcoci wiederum kandidierte auf Platz 8 der NPD-Liste zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. In dem erwähnten NPD-Grußwort heißt es aufschlussreich:

»Es ist heute wichtiger denn je, eine geschlossene, europäische Front gegen die gemeinsamen Feinde zu bilden und sich nicht in einem sinnlosen Bru-

[29] Ebd. (Fehler im Original).
[30] Zu Rieger vgl. Grumke/Wagner 2002: 300 ff.
[31] Vgl. Andrea Röpke, »Briefkastenfirma«, in: blick nach rechts 11/2005; unter: http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2005/ausgabe112005/briefkastenfirma.
[32] Artgemeinschaft, Das Sittengesetz unserer Art, Punkt 19.

derkrieg zu verlieren, der nur unseren Gegnern nützt. Die NPD-NRW ist erfreut darüber, in der NVU einen Partner gefunden zu haben, der diesen Fakt genauso sieht und genau wie die NPD und die freien Kameradschaften in Deutschland im täglichen Kampf für das Überleben unserer Nationen steht. Gemeinsame Veranstaltungen wie Demonstrationen und Vorträge der NVU und der NPD-NRW in der Vergangenheit haben gezeigt, daß hier zusammenwächst, was zusammen gehört.« [33]

Bereits am 28. Mai fand eine weitere deutsch-niederländische Demonstration statt, diesmal im rheinland-pfälzischen Marienfels. [34] Hier sprachen die deutschen Neonazis Siegfried Borchardt und Sven Skoda sowie der NVU-Vorsitzende Constant Kusters. Es wurde den Demonstranten des Weiteren ein Grußwort von Udo Voigt verlesen. [35]

Einer der Vordenker der extremistischen Rechten in Spanien ist Pedro Varela, Mitbegründer und langjähriger Präsident der Organisation »Circulo Español de Amigos de Europa« (CEDADE). Fast drei Jahrzehnte lang stellte die Organisation eine Austauschplattform für die internationale Neonaziszene dar, organisierte den Versand neonazistischer Literatur und mobilisierte für Veranstaltungen. Die Kanäle blieben auch nach der Schließung der CEDADE im Jahr 1993 intakt. Varela, der in Barcelona die Buchhandlung »Europa« und die Druckerei »Nothung« betreibt, fungiert weiterhin als Kontaktperson für ausländische Neonazi-Kader. [36] So kam denn auch der Besuch des US-amerikanischen Rechtsextremisten und notorischen Antisemiten David Duke [37] bei Varela im März 2005 nicht von ungefähr. Dieser stellte einem Medienbericht zufolge ebenso wie Don Black (Betreiber von www.stormfront.com, der »Mutter aller rechtsextremistischen Webportale«) spanischen Rechtsextremisten kostenfrei Raum auf seinem Webserver zur Verfügung. Im Gegenzug vertreibt Varela über seine Buchhandlung Dukes antisemitische Publikationen. [38] In einem Interview brüstet Duke sich mit dem Erfolg seines neuesten Traktats »Jewish Supremacism«. Seine Ausführungen zeigen wiederum, wie weitverzweigt die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten ist:

«An Armenian publisher has actually handled the book. I don‘t get anything from it, so I can‘t speak from firsthand knowledge, but the Jews themselves say that approximately 680,000 copies have now been sold in the Russian Federation. It‘s also in Bulgarian. It‘s been published by the university where I lecture in Kiev. It‘s going into German. It‘s already in a very beautiful Swedish edition. It‘s been translated into and is almost ready for publication in Spanish, from Barcelona. There‘s a French translation taking place.« [39]

[33] http://www.nvu.info/tspra/5.html.
[34] Vgl. den Bericht auf: http://www.nvu.info/demo/14.html.
[35] Siehe das Grußwort auf: http://www.nvu.info/tspra/7.html.
[36] Vgl. Michael Funk, »Spanischer Rechtsextremist arbeitet an der internationalen Vernetzung der Szene«, in: blick nach rechts 14/2005.
[37] Vgl. zu David Duke Grumke 2001: 159 ff.
[38] Wie Anm. 36.
[39] American Dissident Voices broadcast for the week of May 8, 2005: http://www.davidduke.com/date/2005/05 .

1000 Neonazis aus Ungarn, Deutschland, England, Schweiz und Kroatien gedenken in Budapest mit deutscher Reichskriegsflagge und ungarischer Fahne der letzten großen Schlacht der Waffen-SS. Das Kreuz trägt die Inschrift »Blut und Ehre« (10.02.2007).

Auf einer von Duke vom 20. bis 22. Mai 2005 veranstalteten und international hochkarätig besetzten Konferenz in New Orleans nahmen neben Varela und Rechtsextremisten aus Großbritannien, Schweden, Frankreich und Südafrika auch die Deutschen Karl Richter und Markus Haverkamp teil. [40] Kontakte zwischen der NPD und Duke bestehen spätestens seit 2002, als der Amerikaner beim Pressefest des NPD-Organs »Deutsche Stimme« auftrat.

Allein dieses Beispiel verdeutlicht aber wiederum, wie dicht das Geflecht der transnational agierenden extremistischen Rechten bereits ist. Es mag paradox erscheinen, aber der »Nationale Widerstand« muss nicht zwangsläufig vom eigenen Land aus geführt werden. Die rechtsextremistischen Anti-Globalisten »globalisieren« sich – und um es noch komplexer zu machen: ein einigendes ideologisches Element ist dabei der Kampf gegen den »Globalismus«.

Einige Wochen vor der Konferenz in New Orleans hatte sich Duke in einem Radiointerview dezidiert in diesem Sinne zur internationalen Kooperation bekannt:

»We have an international Zionist enemy, which is purposefully dedicated to our destruction -- not only to the destruction of our ideas, but to literal eradication of our people from this planet. It‘s a worldwide problem. And we are not going to be able to address and solve this problem simply on a parochial or a national level. We‘ve got to have some sort of unity and make a common front.

[40] Vgl. den Bericht der Anti-Defamation League »David Duke‘s European American Conference: Racists Gather in New Orleans« auf: http://www.adl.org/learn/extremism_in_the_news/White_Supremacy/new_orleans_052005.htm. Alle Reden dieser Konferenz (u. a. die von Haverkamp) waren auf der Internetpräsenz David Dukes als mp3-Dateien greifbar. Aktuell ist dort nur noch der Hinweis auf die Konferenz zu finden unter: http://www.davidduke.com/date/2005/05. Radioaufnahmen auf www.davidduke.com .

And this international European American Conference is about building that unity. Plus it's about having some guidelines about how we can win.« [41]

4. Paradoxie ist die Orthodoxie unserer Zeit [42]

»Hitler ist die letzte Enthemmung der Moderne.
Seitdem kann jeder wissen, wie bodenlos
die menschliche Wirklichkeit ist. [...]
Seitdem kann man aber auch ahnen,
was der ‚Tod Gottes' eigentlich bedeutet.«
(Rüdiger Safranski) [43]

Die Kontextbedingungen in Zeiten der Globalisierung sind für Rechtsextremismus günstig. Dass die Globalisierung der Entstehung und Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten (vgl. Stöss 2004). Globalisierungsprozesse machen vielen Menschen schlicht Angst. »So wird die Angst vor scheinbar Unbewältigbarem transportiert in Angst vor etwas, das abzuwehren nicht völlig aussichtslos ist, in Angst vor Kriminalität, vor Asozialen, vor Minderheiten und dergleichen, oder es wird - was oft auf das gleiche hinauskommt - der Bedrohung eine Struktur unterstellt« (Welzk 1998: 38). Die Prozesse und Zumutungen der Globalisierung wirken hierbei als Humus für den (transnationalen) Rechtsextremismus.

Heute sind alle Rechtsextremisten in westlichen Industrieländern mit nahezu identischen Herausforderungen konfrontiert. Der Feind ist nicht national sondern global organisiert. Dementsprechend orientieren sich mehr und mehr Rechtsextremisten in Richtung einer transnationalen Vernetzung, um gegen die schier übermächtige (jüdische) Verschwörung anzukämpfen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Vernetzung engmaschiger geworden, haben sich Auslandskontakte intensiviert, haben sich die Kommunikationswege verbessert, herrschen ein permanenter Informationsaustausch und ein reger Veranstaltungstourismus. Die Zahl international besuchter rechtsextremistischer Treffen, Veranstaltungen und Demonstrationen nimmt ständig zu. Auf diese Weise ergibt sich ein komplexes Geflecht aus Kooperationen, wie aus den dargestellten Beispielen in diesem Beitrag deutlich geworden ist.

Die diesem Netzwerk zugrunde liegende pan-arische Ideologie kann als eine moderne anti-moderne Ideologie bezeichnet werden. Geleitet von den international bekannten »14 Words« des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane (»We must secure the existence of our people and a future for white children«) und der fundamentalen Gegnerschaft zu ZOG verfügen Rechtsextremisten über

[41] Wie Anm. 39.
[42] Diese meines Erachtens geniale Beschreibung der globalisierten Welt stammt von Niklas Luhmann (1997: 1144).
[43] Safranski 1999: 270.

einen gemeinsamen, die Vergangenheit glorifizierenden und gleichsam zukunftsweisenden Feind- und Gegenmythos, der alle sonstigen ideologischen Differenzen überlagert. Um es zu wiederholen: Transnational kooperierende Rechtsextremisten sind keine fahnenschwenkenden Patrioten, sondern ausgesprochen systemkritische bzw. -feindliche fundamentale Gegner von Pluralismus, parlamentarischer Demokratie und allen ihren Vertretern. Die Idee von der sogenannten »Zionistisch Okkupierten Regierung« (ZOG) dominiert mittlerweile den rechtsextremen Diskurs und gilt durchgehend als Beschreibung für die als reine Marionetten globaler (jüdisch dominierter) Finanzinteressen angesehenen Regierungen Europas und Nordamerikas. Oberstes Ziel ist die Erhaltung bzw. Reinhaltung der »weißen Rasse«, was eine totale Ablehnung jeglicher Ein- und Zuwanderung, die als »Überfremdung« interpretiert wird, zur logischen Folge hat.

Das transnationale Netzwerk der extremistischen Rechten reagiert auf die Zumutungen des von ihm diagnostizierten »Globalismus«. Dabei wird »dem Trend zur Verflüssigung [...] mit einer Rehomogenisierung des Identitären und einer Reaffirmation vermeintlicher Gewissheiten begegnet« (Scharenberg 2003: 663). »Globalismus« ist für Rechtsextremisten ein neues Kampagnenthema geworden. Als Vollstrecker des Volkswillens, dem der Globalisierungsprozess zu schnell voranschreitet, sehen sich Rechtsextremisten allemal.

Das Vorhandensein einer sozialen Bewegung von rechts ist für Deutschland nachgewiesen worden (vgl. Rucht 2002). Wissenschaftlich ist es ein Desiderat der Forschung, diesen Nachweis auch für das transnationale Netzwerk der extremistischen Rechten anzutreten. Liegt ein transnationales Netzwerk von Netzwerken, also eine transnationale rechtsextremistische soziale Bewegung vor?

Rechtsextremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich ist also die Frage: Wie kann die liberale Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlich-demokratischen Ideale zu verraten?

Der Autor:
Dr. Thomas Grumke, Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus bei der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Literatur

Apfel, Holger (Hrsg.) (1999): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart (Deutsche Stimme Verlag).

Eisenstadt, Shmuel (1998): Die Antinomien der Moderne, Frankfurt/Main (Suhrkamp).

Grumke, Thomas (1998): »Die ‚Turner Diaries' und das ‚Oklahoma City Bombing'. Rechtsextremismus in den USA«, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Juli, S. 583-587.

Ders. (2001a): Rechtsextremismus in den USA, Opladen (Leske + Budrich).

Ders. (2001b): »Beziehungen zwischen Rechtsextremisten in den USA und Deutschland, 1945-1990«, in: Detlef Junker et al. (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-1990. Ein Handbuch (2 Bände), Stuttgart/München (DVA), S. 740-749 (Band 2).

Ders. (2001c): »Globalisierter Rechtsextremismus«, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, April, S. 220-223.

Ders. (2002): »‚Solidarität ist eine Waffe'. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation«, in: Ders./Wagner, Bernd (2002), S. 43-60.
Ders./Wagner, Bernd (2002) (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, Opladen (Leske + Budrich).

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft (2 Bände), Frankfurt/Main (Suhrkamp).

Möller, Kurt (1993): »Zusammenhänge der Modernisierung des Rechtsextremismus mit der Modernisierung der Gesellschaft«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47 (12.11.), S. 3-15.

Mudde, Cas (2004): Globalization: The Multi-Faced Enemy?, Melbourne (CERC Working Papers Series Nr. 3/2004).

Pierce, William (ps.: Andrew Macdonald) (1980): The Turner Diaries, Hillsboro, WV (National Vanguard Books, 2. Aufl.; 1. Aufl.: 1978).

Ders. (ps.: Andrew Macdonald) (1989): Hunter, Hillsboro, WV (National Vanguard Books).

Rucht, Dieter (2002): »Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung«, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, Opladen (Leske + Budrich), S. 75-86.

Safranski, Rüdiger (1999): Das Böse oder Das Drama der Freiheit, Frankfurt am Main (Fischer).

Scharenberg, Albert (2003): »Plädoyer für eine Mehrebenenanalyse des Rechtsextremismus«, in: Deutschland Archiv, Nr. 4/2003, S. 659-672.

Sprinzak, Ehud (1995): «Right-Wing Terrorism in a Comparative Perspective: The Case of Split Deligitimization«, in: Björgo, Tore: Terror from the Extreme.

Right, London (Cass Series on Political Violence, vol. 1), S. 17-43.

Stöss, Richard (2001): Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa, Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 5).

Stöss, Richard (2004): »Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland, Berlin, S. 82-97.

Welzk, Stefan (1998): »Globalisierung und Neofaschismus«, in: Kursbuch, Heft 134 (Dezember), S. 37-47.

2. Kapitel: Keineswegs mehr nur rechter Rand

Prof. Dr. Hajo Funke

1. Nach einer sozialwissenschaftlich erweiterten Definition von Rechtsextremismus steht in ihrem Mittelpunkt ein völkisch fundierter, oft rassistisch zugespitzter ethnozentristischer Nationalismus als oberstes Wert- und Ordnungsprinzip, dem konsequenterweise alle anderen Werte und Ziele und (das heißt auch die Freiheits- und Menschenrechte) untergeordnet sind. Angelehnt an Adorno, ist Rechtsextremismus eine prekäre Mischung von »Verfolgungs- und Größenwahn«.

Demgegenüber zeichnen sich rechtspopulistische Parteien in der Regel durch einen relativ bürgerlichen Anstrich aus, den sie jedenfalls in der Öffentlichkeit zu wahren versuchen, insbesondere um Koalitionen mit nationalkonservativen Parteien nicht auszuschließen oder sogar anzustreben. Ihr Rechtspopulismus besteht im Wesentlichen darin, reale und vermeintliche Sorgen und Nöte des »kleinen Mannes«, der Schwächeren in der Gesellschaft und der sozial oder politisch Enttäuschten aufzugreifen, sich gegen etablierte Parteien zu wenden und ohne Ausnahme eine, wenn nicht die zentrale »Lösung« der Probleme in der Abwehr von gesellschaftlich definierten Sündenböcken zu suchen. In diesem Sinne sind sie oft extrem autoritär und werden häufig von rechtsextremen Agitatoren in dieser, nicht zuletzt gegen Ausländer oder Minoritäten gerichteten Agitation unterstützt oder sogar repräsentiert. Wenn man so will, ein »Rechtsextremismus light«.

Für beide Phänomene können in West- wie in Osteuropa generell vier Ursachenfaktoren analysiert werden: Sie sind Resultat

1. jeweiliger politisch-kultureller Faktoren: langfristiger mentaler Traditionen und ihrem Niederschlag in kulturellen Praktiken, Habitus und Codes.
2. gesellschaftlicher und sozialer Desintegrationsprozesse als einem zentralen Nährboden, oft ausgelöst durch Transformationsprozesse, die etwa in Ländern Ostmitteleuropas mit Erfahrungen sozialer Anomie verknüpft waren.
3. etwaiger Instabilitäten des politischen Systems. Das schließt einerseits die Integrations- und Repräsentationsfähigkeit des politischen Systems ein und andererseits die Politik gegenüber Minderheiten etc.
4. des »Angebots« rechtsextremer/rechtspopulistischer Ideologien, Diskurse, Netzwerke und Organisationen. [1]

2. Rechtspopulistische Parteien haben insbesondere in Westeuropa, so in Österreich, in Belgien, aber auch in Frankreich, der Schweiz, in Italien und in Dänemark zum Teil erhebliche Erfolge und waren oder sind zeitweise auch an Regierungen beteiligt. Sie gelten aufgrund ihres halb verdeckten, halb pragmatischen Profils für rechtsnationale politische Parteien als koalitionsfähig, so zeitweise in Österreich und in Italien. Gegenwärtig ist ein zentraler Sündenbock der Islam in allen seinen, also auch in seinen moderaten Schattierungen, wie sich dies am Beispiel der »Anti-Islamisierungskonferenz« im September 2008 in Köln zeigte. Mit einer solchen falschen Generalisierung sind rechtspopulistische Parteien Ausdruck und Verstärker einer in Teilen der Bevölkerung vertretenen Islamophobie. (Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände. Frankfurt/M 2007: 15-36)

Auch wenn es Überschneidungen zu rechtspopulistisch orientierten Parteien gibt, so lassen sich doch rechtsextreme Parteien mit ihrem offen und systematisch rassistischen und gegen die demokratische Gesellschaft gerichteten Profil unterscheiden. Zu ihnen zählen auch jene Formationen mit mehr oder weniger starken Bezügen zum Nationalsozialismus, wie die deutsche NPD, die italienische Forza Nuova oder in Osteuropa die russische nationalsozialistische Partei. Sie kooperieren oft mit gewaltbereiten rechtsextremen oder neonazistischen Szenen, Skinheadgruppierungen, Autonomen Nationalisten und teilweise Rechtsterroristen. Alle haben im Internet ein wichtiges Vernetzungsmedium entdeckt und bedrohen insbesondere von ihnen ausgesuchte Minderheiten, zum Teil mit gefährlicher Gewaltbereitschaft, wie eine Vielzahl an Morden, so zeitweise in Schweden und gegenwärtig immer noch in Teilen Deutschlands oder in Großbritannien, zeigt.

In unterschiedlicher Weise, nicht immer in Kooperation gefährden sie die Demokratien in Westeuropa entweder (durch ihre Gewalttätigkeit) vom Rand oder

[1] Diese Anforderungen an die Analyse von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in West- und Osteuropa umzusetzen, kann hier nicht geleistet werden. Die folgenden Zeilen sind stattdessen erste Eindrücke, die sich im Wesentlichen auf Beobachtungen beziehungsweise Analysen aus einigen west- und ostmitteleuropäischen Ländern beziehen. Umgesetzt habe ich dies für die Analyse des deutschen Rechtsextremismus (in: Paranoia und Politik. Berlin 2002).
Meines Erachtens wäre es nötig, das Angebot an Ideologie und rechtsextremen Parteien und die jeweiligen Ursachenfaktoren für die einzelnen Länder zu analysieren, diese in ihrer Spezifität zu vergleichen und darüber hinaus auf der Ebene der Europäischen Union für die west- wie für die ostmitteleuropäischen Länder etwas Ähnliches zu unternehmen. Auf der einen Seite wäre es notwendig, die mehr oder weniger vernetzten ideologisch-organisatorischen Angebote von ganz rechts, andererseits die landesspezifischen wie regional begünstigenden Ursachenfaktoren zu untersuchen: in Westeuropa Legitimationsschwächen auf nationaler und europäischer Ebene, soziale und ökonomische Krisenerfahrungen als Nährböden sowie mangelnde demokratische Partizipation auf Landes- wie auch auf EU-Ebene.
In Ostmitteleuropa wären die nach wie vor wirksamen Umbrüche im Transformationsprozess, Schwächen des politischen Systems, politisch-kulturelle Traditionen und Schwächen in der sozialen Integration zu untersuchen.
Bei den folgenden Thesen handelt es sich also lediglich um den Versuch, die Fragen an das Podium bei der Konferenz in Hamburg aufzugreifen und hierzu exemplarisch und in der gewünschten Kürze die Situation in ausgewählten Ländern, zur Illustration, zu skizzieren.

Ich danke Moritz Altenried, Mareike Rehse und Angelika Beer für ihre Texte zum Rechtsextremismus in Europa, die ich in diesen Thesen mit verarbeitet habe.

dadurch, dass sie wenigstens zeitweise Regierungen (wie in Italien, Österreich und der Schweiz) stellen und so die Achse des politischen Systems und der politischen Kultur im Sinne einer Ausländer- und Migrantenfeindlichkeit nach rechts verschieben. In mehreren Fällen ist es allerdings zu einer prekären Interaktion zwischen Rechtsextremen und konservativen Parteien – selbst bis in die Regierung – gekommen, die damit das politische System und die politische Kultur teilweise erheblich nach rechts geändert hat (Beispiele finden sich in Polen, Ungarn, Italien, Österreich, in einem Teil der skandinavischen Länder und indirekt auch in Frankreich).

Dies ist erst recht unter Bedingungen prekär, die durch die Legitimationsschwächen der Europäischen Union, durch erhebliche soziale und ökonomische Krisen und nun durch eine bisher nicht kontrollierte Weltfinanzkrise geprägt ist.

In Frankreich war es eine besondere Konstellation Mitte der achtziger Jahre, die zu einem vergleichsweise plötzlichen Auftreten der rechtsextremen Formation Jean-Marie Le Pens, der Front National (FN), geführt hat. Le Pen bekam in den siebziger Jahren zum Teil weit unter 10 Prozent, aber 1984 in den Europawahlen bereits 12 Prozent, erlebte seither bis 2002 einen enormen Aufstieg und wurde zur respektierten dritten Kraft. Auf dem Höhepunkt 2002 stand er im zweiten Wahlkampf der Präsidentenwahlen unmittelbar Chirac gegenüber und erhielt über 17 Prozent. Der FN wurde im Laufe der Zeit einflussreich, wenn nicht vorbildlich für eine Reihe rechtsextrem orientierter Parteien. Das war nicht zuletzt das Resultat einer autoritären Persönlichkeit, die die für das nationale Selbstbewusstsein traumatische Konstellation (Aufgabe der Kolonien und vor allem der verlustreiche Algerienkrieg) populistisch/ethnonationalistisch für sich zu nutzen verstand. Das Besondere, wenn man so will, Charismatische an Le Pen ist, dass er auf die Menschen zugeht, selbst aus einfachen Verhältnissen kommt und nicht den immensen Elitismus repräsentiert, der in der Regel von Politikern in Frankreich ausgestrahlt wird.

1998 kam es zu einer entscheidenden Schwächung des höheren und mittleren Apparats, als die Partei sich gespalten hatte. Im Jahr 2007 schließlich wurde das Elektorat zu großen Teilen von dem gegenwärtigen Präsidenten Nicolas Sarkozy und seiner rechtskonservativen Partei UMP »gestohlen«. Der Anteil Le Pens sank von 15 auf 5 Prozent. Dem neuen Präsidenten schien es möglich, auf die Motive der rechtsextremen Wählerschaft, insbesondere in der Anti-Immigrationsrhetorik, einzugehen.

Die Perspektiven der rechtsextremen Formationen sind gegenwärtig ungewiss. Ihr Anführer ist alt und tritt 2010 zurück. Mit dem Misserfolg bei den letzten Wahlen sind angesichts einer kostspieligen Wahlkampagne die Schulden

auf 8 Millionen Euro gestiegen. Obwohl der gegenwärtige Präsident einen Teil der Stimmen abgezogen hat, besitzt er eine niedrige Popularität, so dass unklar ist, was zwischen Zentrum und extremer Rechter in den nächsten Jahren passieren wird.

Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von Le Pens FN hat sich erheblich gewandelt – von Pro-Nazi- und faschistischen Persönlichkeiten noch aus dem Zweiten Weltkrieg zu einer Klientel, die nicht klassisch faschistisch ist. Es spricht einiges dafür, dass der Antisemitismus nicht mehr dieselbe Rolle spielt wie zuvor.

Als Szenario ist denkbar, dass mit dem Thema Antiislamismus eine neue extreme Parteienformation in Frankreich großen Zulauf bekommen kann (ähnlich wie in Österreich). Erst recht, wenn das demokratische Zentrum sich nicht entschieden von solchen generalisierten Vorurteilsproduktionen absetzt (ähnlich wie in Österreich, anders dagegen in Deutschland). Diese neuen Formationen finden sich gleichsam in der Schweiz, in Österreich, in Holland, Belgien und mit der Lega Nord in Italien. Ihre zentrale Parole scheint zu sein, das christliche Abendland gegen den islamischen Faschismus zu verteidigen und sich gegen die Integration von Minoritäten zu wenden.

In Italien sind gleich zwei rechtspopulistische Parteien nun erneut an der Regierung, von großem Einfluss auf zentrale Politikfelder wie die Migrationspolitik und fremdenfeindliche Einstellungen in der Öffentlichkeit. Das Besondere von Lega Nord ist, dass sie sich auch gegen Migranten im eigenen Land wendet, aber Ausdruck eines aggressiven Wohlstandschauvinismus ist, der an der neuen Rechten Frankreichs und dem Konzept eines Ethnopluralismus oder Ethnoregionalismus orientiert ist (nicht klassisch nationalistisch, aber ethnoaggressiv). Demgegenüber ist die Alleanza Nazionale – allerdings aus faschistischen Traditionen heraus – mit den Chancen, die Silvio Berlusconi bot, ein Stück weit zum rechten Mainstream gerückt und nimmt gegenwärtig antikapitalistisch-sozialistische Elemente auf. Die Grundlage für den außerordentlichen Erfolg dieser Formationen ist die Transformationskrise des italienischen politischen Nachkriegssystems Anfang der neunziger Jahre. Hinzu kommt, dass der Mussolini-Faschismus von der demokratischen Öffentlichkeit Italiens vergleichsweise wenig aufgearbeitet und diskreditiert ist.

Die Situation in Österreich ist durch einen aggressiven Kurs der rechtspopulistischen Parteien bestimmt, der eher verdeckt gegen Juden, vor allem aber gegen alle Formen des Islam gerichtet ist. Seit ihrer Radikalisierung 1986 durch Jörg Haider zählt die FPÖ zu den erfolgreichsten rechtspopulistischen, teils rechtsextremistischen Parteien in Europa. Dieser Erfolg folgt mehr wohl-

Alessandra Mussolini, Enkelin von Benito Mussolini, mit Silvio Berlusconi bei der Präsentation des Programms ihrer »Azione Sociale con Alessandra Mussolini« in Rom, 31. März 2007.

standschauvinistischen Einstellungspotenzialen als realen Erfahrungen von Modernisierungsverlusten. Der Kurs schließt an autoritäre, postnationalsozialistische Traditionen seit Gründung der Republik an, die nie entscheidend herausgefordert worden sind und daher ein zentrales Element in der politischen Kultur Österreichs darstellen. Allerdings ist auch eine relativ starre politische Parteienstruktur (oft große Koalitionen) in einem eher zentralisierten Bundesstaat von Bedeutung.

Die Situation in Deutschland ist durch eine entscheidende Revitalisierung und gleichzeitige Radikalisierung des Rechtsextremismus nach der Einigung Deutschlands, vor allem in Ostdeutschland, gekennzeichnet. Die Formierung eines neuen Rechtsextremismus, der neonationalsozialistisch inspiriert und außerordentlich gewalttätig ist, ist durch eine zwar institutionell erfolgreiche Einlegung geprägt, die aber in ökonomischen und sozialen Zusammenhängen sowie im kulturellen Bereich zu weitreichenden Erschütterungen und zu sozialen Anomieerfahrungen geführt hat. Hinzu kam eine entschiedene Mobilisierung rassistischer Ressentiments durch die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre. Gegenwärtig ist das Gravitationszentrum des Rechtsextremismus in der Hand von neonationalsozialistischen Formationen, vor allem der NPD, für die eine neue Verbotsdebatte erwartet werden kann. Diese in Westeuropa einzigartige Radikalisierung, die seit Anfang der neunziger Jahre mit über 120 Morden und über 15.000 Gewaltakten einher ging, ist zugleich ein entscheidendes Hemmnis dafür, auf nationaler Ebene attraktiv werden zu können. Die rechtsextreme Bewegung, deren Aufstieg seit der Wende nie entscheidend gebrochen wurde, hat sich inzwischen mit der Zusammenarbeit von NPD und Freien Kameradschaften sogar konsolidiert. Vorfälle wie die rassistische Hetzjagd auf einige Inder in Mügeln, aber auch fremdenfeindliche Aussagen etablierter Politiker belegen, dass der Rechtsextremismus zwar am Rand der Gesellschaft steht, aber keineswegs isoliert ist und immer wieder in den Mainstream eindringen kann.

3. Die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern unterscheidet sich zum Teil erheblich von der in den westeuropäischen Ländern.

Immerhin sind auch in Osteuropa rechtspopulistische Parteien in Wahlen erfolgreich, so in Polen und Russland, aber auch in Bulgarien, Rumänien oder der Slowakei. Hinzu kommt, dass subkulturelle rechtsextreme Szenen in Polen, Russland, der Tschechischen Republik und Ungarn etabliert sind. Verbreiteter als im Westen ist der zum Teil erhebliche Antisemitismus, so nicht zuletzt in Polen, ebenso eine erhebliche Aggression gegen Homosexuelle, vor allem aber auch gegen Roma, so in Tschechien, Ungarn und Bulgarien (und inzwischen auch in Italien und in Deutschland).

Auch die Ursachenfaktoren in den ostmitteleuropäischen Ländern sind spezifisch:

Das demokratische politische System ist vergleichbar weniger gefestigt und hat zudem mit extremen sozial-ökonomischen Schwankungen im Zuge der Liberalisierung und der Integrationsversuche in die Strukturen der EU zu kämpfen. Hinzu kommt, dass in Ländern wie Polen eine anhaltend starke autoritäre, katholisch-national geprägte Tradition existiert und diese im Zusammenhang mit den erfahrenen sozialen und politischen Erschütterungen zeitweise reaktiviert wurde.

Zusammen mit dieser relativen Schwäche der neu entwickelten demokratischen politischen Systeme und einer vergleichbar schwachen demokratischen Verankerung in den Transformationsländern kann man schwächere staatliche und gesellschaftliche Reaktionen auf Rechtsextremismus und Rechtspopulismus feststellen. Vielmehr sind nationalistische Stimmungen und Politiker auch in den etablierten Parteien zu finden, so dass die Kooperation zwischen diesen und Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten offenbar häufig weiter reicht.

Spezielle Programme gegen diese Rechtsextremisten sind in den ostmitteleuropäischen Ländern und in Osteuropa weit weniger entwickelt als jedenfalls in einigen westeuropäischen Ländern.

Um die ostmitteleuropäische Entwicklung am Beispiel Polens exemplarisch zu beschreiben:

Man geht von einer Fehlannahme aus, wenn man einen linearen Prozess vom Autoritarismus zur Demokratie unterstellt – erst recht, wenn man Demokratie auch als aktive Beteiligung der Bevölkerung begreift.

Eine entscheidende Wende erfuhren Intensität und Ausmaß des Rechtspopulismus durch die Etablierung von Radio Maryja. Dies ist nicht nur eine Radiostation, sondern (jedenfalls zeitweise) auch eine soziale Bewegung des katholischen Nationalismus mit zeitweise Hunderttausenden von Zuhörern am Tag, durch die ganz verschiedenen Trends zusammengebracht werden. Im Jahr 2001 kam es in diesem Kontext zur Gründung der Partei Liga der Polnischen Familien, einer extrem rechten Gruppierung aus nationalradikalen und nationaldemokratischen Traditionen. Um diese Zeit kam es außerdem zur Gründung der Partei Selbstverteidigung, die eher auf sozioökonomischen Enttäuschungswahrnehmungen (vor allem in abgelegenen Regionen Ost- und Nordpolens) und weniger auf einer ausgesprochenen durchreflektierten Ideologie aufbaut. Zu einer erneuten Wende kam es, als diese beiden Formationen 2006 Mitglieder der Regierung wurden und ein extremer Rechter aus der Liga der Polnischen Familien das Amt des Erziehungsministers übernahm. Möglich machte dies die damals dominierende Partei Recht und Gerechtigkeit, die sich dadurch auszeichnet, dass sie für die Todesstrafe eintritt, rechtskatholisch eingestellt ist und im Europäischen Parlament nicht von den konservativen Parteien integriert wurde. Allerdings blieb die Regierung nicht sehr viel mehr als ein Jahr (bis Oktober 2007) im Amt, ehe es zu einer Neuwahl kam, in der nun andere Parteien dominierten. Die Partei Recht und Gerechtigkeit ist aber mit einem Anteil von 30 Prozent die entscheidende Oppositionspartei, da sie offenkundig auch rechtsextreme Parteien ein Stück weit aufgesogen hat. Sie rückte aber auch selbst nach rechts und wird entschieden von Radio Maryja unterstützt.

Rafal Pankowski sieht im Wesentlichen drei entscheidende Faktoren für das phasenweise Wiederaufleben rechtsextremer Tendenzen in der polnischen Kultur und Gesellschaft:

Erstens: kulturelle Ressourcen und Traditionen des nationalistischen, katholischen und teils antisemitischen Polen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Tendenzen und Organisationen in Polen greifen Traditionen auf, die aus der Zwischenkriegszeit stammen. Zu den eher nationalkonservativen Kräften zählte der damalige Präsident Polens Josef Pilsudski. Schon diese sind traditionell konservativ, autoritär und oft mit einem Schuss Antisemitismus ausgestattet gewesen. Heutige rechtsextreme Kräfte knüpfen dagegen mehr an nationaldemokratische Traditionen an, die ein ethnonationalistisches Verständnis polnischer Identität haben und die de facto in der Gesellschaft seit den frühen zwanziger Jahren hegemonial waren. Die eher marginalen Nationalradikalen – vor allem unter Jugendlichen und unter Studenten – waren orientiert am italienischen und deutschen Faschismus und wurden 1934 verboten, existierten aber weiter. Sie alle waren nach 1945 mehr oder weniger im polnischen Kommunismus inkorporiert – mit Elementen eines nationalen Kommunismus, zum Teil antisemitischer Prägung. Aber ihr wirkliches Wiederauftreten vollzog sich in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren. Dort konstituierte sich die gegenwärtige extreme Rechte in ihren verschiedenen Versionen. Als Parteien waren sie lange Zeit nicht vorhanden oder schwach.

Zweitens: sozioökonomische Faktoren in bestimmten Phasen, insbesondere in den Jahren vor der Wahl 2006, wo es bis zu 20 Prozent Arbeitslosigkeit gab. Was die sozioökonomischen Faktoren anlangt, so scheint sich die Situation ein wenig zu beruhigen, die Arbeitslosigkeit geht (noch) zurück, die Landwirtschaft hat wieder Tritt gefasst. Ein Großteil der polnischen Bevölkerung, etwa 80 Prozent, sympathisieren mit der EU, so dass auf Dauer nicht mit einer antieuropäisch eingestellten Regierung gerechnet werden muss.

Drittens: eine politisch-soziale Umwelt, die die Wahl rechtsextremer Parteien legitim erscheinen lässt. Es gibt keinen »cordon sanitaire«, keine zureichende entsprechende öffentliche Debatte sowie kaum alternative und Proteststrukturen von linker Seite, die das rebellische Potenzial hätten aufgreifen können.

Von besonderer Bedeutung erscheint die katholische Kirche, der es an traditionellen Autoritätsfiguren inzwischen mangelt. Nach der Zeit von Joseph Glemp und Johannes Paul II. gab es, wenn man so will, eine Implosion der Autorität, zugleich aber, und damit verstärkend (jedenfalls zeitweilig) die Dominanz von Radio Maryja mit seinem publizistischen Apparat.

Von großem Einfluss sind rechtsextreme Parteien und Einstellungen in Ungarn. Da ist einmal die Partei für Ungarische Gerechtigkeit und Leben, die von 1998 bis 2002 im Parlament vertreten war und vor allem gegen so genannte Zigeuner und gegen Juden agitiert sowie für Grenzänderungen eintritt. Ebenso gibt es die Bewegung für ein besseres Ungarn, die sich durch die Gründung der »Ungarischen Garde« hervorgetan hat. Noch immer gibt es aus subkulturellen Szenen Überfälle vor allem auf Roma und Juden, aber auch auf Sozialisten. Die rechtskonservative Partei Fidesz korrespondiert direkt und indirekt mit der durch die genannten Parteien repräsentierten Fremdenfeindlichkeit.

Nehmen wir das Beispiel Russland hinzu. Dort ist der Einfluss rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen vor dem Hintergrund anhaltender Wirkungen der dortigen Transformation und einer allenfalls defekten Demokratie erheblich: durch die so genannte Liberaldemokratische Partei Russlands, eine rechtspopulistische und ultranationalistische Partei, durch die nationalbolschewistische Partei und besonders extrem durch die russische nationalsozialistische Partei. Zusätzlich ist ihr Einfluss durch kleinere paramilitärische Organisationen, eine vor allem in den Zentren verbreitete Skinheadbewegung und durch einen hohen Anteil an rechtsextremer Gewalt (bis zu 60 dokumentierte Morde allein im ersten Halbjahr 2008) hoch. Verbreitet sind Vorstellungen eines slawischen, ethnisch reinen Russland sowie antiliberale und gegen Homosexualität gerichtete Ideen und Gruppen. Von Interesse sind Verbindungen rechtspopulistischer Kräfte mit Repräsentanten der neuen Rechten aus Frankreich, z. B. mit Alain de Benoist. Prekär ist, dass nicht nur die politische Führung wenig konsequent in der Kritik und Ahndung dieser rechten Trends ist und es zugleich an wirksamen zivilgesellschaftlichen Alternativen fehlt.

4. Im Vergleich von West und Ost scheint in Westeuropa die Gefahr rechtspopulistischer Bewegungen gegeben zu sein, die vor allem auf dem Ticket Anti-Islam mobilisieren. Daneben gibt es einen aggressiven Rechtsextremismus, der regional unterschiedlich stark ist und von dem ein hohes Maß an Gewalt ausgeht. In Westeuropa existiert eine stärkere politisch-kulturelle Fundierung der Demokratie als in Osteuropa, welche allerdings durch den Rechtspopulismus bedroht ist, was besonders für Bündnisse mit konservativen Parteien gilt. Die freiheitlich-demokratische Fundierung ist dagegen in Osteuropa auch durch die Fernwirkungen konfliktreicher Transformation schwächer – es gibt stärker offenen Rassismus und Antisemitismus und deren weitreichendere Integration in das politische System.

5. Die Herausforderungen an demokratische Parteien und Öffentlichkeit sind europaweit wie in den einzelnen Ländern mit wenigen Ausnahmen enorm gewachsen. Sie bestehen in der öffentlichen Kritik an der Ausrichtung dieser Parteien und sich ausweitenden Ressentiments gegen Roma oder Migranten mit islamischem Hintergrund und andere Minoritäten – oder in (den extremen Versionen) gegenüber Juden. Um dies einzudämmen, bedarf es öffentlich entschiedener Haltungen und Politiken, die auf Integration statt auf Ausschluss setzen.

Zweitens muss es gelingen, das Gefühl (insbesondere als Jugendliche) überflüssig zu sein, durch eine soziale Politik vor Ort zu überwinden. Die erfahrenen oder wahrgenommenen Defizite an Partizipation in der Demokratie müssen durch die demokratischen Parteien und die Zivilgesellschaft, vor allem in den

Kommunen und gegenüber den häufig nicht kommunizierten Entscheidungen der Europäischen Union, entschiedener und damit anders als bisher angegangen werden. Viertens ist es wichtig, dass Parteien und vor allem die Europäische Union selbst – erst recht vor dem Hintergrund der Weltfinanzkrise – ihre Politik stärker an einem landesspezifischen wie europäischen, öffentlich stärker kommunizierten ökonomischen und politischen Gemeinwohl ausrichten – statt vor allem Einzelinteressen auszutarieren.

Der Autor:
Prof. Dr. Hajo Funke lehrt am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin.

3. Kapitel: Straßburg ganz rechts

Steffen Vogel

Rechtsextreme Europapolitik? Das klingt nach einem unauflöslichen Widerspruch. Zu sehr scheinen die Rechten in ihrem traditionellen Nationalismus gefangen. Zu vehement hetzen sie in jedem Wahlkampf gegen die Europäische Union. Dennoch spielt die EU zunehmend eine bedeutende Rolle in den Strategien der extremen und populistischen Rechten.

Augenfällig wurde die europäische Vernetzung der Rechten etwa im September 2008, als die populistische Kleinpartei »pro Köln« zu einem »Anti-Islamisierungskongress« in die Domstadt lud. Zwar erlebte die selbst ernannte »Bürgerbewegung« ein Fiasko, weil sich die Kölnerinnen und Kölner geschlossen quer stellten. Bemerkenswert ist jedoch, wen die rheinischen Rechtspopulisten für ihr demagogisches Spektakel gewinnen konnten. Die FPÖ – das große Vorbild der Kölner – entsandte Andreas Mölzer, der lange als Chefideologe seiner Partei galt und eifrig an europäischen Kooperationen bastelt. Der separatistische Vlaams Belang aus Belgien schickte eine hochrangige Delegation, und mit Mario Borghezio von der italienischen Lega Nord kam gar der Vertreter einer Regierungspartei. Die »Schaffung einer gemeinsamen europäischen Rechtspartei« hatte »pro Köln«-Vorsitzender Markus Beisicht, ein ehemaliger Republikaner, vor dem Kongress als »mittelfristiges Ziel« genannt. [1] Auch nach dem Reinfall blieb die rechte Kooperation bestehen: Im Mai 2009 will »pro Köln« den Kongress wiederholen, Vlaams Belang und FPÖ sollen erneut als Unterstützer auftreten.

Nicht nur die Rechtspopulisten visieren die Gründung einer europäischen Partei an. Längerfristig könnte eine solche Formation auch für einige offen neofaschistische Kräfte interessant werden. Sie arbeiten seit einigen Jahren enger zusammen und werden bei den kommenden Europawahlen den Sprung ins Parlament versuchen.

Im Geist der Falange

Die Homepage der »European National Front« [2] (ENF) lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Gleich links oben prangt ein schwarzes Keltenkreuz. Das Symbol ist bei Neofaschisten in ganz Europa beliebt, in Deutschland gilt es als verfassungswidrig. Zur 2003 gegründeten ENF gehören eine Reihe neonazistischer oder neofaschistischer Kräfte, darunter die deutsche NPD, die Forza Nuova aus Italien, die Falange aus Spanien und die Noua Dreapta aus Rumänien. Zu weiteren Gruppen etwa aus Griechenland, Bulgarien und den Niederlanden bestehen

[1] http://pro-koeln-online.de/artikel08/120908_pk.htm (31.12.2008).
[2] http://www.europeannationalfront.org (31.12.2008).

Vom 24. bis 26. Januar 2008 trafen sich Rechtsextremisten aus Europa auf Einladung der FPÖ in Wien: Volen Siderow (Ataka, Bulgarien), Frank Vanhecke (Vlaaams Belang, Belgien), Heinz-Christian Strache (FPÖ, Österreich), Jean-Marie Le Pen (Front National, Frankreich), Bruno Gollnisch (Front National, Frankreich)

enge Kontakte. Der Generalsekretär der ENF ist Roberto Fiore von der Forza Nuova, der wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde. [3] Auch das Bombenattentat auf die Redaktion der Tageszeitung Il Manifesto am 22. Dezember 2000 geht auf das Konto eines Mitglieds der Forza Nuova. [4]

Als »ideologische Führer« benennt die ENF José Antonio Primo de Rivera, der 1933 die spanische Falange ins Leben rief, und Corneliu Zelea-Codreanu, der 1930 in Rumänien die paramilitärische »Eiserne Garde« gründete. Damit bekennen sich die beteiligten Organisationen deutlich zu ihren faschistischen Wurzeln. Ihre 9. Versammlung hielt die ENF Anfang Februar 2008 in Athen ab.

Fraktionsstatus werden die Rechtsextremen bei den Europawahlen nicht erlangen können. Bislang ist keine Partei aus ihrem Verbund in Straßburg und Brüssel vertreten. Nach der Wahl 2009 müssten für eine solche Fraktion mindestens sieben Parteien mit wenigstens 25 Abgeordneten den Einzug schaffen, und das darf als ausgeschlossen gelten. Außerparlamentarisch arbeiten die Rechtsextremen allerdings mit einiger Routine zusammen, wobei die NPD als besonders rührig gilt. Hochrangige Vertreter der Partei sprachen beispielsweise am 10. Februar 2008 in Budapest beim alljährlichen »Tag der Ehre«. Erinnert wurde dabei an einen verlustreichen Ausbruchsversuch ungarischer Verbände und der SS aus dem von der Roten Armee eingekreisten Buda im Jahr 1945. Unter den weiteren Rednern befand sich ein Mitglied des in Deutschland verbotenen »Blood & Honour«-Netzwerks. [5] Internationale Kontakte werden seit 2005 auch auf dem von der NPD organisierten »Fest der Völker« gepflegt, das 2008 etwa 1 500 Rechtsextreme aus mehreren Ländern anzog.

[3] The Guardian, 29.2.2008, S. 15.
[4] Deutscher Bundestag: Bundestagsdrucksache 14/5635, S. 10 f.
[5] Wiener Zeitung, 13.2.2008; www.redok.de/content/view/575/36/ (31.12.2008).

Eine »Internationale der Nationalen«?

Deutlich bessere Chancen auf eine parlamentarische Repräsentanz haben die rechtspopulistischen Parteien. Einige Funktionäre wie Filip Dewinter vom Vlaams Belang träumen schon von einer »Internationale der Nationalen«. [6]

Im Januar 2007 gelang es ihnen, eine Fraktion im Europaparlament (EP) zu bilden. Mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zogen seinerzeit auch die Großrumänienpartei und die bulgarische Ataka ins Parlament ein. Beide Parteien sind vor allem für ihre Hetze gegen Roma, Sinti und Juden bekannt. Im EP stießen die Neulinge zu einem Klüngel aus dem französischen Front National, der FPÖ und dem Vlaams Belang sowie den italienischen Neofaschisten von der Fiamma Tricolore und der Alternativa Sociale um Mussolini-Enkelin Alessandra. »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) nannte sich der Zusammenschluss und wählte mit Bruno Gollnisch vom Front National einen Holocaustleugner zum Vorsitzenden. [7] Bald darauf zerbrach die Fraktionsgemeinschaft am Nationalismus der Beteiligten. Mitte November 2007 beklagten die Abgeordneten der Großrumänienpartei nach anti-rumänischer Stimmungsmache in Italien »die fremdenfeindliche Haltung [...] der Abgeordneten Alessandra Mussolini« und verkündeten ihren Rückzug aus der ITS. Dieser wurde daraufhin mangels ausreichender Mitgliederzahl der Fraktionsstatus aberkannt.

Europa verloren die Hardliner in Nadelstreifen darüber nicht aus dem Blick. Keine zwei Monate später, am 25. Januar 2008, reisten Spitzenfunktionäre zu Beratungen nach Wien. Neben den Gastgebern Heinz-Christian Strache und Andreas Mölzer von der FPÖ kamen Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch vom Front National, Franck Vanhecke vom Vlaams Belang sowie Volen Siderov von Ataka. Sie verabredeten ihr Vorgehen für die Europawahl und stellten für November 2008 eine – bislang ausgebliebene – Parteigründung in Aussicht. [8] Offenbar konnten nicht genug Partner gewonnen werden; sieben Einzelparteien wären für die Bildung der so genannten »Europäischen Freiheitspartei« nötig gewesen.

Eine Rechtsaußen-Fraktion könnte nach den Europawahlen dennoch zustande kommen, falls es den treibenden Kräften gelingt, andere auf einen strategischen Kompromiss einzuschwören. Nach diesem Muster erfolgte schon die Fraktionsbildung im Januar 2007. Zum harten Kern aus FPÖ, Front National und Vlaams Belang könnten sich erneut fraktionslose Neofaschisten gesellen. Und potenzielle Bündnispartner finden sich auch in anderen Fraktionen. Die Lega Nord, die rechtspopulistische Dänische Volkspartei und die Liga Polnischer Familien etwa gehören zurzeit der »Union für ein Europa der Nationen« an.
Andreas Mölzer rechnete schon 2006 großspurig vor: »Es gibt gegenwärtig im EU-Parlament so etwa 100 Abgeordnete von den insgesamt 732, die im Wesentlichen eher EU-kritisch und konservativ bis rechtsliberal sind. Gegner sagen zu manchen extrem rechts oder sogar rechtsradikal, das ist aber eine Frage des Standpunktes.« [9]

Dazu passt, dass FPÖ und Forza Nuova (die zur European National Front gehört) einen gemeinsamen Europawahlkampf angekündigt haben. [10] Gemeinsam werde man ein »wirklich vereintes Europa im Zeichen der Völker verlangen«, sagte Roberto Fiore von der Forza Nuova. [11]

Deutsche Parteien stehen bei all diesen Plänen zum Bedauern ihrer europäischen Gesinnungsgenossen noch außen vor. Filip Dewinter vom Vlaams Belang hofft daher auf eine »Einigung« zwischen NPD, DVU und Republikanern. Nur zu letzteren unterhält seine Partei offiziell Kontakt. [12]

Das angeblich bedrohte Abendland

Die ideologische Basis der ITS war stets vage formuliert. Genau diese Unbestimmtheit kennzeichnet die rechtspopulistische Kommunikationsstrategie [13]; denn für die Wähleransprache bietet eine eher diffuse Programmatik durchaus Vorteile. Kurzfristige Bündnisse lassen sich so möglicherweise leichter schmieden. Fraglich bleibt aber, ob damit die Widersprüche zwischen den beteiligten Parteien auf Dauer kaschiert werden können.

Aufschluss über den ideologischen Minimalkonsens der Strömung gibt die so genannte »Wiener Erklärung« [14] aus der Feder von FPÖ-Mann Mölzer. Sie wurde 2005 auf einer international besetzten Tagung der Freiheitlichen Akademie in Wien verabschiedet. Die Unterzeichner verlangen »effektiven Schutz« gegen »Terrorismus, aggressiven Islamismus, Supermacht-Imperialismus und wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer« sowie einen »sofortigen Einwanderungsstopp«. Polemisiert wird gegen die »schrankenlose Ausweitung der europäischen Integration auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische Gebiete Asiens und Afrikas wie etwa der Türkei«. Europa solle ein »Staatenbund souveräner Nationalstaaten« werden.

In diesem Sinne begreifen sich die Rechtspopulisten als »weiterführende Kraft der Werte Europas«, wie der Ex-Fraktionsvorsitzende Gollnisch sagt. [15] Tatsächlich sprengen einige Forderungen der »Wiener Erklärung« eine nationale Agenda und wären nur im Rahmen der EU zu erfüllen. Ginge es nach dieser Strömung, würden die europäischen Institutionen für die Verteidigung des angeblich bedrohten Abendlandes dienstbar gemacht. Gefahr drohe den »europäischen Werte(n) durch Globalisierung, Masseneinwanderung« sowie durch die »Realitätsverweigerung durch Vertreter der ‚Political Correctness'«, heißt es in der Erklärung.

Hetze gegen Muslime

Als zentrales Kampagnenthema herauskristallisiert hat sich die Hetze gegen

[6] Der Spiegel 37/08, S. 33.
[7] Le Monde, 28.2.2008; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.10.2004.
[8] Die Presse, 25.1.2008.
[9] Interview mit Der Standard, 24.11.2006.
[10] Wiener Zeitung, 7.10.2008.
[11] Kleine Zeitung, 5.10.2008.
[12] taz, 23.6.2008.
[13] Vgl. etwa Michael Ehrke: Rechtspopulismus in Europa: Die Meuterei der Besitzstandswahrer. Berlin 2002, S. 4.
[14] http://www.ots.at/drucken.php?schluessel=OTS_20051114_OTS0051 (31.12.2008).
[15] Wiener Zeitung, 11.1.2007.

eine angeblich drohende »Islamisierung« Europas. Nicht nur beim gescheiterten Kölner Kongress war das gut zu beobachten. Das Schreckensbild eines aggressiven Islam fügt sich bestens in die Selbststilisierung als Hüter des Okzidents. Überdies folgt die Polemik einer kühl kalkulierten Strategie. Solche Kampagnen sollen neue Wähler jenseits des eigenen Milieus an die Rechtspopulisten binden. Tatsächlich sind islamophobe Einstellungen weit verbreitet. Erschreckende Befunde präsentiert etwa die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld im Rahmen der jährlichen Untersuchung »Deutsche Zustände«. Demnach bejahen in Deutschland über ein Drittel der Befragten, »sich durch Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land zu fühlen«. Ein knappes Drittel befürwortet gar ein Zuwanderungsverbot für Muslime. [16]

Lokale Proteste gegen Moscheeneubauten werden daher als lohnende Agitationsfelder betrachtet. Gerade auch weil sich dort ein diffuser Unmut über stadtpolitische Versäumnisse konkretisiert. Oft geht es »weniger um die Verteidigung des dreieinigen Gottes gegen die islamische Variante des Monotheismus als vielmehr um die notorische Knappheit an Parkplätzen«, schreibt Heiner Bielefeldt vom Berliner Institut für Menschenrechte. Diesen Frust wollen die Rechten rassistisch kanalisieren.

Eine der treibenden Kräfte dabei ist die Schweizerische Volkspartei. Ihre Initiative für ein Minarettverbot ist zum »Exportschlager« geworden, schreibt Oliver Geden von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Eine ähnliche Vorlage brachte die FPÖ im österreichischen Parlament ein. Auch der Vlaams Belang hat die Forderung begeistert aufgegriffen, und »pro Köln« will ein solches Verbot gleich in ganz Europa gelten wissen.

Gelingt es den Rechten dauerhaft, ihren Nationalismus zugunsten einer europäischen Zusammenarbeit hintanzustellen, analysiert der Politikwissenschaftler Richard Stöss, so steigern sie ihre Politikfähigkeit – und erhöhen zugleich ihr Bedrohungspotenzial.

Der Autor:

Steffen Vogel war bis Februar 2008 Redakteur bei der Wochenzeitung »Freitag« und arbeitet seitdem als freier Journalist.

[16] http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Tabelle1-2004.html (31.12.2008).

4. Kapitel: Was tut die Europäische Union? Der Kampf gegen Rechts ist eine europäische Aufgabe

Moritz Altenried

1. Mai 2008 in Hamburg: Rund 1000 Mitglieder der »Autonomen Nationalisten« und »Freien Kameradschaften« bilden einen »nationalen schwarzen Block«.

Rechtsextremismus gibt es in allen europäischen Ländern. Die europäischen rechtsextremen Bewegungen sind inzwischen sehr gut vernetzt, sei es im Europäischen Parlament, sei es im Rahmen eines »Anti-Islam-Kongresses« oder auch nur ein Rechtsrock-Konzert mit Besuchern aus ganz Europa. Die Rechtsextremisten arbeiten auf allen Ebenen zusammen und nutzen dabei gezielt die Vorteile einzelner Länder. Die liberale Gesetzgebung macht so z. B. Dänemark zu einem Umschlagplatz für Nazi-Devotionalien und Rechtsrock, die von hier aus nach ganz Europa geschickt werden. Dagegen nutzen europäische Neonazis die weite Natur Schwedens zum paramilitärischen Training, während in Deutschland Neonazis mit Gesinnungsgenossen aus ganz Europa am Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß demonstrieren.

Diese Entwicklungen erfordern antifaschistischen Widerstand auf europäischer Ebene. Neben der europäischen Zivilgesellschaft ist hier die Europäische Union in der Pflicht. Was also unternimmt die EU gegen den Rechtsextremismus?

Finanzieren

Die EU stellt den Mitgliedsländern zu verschiedenen Zwecken finanzielle Mittel

bereit, die zum Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz genutzt werden können. Die wichtigste Geldquelle ist hier der Europäische Sozialfonds (ESF), der bereits 1957 mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen wurde. Primäre Aufgaben des Sozialfonds sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung von Ausbildung und Qualifizierung. Daneben hat der Sozialfonds aber auch das Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung aller Art. Somit können auch Programme gegen Rechtsextremismus finanziert werden. Mittel aus dem Sozialfonds können an staatliche Stellen, aber auch an Nichtregierungsorganisationen (NROs) gehen. So ist es zum Beispiel möglich, dass viele nichtstaatliche Programme und Initiativen gegen Rechtsextremismus in Deutschland, vermittelt über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), finanzielle Unterstützung aus dem Sozialfonds erhalten.

Seit 2008 läuft in Deutschland das Programm »Xenos – Integration und Vielfalt« [1], das mit immerhin 120 Millionen Euro für die Förderperiode 2007-2013 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wird. Hinzu kommen finanzielle Mittel des Bundes (BMAS) als Co-Finanzierung. Das erste Xenos-Programm »Leben und Arbeiten in Vielfalt« wurde von der Bundesregierung 2001 gemeinsam mit den Programmen »Civitas« und »Entimon« ins Leben gerufen. Das aktuelle Programm ist somit das Xenos-Nachfolgeprogramm, während »Civitas« und »Entimon« nicht verlängert wurden.

Im Rahmen des Xenos-Programmes können Organisationen und Initiativen gegen Rechts, z. B Hilfsprogramme für Aussteiger, mobile Beratungsteams oder »Demokratie-Coaches«, Anträge auf finanzielle Unterstützung stellen. Das BMAS entscheidet, wer unterstützt wird und startet selbst Programme. Das aktuelle Xenos-Programm legt, anders als seine Vorgängerprogramme, einen starken Fokus auf den Bezug zum Arbeitsmarkt, weswegen viele wichtige Programme in der neuen Förderperiode leider keine Chance mehr auf Unterstützung haben. Dennoch ist es eine wichtige und in der Öffentlichkeit kaum bekannte Tatsache, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus in Deutschland zu einem großen Teil mit EU-Geldern finanziert wird.

Auch fast alle anderen europäischen Länder nutzen Mittel aus dem Sozialfonds, um gegen Rassismus und Intoleranz zu kämpfen. In Ungarn und Rumänien beispielsweise wird so versucht, den Roma den Weg auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern und Vorurteile abzubauen, Finnland versucht, die Diskriminierung in der Ausbildung zu vermindern und Spanien unterstützt MigrantInnen bei der Arbeitssuche.

[1] http://www.xenos-de.de/Xenos/Navigation/integration-und-vielfalt.html (30.12.2008).

Beobachten

Im Jahr 2007 nahm mit der »Agentur der Europäischen Union für Grundrechte« (FRA, European Union Agency for Fundamental Rights) eine neu gegründete Organisation die Arbeit auf. Ihre Aufgabe besteht in erster Linie darin, den Schutz der Grundrechte in Europa zu überwachen. Von der Vorgängerorganisation, der »Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« (EUMC, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia), übernahm die FRA die Aufgaben im Bereich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Dazu wurde das Mandat auf andere grundrechtliche Bereiche, wie Datenschutz, Kinderschutz oder Opferschutz, erweitert. In Bezug auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist der jährliche Bericht der FRA von zentraler Bedeutung. In ihrem Bericht beschreibt die Agentur die Umsetzung europäischen Rechts in Bezug auf Rassismus und Diskriminierung und benennt Staaten, in denen es mangelhaft implementiert und umgesetzt wird. Die FRA erhebt zahlreiche Daten zu Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen, z. B. Arbeit, Wohnraum, Bildung oder Gesundheitssystem. Dabei vergleicht sie die Situation in den verschiedenen Ländern und stellt Trends dar. Auch rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe werden erfasst. Außerdem wird versucht zu beurteilen, inwiefern Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund bestraft werden und wie konsequent dies geschieht. Insgesamt lesen sich die Berichte der FRA relativ unabhängig: So werden die Mitgliedsstaaten bei Problemen offen kritisiert und bei der Datensammlung verlässt man sich nicht ausschließlich auf staatliche Quellen, sondern bezieht alternative Informationen ein, etwa von NROs.

Die FRA verfügt allerdings über keinerlei Sanktionsmittel. Die einzige Möglichkeit, Druck auf die Staaten auszuüben funktioniert nach dem Prinzip des »naming and shaming«, also dem öffentlichen Anprangern von Problemen in der Hoffnung, dass die betroffenen Länder in der Folge das Problem angehen. Um hier Einfluss nehmen zu können, sprich von den Mitgliedsstaaten ernst genommen zu werden, ist die FRA entschieden auf öffentliches Interesse angewiesen.

Informieren

Seit 2003 läuft die europaweite Informationskampagne »Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung« der Europäischen Kommission. Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, in allen Mitgliedsstaaten der EU auf Diskriminierung aufmerksam zu machen. Dies beinhaltet auch, auf bestehende Gesetze gegen Diskriminierung hinzuweisen und die Vorteile von Vielfalt zu betonen. Um diese Ziele zu erreichen, versucht die Kampagne die Menschen in Europa auf unterschiedliche Weisen anzusprechen. Dazu wurden in allen Mitgliedsländern Partner gesucht,

um die Kampagne an nationale Gegebenheiten anzupassen. Die österreichische Gruppe entschied sich beispielsweise für Informationsveranstaltungen am Rande von Musik- und Filmfestivals, während die zypriotischen Experten Journalisten für das Thema Diskriminierung mittels eines Wettbewerbs zu sensibilisieren suchten. Europaweit gab und gibt es Plakate und Fernsehspots, Fotowettbewerbe sowie eine Kooperation mit dem Musiksender MTV. Außerdem gibt es die Trucktour gegen Diskriminierung. Der Truck macht in europäischen Städten Halt. Um ihn herum werden z. B. Infoveranstaltungen oder Kulturveranstaltungen mit lokalen Künstlern organisiert. Die aufwändige Kampagne wird allgemein als erfolgreich angesehen, wobei es naturgemäß schwierig ist, Erfolge zu evaluieren. Unbestritten ist jedoch, dass die Kampagne durch umfassende Präsenz viele Menschen erreicht.

Netzwerke schaffen

Anlässlich des »Europäischen Jahres gegen Rassismus« 1997 schlossen sich einige antirassistische NROs zum »European Network Against Racism« (ENAR) [2] zusammen. Relativ zeitnah signalisierte die Europäische Kommission ihre Bereitschaft, den Großteil der Finanzierung zu stellen. Heute sind mehr als 600 NROs aus allen Mitgliedsstaaten im ENAR organisiert. Das Netzwerk beruft jährlich eine Generalversammlung mit Delegierten aus allen Ländern ein und besitzt ein Direktorium, ein Büro und in jedem Land eine Koordinationsstelle. In erster Linie betreibt das ENAR Lobbyarbeit in Bezug auf die EU-Gesetzgebung und stellt für die Mitgliedsorganisationen Kontakte zu Entscheidungsträgern her, um Richtlinien gegen Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung zu entwickeln. Darüber hinaus bietet das Netzwerk natürlich eine gute Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch für die beteiligten NROs, was auch auf regelmäßigen Treffen geschieht. So veranstaltet das ENAR verschiedene Konferenzen zum Themenbereich Rassismus und Diskriminierung. Dazu werden ein Jahresbericht und jährliche Berichte über alle Mitgliedstaaten veröffentlicht. Obwohl das Netzwerk von öffentlichen Stellen finanziert wird, versucht es, die zivilgesellschaftliche Perspektive in den europaweiten Kampf gegen Rassismus einzubringen. Gerade als Vernetzungspunkt für die verschiedenen NROs kann das Netzwerk eine wichtige Rolle spielen, um Rassismus auf europäischer Ebene zu begegnen.

Vor Diskriminierung schützen

Im Vertrag von Amsterdam 1997 bekam die EU weit reichende Rechte zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse bzw. ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung. Seitdem diese Rechte im Jahr 2000 in Kraft getreten sind, hat die EU zahlreiche Richtlinien zum Schutz vor Diskriminierung erlassen. Die beiden zentralen Richtlinien sind die so genannte Antidiskriminierungsrichtlinie und die Richtlinie zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf. Die Richtlinien sollen benachteiligte Gruppen, z. B. ethnische Minderheiten, vor Benachteiligung einerseits im Berufsleben, andererseits aber auch im privaten Bereich schützen. Das bedeutet, dass Menschen umfassend auch im Alltagsleben vor Diskriminierung geschützt werden sollen. So greifen die Richtlinien eben nicht nur für den Bereich des Arbeitsmarktes, sondern auch für die Bereiche Wohnraum, Sozialsystem oder politische Partizipation. Wichtig ist auch, dass diese Rechte für benachteiligte Personen einklagbar sind und die Mitgliedsstaaten diskriminierten Menschen den Zugang zum Rechtssystem garantieren müssen. Neben der Schutzfunktion ermöglichen die Richtlinien positive Diskriminierung, z. B. die Einführung von Quoten für bestimmte Gruppen oder Unterstützungsmaßnahmen wie Sprachkurse. Neben den sehr umfassenden Richtlinien verpflichtet die EU die europäischen Staaten zur Schaffung von Überwachungsinstanzen und zu Untersuchungen über die Situation in den jeweiligen Ländern.

Die Richtlinien stießen teilweise auf erheblichen Widerstand, und die Umsetzung in nationales Recht verlief in einigen Ländern problematisch und schleppend, so dass die Kommission 2004 sogar Vertragsverletzungsverfahren gegen einige Mitgliedsstaaten (darunter Deutschland, Österreich und Finnland) einleitete. Trotz der schwierigen Übersetzung in nationales Recht stellen die Richtlinien eine erhebliche Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung in Europa dar. Problematisch bleibt, dass die neuen Rechte in ihrem vollen Umfang nur für Personen mit einem dauerhaften Aufenthaltsstatus gelten.

Sanktionieren

Das polizeiliche und rechtliche Vorgehen gegen rechtsextreme Äußerungen und Taten liegt aufgrund der Struktur der Europäischen Union größtenteils in der Hand der Mitgliedsländer. Dennoch gibt es seit einigen Jahren Versuche, die nationalen Gesetzgebungen mittels eines Rahmenbeschlusses zu harmonisieren und zu verschärfen. Diese Versuche scheiterten allerdings regelmäßig, da Italien sich unter der Regierung von Silvio Berlusconi gegen die Initiativen sperrte. Erst der Regierungswechsel in Italien machte einen weiteren Versuch möglich, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 kam es nach zähen Verhandlungen tatsächlich zu einem Beschluss. Der »Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« wurde mit dem Ziel erlassen, rassistische und fremdenfeindliche Straftaten in ganz Europa wirksam zu ahnden. Der Rahmenbeschluss verlangt von den Mitgliedsstaaten, Aufstachelung zu Hass und Gewalt mit fremdenfeindlichem Hintergrund, die

[2] http://www.enar-eu.org/ (30.12.2008).

Verteilung von rassistischen Schriften und die Leitung oder Beteiligung an einer rassistischen oder fremdenfeindlichen Gruppe zu bestrafen. Dazu verbietet der Rahmenbeschluss die öffentliche Duldung oder Leugnung von Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit – eine Regelung, die vor allem dazu gedacht ist, die Leugnung des Holocaust zu bestrafen.

Auch wenn der Rahmenbeschluss sicherlich ein Teilerfolg ist, wird deutlich, dass der rechtliche und polizeiliche Part des Kampfes gegen Rechtsextremismus in Europa größtenteils Sache der einzelnen Mitgliedsländer ist und dies auf absehbare Zeit auch bleiben wird, da das Tempo von den langsamsten und unwilligsten Mitgliedsstaaten vorgegeben wird.

Zusammenfassung und Ausblick

In den letzten zehn Jahren hat der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus in der Europäischen Union einige Fortschritte gemacht. Gerade die Antidiskriminierungsrichtlinien sind eine positive Entwicklung, da hier einklagbare Rechte entstehen, die einen deutlichen Fortschritt gegenüber bestehendem Recht in den allermeisten Mitgliedstaaten darstellen. Auf rechtlicher und polizeilicher Ebene bleiben die Kompetenzen der EU beschränkt, inwieweit sich hier Fortschritte ergeben, hängt vor allem vom Voranschreiten des Integrationsprozesses ab. Aufklärungs- und Informationskampagnen sind sicherlich begrüßenswert, allerdings hängt ihr Erfolg entscheidend vom gesamtgesellschaftlichen Klima ab; in Ländern, in denen rassistische Vorurteile verbreitet sind und ein allgemeines Klima der Intoleranz herrscht, bleiben sie der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Diese Tatsache macht sehr deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus in erster Linie eine zivilgesellschaftliche Aufgabe ist. Auch wenn Regierungen oder die Europäische Union wichtige Pflichten haben, so hängt der Erfolg des Kampfes gegen Rechtsextremismus vom gesamtgesellschaftlichen Klima ab. Verbote und Sanktionen können Rechtsextremisten nur dann schaden, wenn Rassismus und Antisemitismus gesellschaftlich abgelehnt und bekämpft werden. In einer Gesellschaft, in der rassistische Vorurteile und autoritäres Denken weit verbreitet sind, ist rechtsextremen Bewegungen auch mit Verboten und Strafen nicht beizukommen. Das verdeutlicht die Notwendigkeit von breitem zivilgesellschaftlichem und gesamteuropäischem Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Neben dem Engagement gegen rechtsextreme Akteure besteht die Aufgabe der Zivilgesellschaft auch darin, sich kritisch mit verbreitetem Alltagsrassismus oder problematischen Politiken, wie etwa der EU-Migrationspolitik, auseinander zu setzen, um ein Klima zu schaffen, in dem Rassismus und Diskriminierung keine Chance haben.

Der Autor:
Moritz Altenried ist Student an der FU Berlin und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Rechtsextremismus in Europa.

Literatur

Bundesministerium des Innern 2000: Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt. Berlin.
Europäische Kommission 1997: Die europäischen Institutionen im Kampf gegen Rassismus. Luxemburg, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission 2005: Equal-Erfolgsgeschichten: Entwicklungspartnerschaften – Diskriminierungen und Ungleichheiten in Europa bekämpfen. Luxemburg, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission 2008: Gleichberechtigung und Antidiskriminierung in der Europäischen Union vermitteln. Luxemburg, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

European Network Against Racism 2007: Annual Report. Im Internet abrufbar: http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/pdffr/Annual%20Report%20Enaro7_finalLowRes.pdf (19.12.2008).

European Union Agency for Fundamental Rights 2008: Annual Report 2008. Im Internet abrufbar: http://fra.europa.eu/fra/material/pub/aro8/aro8_en.pdf (19.12.2008).

5. Kapitel: Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa: Leitfaden und gute Praxis

Britta Schellenberg

Europa wächst zusammen – davon zeugen auch die Ländergrenzen überschreitenden Aktivitäten der radikalen Rechten. Doch europäische Verabredungen gegen Rechtsradikalismus sind bislang eher zaghaft und zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten haben meist ein recht länderspezifisches Eigenleben.

Zivilgesellschaftliches Engagement, das auf die Bekämpfung von Rechtsradikalismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zielt, findet sich in allen europäischen Ländern. Zumeist handelt es sich um kleine Gruppen und Organisationen auf lokaler Ebene, die häufig unter prekären Bedingungen arbeiten: Sie verfügen oft über keine, unzureichende oder nur vorübergehende Finanzierung für Personal und Aktivitäten. Der Kreis der Verantwortlichen und der Förderer ist recht überschaubar. Die finanziellen Mittel werden oft ehrenamtlich ‚erwirtschaftet', in anderen Fällen von wenigen, zumeist kleinen Stiftungen oder vom Staat bereitgestellt. Für einen nicht unerheblichen Teil des Engagements sind Journalisten verantwortlich. Häufig geht zivilgesellschaftliches Engagement auf Graswurzel-Aktivitäten oder (vielfach linke) anti-faschistische und demokratische Gruppen zurück. Sie beobachten die rechtsradikale Szene vor Ort, leisten Opferhilfe oder organisieren Protest (häufig in Form von Demonstrationen oder Konzerten).

Tatsächlich gibt es inzwischen einige Maßnahmen auf europäischer Ebene, die einen stärker ‚europäischen' Umgang mit Rechtsradikalismus und Rassismus reflektieren:

- Die European Union Agency for Fundamental Rights (FRA, früher EUMC) in Wien [1] und die European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) in Straßburg [2] sind wichtige Institutionen, die gemeinsame Bestrebungen der europäischen Staaten gegen Rassismus, Diskriminierung und auch Rechtsradikalismus abbilden und fördern. Eine einflussreiche zivilgesellschaftliche Organisation ist das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) in Brüssel. [3]
- Von besonderer Bedeutung ist die offizielle Annahme des EU-Rahmenbeschlusses gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (von 2001) durch den EU-Ministerrat am 28. November 2008. Hierin werden erstmals strafrechtliche Bestimmungen zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksformen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf europäischer Ebene festgesetzt. [4]

[1] http://www.fra.europa.eu/fra/index.php (3.12.2008).
[2] http://www.coe.int/t/e/human_rights/ecri/ (3.12.2008).
[3] http://www.enar-eu.org/ (3.12.2008).
[4] http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/en/accueil/PFUE-11_2008/PFUE-27.11.2008/resultats_JAI (3.12.2008).

- Eine intensive europäische Zusammenarbeit gibt es seit einigen Jahren beim Thema Fußball und Rassismus. Im März 2006 verabschiedete das Europäische Parlament (EP) eine Erklärung zur Bekämpfung von Rassismus im Fußball. Die Organisation FARE (Football against Racism in Europe) wurde bereits 1999 in Österreich gegründet und ist europaweit aktiv. Eine aktuelle Kampagne ist »Show racism the red card« – in ganz Europa tragen Fußballtrainer T-Shirts mit diesem Slogan.

Im Folgenden wird ein Leitfaden für (zivil)gesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa vorgestellt. Grundlage sind die Ergebnisse der Länderberichte, die innerhalb des Projekts ‚Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa' der Bertelsmann Stiftung und des Centrum für angewandte Politikforschung (C A P) entstanden sind. Die Autoren der Länderberichte haben die Struktur des Rechtsradikalismus sowie den Umgang mit ihm auf unterschiedlichen Policy-Ebenen analysiert (Gesetzgebung und deren Umsetzung, Politik, Zivilgesellschaft). Es wurden insgesamt elf Länder untersucht, darunter zehn konsolidierte Demokratien – Österreich, Belgien, Schweiz, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden – und Ungarn. [5]

Der Leitfaden mit seinen zwölf Punkten versteht sich als eine Art ‚Anforderungskatalog' für Strategien gegen Rechtsextremismus. Er ist in drei Teile gegliedert:

- Fokus klären
- Fundament schaffen
- Inhalte und Zielgruppen bestimmen

Bei den Praxisbeispielen, die den Forderungen beigestellt werden, handelt es sich um längerfristig agierende (zivil)gesellschaftliche Initiativen, die von den Autoren der Länderberichte [6] als gute Praxis vorgestellt wurden.

Fokus klären

1. Für europäisches Handeln ist ein sensibler Blick auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Arbeit in den verschiedenen Ländern notwendig – und eine europaweite Diskussion hierüber.

Es gibt in den europäischen Ländern verschiedene Ansätze und Fokusse bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus. So richtet sich die Gesetzgebung in Belgien, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und Schweden gegen Rassismus, in Deutschland und Österreich jedoch gegen (rechts-)extremistische oder neo-nationalsozialistische Aktivitäten. Die Gesetzgebung zeigt ebenso wie die verschiedenen Initiativen der Zivilgesellschaft, wie unterschiedlich die Einschätzungen des Themas und die Reaktionen in Europa immer noch sind.

In der Tat ist die zivilgesellschaftliche Arbeit eingebettet in die landesspezi-

[5] Die Länderberichte werden beim Bertelsmann Verlag Gütersloh Anfang 2009 unter dem Titel »Strategies against right-wing radicalism« veröffentlicht. Herausgeber sind Ulrich Kober, Orkan Kösemen und Britta Schellenberg.
[6] Autoren der Länderberichte sind: Prof. Dr. József Bayer, Dr. Jean-Yves Camus, Dr. Jaap van Donselaar, Dr. Christopher Husbands, Dr. Heléne Lööw, Susi Meret, Prof. Dr. Anton Pelinka, Britta Schellenberg, Dr. Damir Skenderovic, Vera Sperisen, Prof. Dr. Marc Swyngedouw, Willem Wagenaar, Dr. Juliane Wetzel.

fische politische Kultur und funktioniert im Rahmen der landesüblichen gesellschaftlichen Normen. So setzt auch die zivilgesellschaftliche Arbeit landestypische Schwerpunkte. Beispielsweise richten sich in Frankreich Aktivitäten häufig gegen strukturellen Rassismus.

Für die Entwicklung europäischer zivilgesellschaftlicher Strategien bedeutet der bunte Strauß an Ansätzen und Schwerpunkten, dass es grundlegend für die Konzeption zukünftiger Strategien sein wird, erstens die Unterschiede der Zugänge zum Thema zu reflektieren und zweitens Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen zu identifizieren, um schließlich europäisches Handeln zu ermöglichen.

2. Klärung, was bekämpft werden sollte – Uneinigkeiten zwischen den Ländern müssen thematisiert werden.

Uneinigkeiten darüber, was bekämpft werden sollte, spiegeln sich innerhalb Europas wohl am stärksten in der Debatte über Feindseligkeiten gegen Schwule und Lesben wider. Während Homophobie in einigen Ländern fast selbstverständlich als Teil von Rechtsradikalismus und Diskriminierung verurteilt wird und als bekämpfenswert gilt, wird anderswo debattiert, ob gleichgeschlechtliche Liebe überhaupt gegen Diskriminierung verteidigt werden sollte (etwa in Schweden). Oder es wird – wie insbesondere in Gesellschaften (Mittel- und) Osteuropas – das Gegenteil angenommen: nämlich, dass nicht die gewaltbereiten Rechtsradikalen, sondern die Schwulen und Lesben die Feinde einer geordneten Gesellschaft seien.

Zwischen Schutz und Verfolgung ist – nach wie vor – insbesondere die Behandlung der Gruppe der Sinti und Roma in vielen Ländern Europas zu beurteilen. In den im Bertelsmann Stiftung-/C A P-Projektzusammenhang analysierten Ländern zeigt sich vor allem in Ungarn und Italien akuter Handlungsbedarf. [7]

Besondere Vorsicht ist zudem bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus geboten: In einigen der Länderberichte wird festgestellt, dass das Thema zunehmend die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus überlagert, ohne diese zu befruchten. Die Gefahr besteht, dass die Gruppe der Muslime insgesamt unter ‚Generalverdacht' gestellt wird und dass als Reaktion auf die neue, fundamentalistische Herausforderung Maßnahmen der Politik die Menschenrechte eher beschneiden als sie zu schützen. [8]

3. Schwierige Themen und Konflikte innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen müssen ernst genommen werden. Es muss über Möglichkeiten der Annäherung nachgedacht werden.

Eine der größten Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure ist aktuell die Debatte über Islamophobie und Antisemitismus. Spaltungen, die aus

[7] Vgl. Länderbericht Italien von Juliane Wetzel, Länderbericht Ungarn von Joséf Bayer, beide werden veröffentlicht in: siehe Anm. 5.
[8] Vgl. Länderbericht Schweden von Hélene Lööw in: Ebd.

Am 10.06.2006 demonstrierten 100 Menschen gegen eine Neonazidemonstration. Die NPD hatte im Rahmen ihrer Kampagne zur Fußball-WM zur Demo in der WM-Stadt aufgerufen.

der Uneinigkeit über die Bewertung der Themen resultieren, muss entgegengewirkt werden.

Das wohl krasseste Beispiel ist Frankreich, wo inzwischen aufgrund des Dissenses die Einheit der französischen Anti-Rassismus-Bewegung kollabiert ist. Während ein Teil der Akteure die Bedeutung des Antisemitismus herunterspielt, verwirft der andere Teil Islamophobie als unwesentlich im Kampf gegen Rechtsradikalismus. [9] Jedoch sind beide Phänomene Kernpunkte des Rechtsradikalismus. Eine Spaltung der zivilgesellschaftlichen Akteure durch diese Themen ist für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus schädlich. Diese Entwicklung ist in abgeschwächter Form in Schweden, der Schweiz und in Deutschland ebenso zu beobachten. [10]

Fundament schaffen

4. Monitoring, Erfassung von Daten und regelmäßige Berichterstattung sind notwendig für eine solide Strategieentwicklung. Um ein realistischeres Bild der Lage zu zeichnen, sind zivilgesellschaftliche Akteure neben staatlichen einzubeziehen.

In vielen Ländern gibt es deutliche Probleme bereits bei dem Monitoring und der Erfassung von Daten. Die European Union Agency for Fundamental Rights

[9] Vgl. Länderbericht Frankreich von Jean-Yves Camus in: Ebd.
[10] Expertenrunde der Bertelsmann Stiftung und des Centrum für angewandte Politikforschung vom 31. Mai 2008: 'Right-wing Extremism – A European Challenge. Discussion of country reports'.

(FRA) schätzt die Qualität der »official criminal justice data collection mechanisms on racist crime/violence« in zehn Ländern, u. a. in Deutschland, als »gut« ein. Insbesondere Deutschland, Österreich und Schweden, so die Agentur, seien vorbildhaft in der Aufzeichnung rechtsextremer Aktivitäten. Wie Frankreich dokumentieren diese Länder zudem antisemitische Vorfälle. Die Datenerfassungsmechanismen werden in zwei Staaten (Finnland und Großbritannien) mit »comprehensive« als noch besser beurteilt. Die umfassende Datenerfassung gibt hier beispielsweise auch Auskunft über Merkmale der Opfer und den Ort des Übergriffs. In den übrigen 15 Ländern der EU-27 besteht nach Ansicht von FRA deutlicher Verbesserungsbedarf. [11] Grundlegendes Problem für den Erkenntnisgewinn solcher vergleichenden Untersuchungen sind weiterhin die starken Unterschiede der nationalen Erfassungskriterien sowie die sehr unterschiedliche Bereitschaft der staatlichen Behörden, entsprechende Delikte zu registrieren.

Eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei Monitoring, Datenerfassung und Berichterstattung wurde von FRA nicht thematisiert und ist – so zeigen unsere Gutachten – nicht üblich. Eine Zusammenschau entsprechender Daten könnte ein realistischeres Bild der Situation zeichnen.

Beispiel guter Praxis
Der Racism and Extremism Monitor [12] in den Niederlanden ist ein Kooperationsprojekt der Universität Leiden und des Anne Frank Hauses. Gesammelt werden wissenschaftliche, polizeiliche und zivilgesellschaftliche Informationen zur extremen Rechten in den Niederlanden. Auf dieser Grundlage werden Strategien gegen die Rechtsextremen entwickelt. Eine entsprechende, öffentlich anerkannte Institution, die unabhängig und langfristig als Beobachterin und Berichterstatterin arbeitet, staatliche und zivilgesellschaftliche Informationen zusammenführt und auf dieser Grundlage Strategien entwickelt, fehlt in anderen Ländern. [13]

5. Langfristig arbeitende Akteure/Projekte müssen das Ziel sein – nur so ist durchdachte und wirksame Arbeit möglich.

Es gibt in allen (von uns untersuchten) Ländern breites zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsradikalismus, gegen Rassismus, für Toleranz oder für die Menschenrechte. Meist richtet es sich nur dann konkret gegen Rechtsradikalismus (vor allem gegen bestimmte Akteure wie den Front National (FN) in Frankreich oder die British National Party (BNP) in Großbritannien), wenn Rechtsradikalismus sich in Wahlerfolgen oder durch mehrfaches gewalttätiges Auftreten in der Öffentlichkeit manifestiert. Allerdings zeigt sich, dass das Engagement schnell wieder abnimmt oder sogar verschwindet, wenn Rechtsradikalismus

[11] FRA – European Union Agency for Fundamental Rights, 2007, Report on Racism and Xenophobia in the Member States of the EU, Budapest: Elanders Hungary Kft. 2007, S. 121 f.
[12] http://www.monitorracisme.nl/content.asp?lid=1&pid=251 (16.12.08).
[13] Vgl. Länderbericht Niederlande von Jaap Donselaar, William Wagenaar.

weniger stark öffentlich präsent ist. Durch das ständige Auf und Ab des Engagements geht erworbene Kompetenz verloren. Die Arbeit stellt sich insgesamt als diskontinuierlich und bruchstückhaft dar.

Beispiel guter Praxis
Ein sich durch kontinuierliche Arbeit auszeichnender, starker und effektiver Akteur bei der Bekämpfung der extremen Rechten in Großbritannien ist Searchlight. Diese Graswurzel-Organisation, die stark anti-faschistisch geprägt ist, hat sich über die Jahrzehnte als langatmiger und gut aufgestellter Akteur bewiesen. Die Organisation stellt eine Internetplattform und ein Magazin [14] bereit und initiiert verschiedene Kampagnen. [15] Ein Beispiel für eine von Searchlight angestoßene Kampagne ist die Hope not Hate campaign. [16] Nicht zuletzt mit dieser Kampagne hat sich der ursprünglich eher sektiererische anti-faschistische Akteur hin zu einer Institution emanzipiert, die auch den Mainstream anspricht: Es gelang ihr, ein breites Forum von Akteuren zu organisieren. Gemeinsames Ziel war es, einen Durchbruch der BNP auf lokaler Ebene zu verhindern. [17]

6. Strukturell verankern: Um Wirksamkeit und Nachhaltigkeit entfalten zu können, ist es sinnvoll, gelungene Projekte und Maßnahmen in die Regelarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure – wie auch in die staatliche Regelarbeit – zu integrieren.

Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus müssen in die Arbeit von Schulen und Jugendarbeit sowie der Polizei, zum anderen aber auch in traditionelle und starke zivilgesellschaftliche Organisationen integriert werden. Beispielsweise wäre es sinnvoll, Initiativen für Opfer rechter Gewalt in Westdeutschland mit der Opferberatung renommierter Akteure (wie dem Weißen Ring) zu verzahnen. Gleichfalls sinnvoll ist es zu überlegen, wo Bildungsprogramme (vgl. unten) in die schulischen Curricula integriert werden können.

7. Unterstützung garantieren: Den meist massiven Finanzierungsproblemen zivilgesellschaftlicher Akteure muss entgegengewirkt werden. Europäische Akteure und Stiftungen könnten noch mehr eingebunden werden.

Grundlegend für gute und kontinuierliche Arbeit ist ihre Finanzierung. In den untersuchten Ländern haben die meisten Organisationen Schwierigkeiten, ihr Personal und ihre Aktivitäten ausreichend zu finanzieren. Vieles basiert auf ehrenamtlicher Arbeit. Häufig kommt nur wenig finanzielle Unterstützung vom Staat oder von Stiftungen. Staatliches Engagement ist oft recht kurzatmig, nicht zuletzt weil es von politischen Stimmungen und Neuordnungen abhängig ist. Nur in wenigen Ländern, wie Großbritannien und den Niederlanden, ist Enga-

[14] www.searchlightmagazine.com (16.12.08).
[15] Sie betreibt zudem die Webseite www.stopthebnp.org.uk, welche über jüngste Wahlergebnisse der BNP, auch auf lokaler Ebene, informiert und insgesamt eine gute Informationsgrundlage über die Aktivitäten der extremen Rechten (auch über die BNP hinaus) darstellt.
[16] http://www.hopenothate.org.uk/ (16.12.08).
[17] Vgl. Länderbericht England von Christopher Husbands.

gement durch Stiftungen und private Förderer recht breit aufgestellt. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen, die in ‚sozialen Brennpunkten' und in strukturschwachen Regionen tätig sind, brauchen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Regionen oder Gemeinden, in denen kein zivilgesellschaftliches Engagement existiert oder es rechtsradikal daherkommt, stellen ein besonders schwerwiegendes Problem dar.

Beispiele guter Praxis

a. Zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsradikalismus gewannen in Deutschland mit den Bundesprogrammen 2001 und – mit Einschränkung – auch 2007 an Kapazitäten und Wirkungskraft. Es bildete sich eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Projekte heraus. Das Problemfeld Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit wird durch diese Förderpraxis insgesamt stärker wahrgenommen. Die durch die Bundesprogramme geförderten Einzelinitiativen haben einen gewissen Breiteneffekt, da sie viele und ganz unterschiedliche Personengruppen ansprechen (z. B. Schüler, Lehrer, Jugendliche, Opfer rechtsradikaler Gewalt, Multiplikatoren pädagogischer Trainings). [18]

b. Jedoch kann man in Dänemark sehen, dass sich die Zivilgesellschaft nicht auf staatliche Unterstützung verlassen darf. Hier hat die Regierung – die von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei toleriert wird – die finanzielle Unterstützung für anti-rassistische Initiativen und Aktivitäten gestrichen und das nationale Menschenrechtsinstitut geschlossen. [19]

8. Gemeinsames Vorgehen und Networking organisieren, um die Wirkungskraft von Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus zu steigern.

Gemeinsames Handeln unterschiedlicher Akteure erweitert den Radius und die Methodenvielfalt. Erfahrungsaustausch ermöglicht, dass Lernprozesse in Gang gesetzt werden. Kooperative Gefahrenanalysen und ein Stück weit gemeinsames Vorgehen von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sind gefragt. Das gilt besonders auch für die lokale Ebene, denn Konflikte beginnen meist lokal: in Schulen, Jugendfreizeitheimen, auf der Straße.

Beispiele guter Praxis

a. Gute Praxis ist die gemeinsame Gefahrenanalyse der lokalen Situation durch Gemeinden, Generalstaatsanwalt, nationale Polizeibehörde und Geheimdienst in Schweden. Ein gutes Beispiel für gemeinsames Vorgehen ist auch die dort übliche enge Zusammenarbeit zwischen Opferberatungsstellen und der Polizei. [20]

[18] Vgl. Länderbericht Deutschland von Britta Schellenberg.
[19] Vgl. Länderbericht Dänemark von Susi Meret.
[20] Vgl. Ländergutachten Schweden von Hélene Lööw.

b. Eine viel versprechende Methode zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus sind die in Deutschland punktuell gebildeten ‚Runden Tische' und das ‚polder model' in den Niederlanden. Beides sind konsultative Strukturen, die verschiedene, zumeist lokale Akteure zusammenbringen, um Strategien gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und Diskriminierung zu diskutieren und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Teilnehmende Akteure können Trainer von Sportvereinen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, Opferberatungsteams, Kommunalpolitiker, Lehrer oder Polizisten sein. [21]

c. Die lokalen und regionalen Anti-Diskriminierungs-Organisationen in den Niederlanden und ihr Networking sind ein gutes Beispiel für gelingenden Austausch und das Miteinander von Staat und Zivilgesellschaft. Die Hauptaufgabe der Organisationen ist es, Opfern von Rassismus und rechtsradikaler Aggression zu helfen. Sie haben sich als Graswurzel-Organisationen in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag gegründet, sich später auch in anderen Städten etabliert und sich kontinuierlich professionalisiert. [22] Ihre Arbeit wird inzwischen durch staatliche Gelder unterstützt. Die Organisationen kultivieren eine gute Kommunikation untereinander. [23]

Inhalte und Zielgruppen bestimmen

9. Maßnahmen müssen sich nicht nur gegen rechtsradikale Akteure richten, sondern auch beim ‚Alltagsrassismus' der Bevölkerungen und allgemeiner Menschenfeindlichkeit ansetzen.

Es gibt (in den von uns untersuchten Ländern, mit Einschränkung Ungarns) eine große Mehrheit der Bevölkerung, die rechtsradikalen Akteuren ablehnend gegenübersteht. Dennoch sind fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen sowie Islamophobie in weiten Teilen der Bevölkerungen verbreitet. Entsprechende Diskurse prägen immer wieder die öffentliche Debatte, beispielsweise wenn über Einwanderung, Globalisierung oder Kriminalität gesprochen wird. Menschenfeindliche Einstellungen bieten gute Anknüpfungspunkte für Rechtsradikale. Strategien gegen Rechtsradikalismus müssen auch hier ansetzen.

10. Bildungsmaßnahmen, die kognitive, emotionale und soziale Fähigkeiten fördern, sind das größte Bollwerk gegen Rechtsradikalismus.

Präventive Strategien sind gefordert. Angesetzt werden muss bereits im Kindergarten, in der Jugendarbeit und in der Schule. Bildungsmaßnahmen sind in der Lage, kognitive, aber auch emotionale und soziale Fähigkeiten zu fördern, und können somit ursächlich gegen Rechtsradikalismus und Rassismus wirken. Vorzeigbare Programme sind Demokratieerziehung, Menschenrechtspädago-

[21] Vgl. Länderberichte Deutschland und Niederlande.
[22] Ein Beispiel ist Radar Rotterdam-Rijnmond, vgl. www.radar.nl/read/rotterdam_rijnmond (16.12.08).
[23] Vgl. Rita Schriemer: The Nationwide Network of Local and Regional Anti-Discrimination Agencies in the Netherlands. Case Study for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC). October 2002. Vgl. Ländergutachten Niederlande.

gik, Toleranzerziehung, Holocaust Education und Gedenkstättenpädagogik, Erziehung für die Zivilgesellschaft, antirassistische Pädagogik, Pädagogik der Anerkennung, Pädagogik der Vielfalt und Diversity Training sowie Konfliktlösungstrainingsmodelle und Mediationskonzepte. [24]

Beispiele guter Praxis

a. Das BLK-Schulprogramm Demokratie lernen & leben in Deutschland setzt auf das Verinnerlichen demokratischer Orientierung durch Lernen, Erfahren und Erleben von Demokratie, auch im Alltag. [25]

b. In Österreich (Tirol) haben rechtsradikale Straftäter, wenn es sich um kleinere Straftaten handelt, die Möglichkeit, an einem speziell für diese Gruppe entwickelten Kurs der Civic Education teilzunehmen und dadurch ihr Strafmaß zu reduzieren. Die inzwischen langjährige Erfahrung zeigt, dass die betroffenen Personen besser der Neonazi-Szene entzogen werden können als Straftäter, die zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. [26]

11. Training von Personal: Gut geschultes Personal kann bessere Arbeit leisten.

Ob bei staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren – gezieltes Training ist eine Voraussetzung für gute Arbeit gegen Rechtsradikalismus. Nur mit Personal, das über das Thema informiert ist, eigene Vorurteile reflektiert und sensibel mit seiner Zielgruppe umgehen kann, ist gute Arbeit möglich. Gefragt sind Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für das eigene Personal, ebenso wie für staatliche Akteure wie Politiker, Polizisten, Juristen und Verwaltungsangestellte.

Beispiel guter Praxis

Die Verwaltung der Gerichte in Schweden hat ein Bildungsprogramm für Richter entwickelt, welches einen besonderen Schwerpunkt auf Hasskriminalität legt. Ähnliche Programme wurden in Schweden auch von Agenturen, die mit dem Justizsystem zusammenarbeiten, entwickelt. Zudem wurden Kurse zum Thema Hasskriminalität für die Polizei konzipiert und in das Ausbildungsprogramm für Polizisten übernommen. [27]

12. Die Öffentlichkeit und relevante Gruppen wie Journalisten, Rechtsanwälte, Politiker für das Thema sensibilisieren, um Reflexion, Problembewusstsein und Engagement zu stärken.

Beispiele guter Praxis

a. Die gezielte Förderung von Roma als Journalisten in Ungarn verspricht für die Zukunft, eine größere Öffentlichkeit für die Probleme der Roma sensibilisieren zu können. Initiator ist das Zentrum für unabhängigen Journalismus in Budapest. [28]

b. Das Konzept »Schule ohne Rassismus« wurde anlässlich des Erstarkens rechtsradikaler Parteien 1988 von SchülerInnen und JugendarbeiterInnen in Belgien entwickelt. Ziel ist es, aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus einzutreten. Die Schüler initiieren regelmäßig Projekte oder Veranstaltungen und bekennen sich zum Slogan »Schule ohne Rassismus«. Im Jahr 1992 kam das Projekt in die Niederlande, 1995 mit dem Verein Aktion Courage e.V. nach Deutschland, dann nach Österreich und Spanien. Europaweit gibt es inzwischen mehr als 600 Schulen mit dem Titel »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. In Deutschland kommt das Projekt besonders gut an: Hier gibt es bereits mehr als 400 Schulen, die klar Position gegen Rassismus beziehen. [29]

Die Autorin:

*Britta Schellenberg leitet das Forschungsprojekt **Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa** der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) der Ludwig-Maximilians-Universität in München.*

[24] Vgl. hierzu ausführlich Hauke Hartmann und Britta Schellenberg: Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder, in: Georgi, Hartmann, Seberich, Schellenberg (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Bd. 2., Gütersloh 2005, S. 16-41, relevant: 23-31.
[25] www.blk-demokratie.de (16.12.08). Vgl. Ländergutachten Deutschland von Britta Schellenberg.
[26] Ländergutachten Österreich von Anton Pelinka.
[27] Kurs om hatbrott ingår i polisens grundutbildning, www.polisen.se (16.12.08). Vgl. Ländergutachten Schweden von Hélene Lööw.
[28] www.cij.hu (16.12.08). Vgl. Ländergutachten Ungarn von Joséf Bayer.
[29] www.schule-ohne-rassismus.org (16.12.08). Vgl. Ländergutachten Deutschland von Britta Schellenberg.

6. Kapitel: Hamburg – Demokratie stärken – für eine Kultur des Hinschauens und Eingreifens

Justizsenator Dr. Till Steffen

Hamburg ist keine Hochburg der Rechtsextremen und steht auch nicht kurz davor. Dennoch gibt es auch hier vielfältige rechtsextreme Aktivitäten, die unseren entschiedenen Widerstand erfordern. Besonders auffällig ist die steigende Zahl von Propagandadelikten und das martialische und offen volksverhetzende Auftreten rechter Gruppen und Parteien auf Demonstrationen. Und in Hamburg besteht ein Potenzial für den Erfolg rechtspopulistischer Angebote. Die Schill-Partei konnte bei den Bürgerschaftswahlen 2001 mit fast 20 Prozent einen Erfolg mit dem Thema »Sicherheit in der Stadt« erreichen. Und beim Thema Sicherheit wurde von Seiten der Rechtspopulisten gerne auf Drogenhändler afrikanischer Herkunft oder jugendliche Gewalttäter mit Migrationshintergrund hingewiesen. Auch konnte die Deutsche Volksunion (DVU) in der Vergangenheit in Hamburger Bezirksparlamente einziehen. Aufgrund desolater eigener Politik sind diese Rechtspopulisten wieder aus den Parlamenten verschwunden, aber aktuelle Umfragen zeigen: Es gibt auch in Hamburg ein Potenzial für Rechtspopulisten und Rechtsextremisten.

Hamburg setzt sich mit der NS-Vergangenheit auseinander

In Hamburg ist die Aktion von Gunter Demnig, der Stolpersteine zur Erinnerung an Verfolgte des NS-Regimes legt, sehr präsent. In keiner anderen deutschen Stadt sind – dank vieler Patenschaften – so viele Steine verlegt worden. Die Lebensgeschichten und die Verfolgungsgeschichte werden durch Stadtteilbücher lebendig. Hier gibt es eine breite Kooperation von Geschichtswerkstätten in den Stadtteilen bis zur Landeszentrale für politische Bildung. Um die Arbeit der Geschichtswerkstätten abzusichern, ist im Koalitionsvertrag die Gründung einer Stiftung vereinbart worden. Und: es wird an alle Opfergruppen gedacht. So wurden zum Christopher Street Day (CSD) 2008 vor der Untersuchungshaftanstalt Stolpersteine verlegt, die an homosexuelle Opfer erinnern. Wesentlich ist bei dieser Erinnerungsarbeit: Durch die Lebensgeschichten der Einzelnen werden auch für heutige Generationen Verfolgungsschicksale anschaulich.

Jüdisches Leben ist sichtbar in Hamburg

Ich selber komme aus dem Stadtbezirk Eimsbüttel. Das jüdische Leben am

Stolpersteine in Hamburg

Grindel versuchten die Nazis zu zerstören. Sie versuchten, jüdisches Leben aus dem deutschen Alltag auszumerzen. Es ist ihnen aber nicht dauerhaft gelungen. Jüdisches Leben in Hamburg wird gerade in Eimsbüttel wieder sichtbar, z. B. ist eine Schule wiedererrichtet worden. Ein jüdisches Kulturleben beginnt jetzt allmählich wieder zu entstehen, das sich nicht nur an Hamburger Juden richtet, sondern an alle Hamburger, die sich für jüdische Themen interessieren. Es ist aber ein mühsamer Prozess, der Zeit, Geld und Professionalität benötigt. Ein Café wurde eröffnet. Ein Café kann zwar keine Religion haben, aber hier werden viele jüdische Traditionen gepflegt, etwa das Lesen. Die Auseinandersetzung mit Wort und Schrift ist fest in der jüdischen Tradition verankert. Im Café, das auch jüdische Speisen anbietet, liegen Zeitungen und Magazine aus. Eine angeschlossene Buchhandlung bietet außerdem Bücher zum Kauf an.

Ursachen von Rechtsextremismus genau ansehen

Wenn wir über Maßnahmen gegen Rechtsextremismus sprechen, müssen wir uns auch immer wieder die Ausgangssituation ansehen.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat in diesem Jahr festgestellt, dass es ein weitgehendes Unverständnis über die Mitgestaltungsmöglichkeiten in einer Demokratie gibt. Daraus ergibt sich eine alarmierende Geringschätzung des demokratischen Systems. Die Studie beobachtete, dass eine Akzeptanz des demokratischen Systems von vielen Personen mit der Gewährleistung materi-

ellen Wohlstandes verknüpft ist. Daraus kann man schließen, dass das Gefühl, der Wohlstand sei gefährdet, häufig nicht nur in Politikverdrossenheit sondern in Demokratieverdrossenheit mündet.

Stärkung der demokratischen Kultur muss im Mittelpunkt stehen.

Die Stärkung der demokratischen Kultur muss daher im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen. Man darf nicht nur bei der Beschreibung dessen, was man nicht will, stehen bleiben.

Welche Faktoren sind für die Entwicklung von demokratischen Einstellungen relevant?

1. Die Möglichkeit, gesellschaftliche Verhältnisse, insbesondere Probleme, zu hinterfragen, ohne durch Stigmatisierung von »Anderen« den Problemdruck zu verschieben.
2. Empathiefähigkeit sowie die Fähigkeit, gesellschaftliche und/oder politische Realitäten zu hinterfragen, ohne dabei in Systemopposition zu verfallen.
3. Sozialisatorische Bedingungen, die sich durch Gewaltverzicht, durch Anerkennung von Kindern als eigene Rechtspersönlichkeiten und mindestens durch Toleranz gegenüber »Anderen« auszeichnen.
4. Eine sowohl inhaltlich als auch emotionale Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auch auf Seiten der Täter/Mitläufer/Unterlasser und ihrer Nachkommen, was auch das Sich-Einlassen auf eigene familiäre Verstrickung mit einschließt.

Vielfalt in der Stadt

Was bedeutet diese für die Entwicklung von Maßnahmen für eine Stadt wie Hamburg?

In meiner Behörde wird eine neue »Arbeitsstelle Vielfalt« eingerichtet, die sich auch mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus beschäftigen wird. Sie wird aber auch gleichzeitig Antidiskriminierungsstelle sein und sich mit den Fragen des demographischen Wandels, der Gleichstellung und der Integration beschäftigen. In dieser Zusammensetzung bietet sie die Chance, aus der Problemanalyse zu übergreifenden Handlungskonzepten zu kommen. Da der Aufbau der Stelle nicht von jetzt auf gleich erfolgen kann, wird um Verständnis gebeten, dass ein Gesamtkonzept nicht sofort vorgelegt und umgesetzt werden kann.

Dabei ist es notwendig, eine für die Gegebenheiten von Hamburg angepasste Strategie zu formulieren. Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bedürfen immer des Blickes auf die lokale Situation.

Stadt als Chance für Demokratie

Kommunen und Hamburg als Stadtstaat haben besondere Chancen, zu Orten des Einübens von Demokratie zu werden. Gerade die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gilt es daher bereits früh zu stärken. Aber auch der jetzt gefundene Kompromiss zur Verankerung der Verbindlichkeit von Volksentscheiden in die Hamburger Verfassung ist ein wichtiger Beitrag hierzu. Selbstbewusste, von ihrer Selbstwirksamkeit überzeugte Bürgerinnen und Bürger sind der zentrale Schutzfaktor gegen Rechtsextremismus. Die Bertelsmann Stiftung hat 2007 zutreffend die Möglichkeiten der frühen demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten in den Kindergärten und Schulen – wie sie in Deutschland schon zum Teil praktiziert werden – aufgezeigt. Diese Ansätze gilt es zu verstärken. Aber die Angebote für Demokratie müssen ein Leben lang vorhanden sein, bis hin zu Bildungs- und Beteiligungsangeboten für Seniorinnen und Senioren.

Umgang mit Opfern entscheidend

Der Umgang mit Opfern und potenziellen Opfern rechter Gewalt ist ebenfalls entscheidend. Eine konsequente Ächtung der Taten ist ebenso nötig wie der Schutz der Opfer, damit diese keine zweite Viktimisierung erfahren. Am öffentlichen Umgang mit den Opfergruppen entscheidet sich, ob rechtsextreme Weltbilder geteilt werden oder ihre Ausgrenzung Erfolg hat. Die Duldsamkeit gegenüber rechtsextremen Gewalttaten wird von der rechtsextremen Szene als Billigung verstanden und motiviert zu neuen Taten. Hier gilt es, die praktische Arbeit zu stärken. In der rechtspolitischen Diskussion ist aber auch eine Gesetzesinitiative zu so genannten »Hate Crimes«. Der auf dem Tisch liegende Vorschlag hat sicherlich auch Nachteile, aber er bringt vielleicht Bewegung in die rechtspolitische Diskussion. Tatsächlich ist kritisch zu prüfen, ob der Verzicht auf Bewährungsmöglichkeiten bei so genannten »Hasstätern« Rückfälle tatsächlich verhindert, oder ob hier nicht weiterhin andere Möglichkeiten (Sozialstunden, Anti-Gewalt-Trainings u. a.) nicht wirksamer sind. Aber es gibt wohl zwei Probleme, die es möglicherweise im Gesetz zu verankern gilt. Das Anzeigeverhalten der Opfer ist immer noch zurückhaltend. Im Bereich von homophober Gewalt haben jüngst auf einem Kongress der grünen Bundestagsfraktion VertreterInnen von Beratungsstellen darüber berichtet. Hier kann es sinnvoll sein, den Amtsermittlungsgrundsatz im Gesetz zu verankern. Die Erfahrungen mit der Einführung von »Hate Crime«-Paragraphen in Großbritannien zeigen, dass die Motive des Täters und die Situation des Opfers zielgerichteter erfasst werden. Möglicherweise kann es daher angezeigt sein, die bisherige Regelung des § 46 StGB, der eine besondere Schwere der Tat sieht, wenn der Täter eine niedere Gesinnung hat, durch die Aufnahme einer Beschreibung der Hasskriminalität zu konkretisieren.

Rechtsextremismus offensiv begegnen

In Hamburg gibt es bereits Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und für eine Nutzung der Chancen kultureller Vielfalt. In einem Netzwerk arbeiten zivilgesellschaftliche Gruppen und Behörden zusammen. Die Polizei hat in ihrer Personalpolitik ein Diversity-Management verankert. Das Personalamt der Stadt Hamburg hat ein Handlungskonzept zur Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Ausbildungen der hamburgischen Verwaltung entwickelt und umgesetzt. Hierfür wird auch offensiv geworben. Im Justizbereich sehen wir aber auch, dass JuristInnen mit Migrationshintergrund sich häufig nach dem Jurastudium für eine anwaltliche Berufstätigkeit entscheiden. Sie wollen parteiisch für ihre Community tätig werden. Hier gilt es auch für den Richterberuf zu werben, denn wir benötigen interkulturelle Erfahrungen auch bei den EntscheiderInnen im Gericht.

Im Rahmen dieses Beitrages kann ich natürlich nur einige Aspekte für notwendige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus streifen. Zusammenfassend möchte ich stichwortartig einige weitere politische und zivilgesellschaftliche Aspekte gegen Rechts nennen:

Es gilt, den Rechtsextremen keinen Platz für »unverfängliche« Angebote zu lassen. Hausaufgabenhilfe beispielsweise muss rechtzeitig durch andere angeboten werden. Wo Rechtsextreme aber trotzdem Jugendarbeit machen, gilt es zivilgesellschaftliche Initiativen entgegenzusetzen.

Wir müssen vor Ort alle lokalen Akteure einbinden. Politische Ausgrenzungen sind dabei nicht angezeigt. Es gilt immer, ein möglichst breites Bündnis zu finden. Und hier hat Hamburg durchaus Nachholbedarf. Es fehlten bei der Gegendemonstration zur Demonstration gegen die NPD im Mai wichtige Teile der eher bürgerlichen Hamburger Gesellschaft.

Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik. Zuwanderung ist eine Chance, dabei dürfen die daraus entstehenden Probleme nicht klein geredet werden, sondern sie müssen angegangen werden.

Zivilgesellschaftliche Strategien gegen Rechts müssen stärker als bisher die traditionellen Strukturen und Organisationen der Zivilgesellschaft einbinden. Sportvereine, Jugendfeuerwehren, Gesangsvereine, Kirchengemeinden und andere sind Orte, wo sich Zivilgesellschaft bildet und entfaltet.

Versehentliche Vermietungen an Firmen (wie z. B. ein Shop für das Label »Thor Steinar« in der HSH-Passage) müssen künftig verhindert werden. Aufklärungsarbeit über politische Zusammenhänge muss die Zugänge in die rechte Szene, z. B. über Musik, Kleidung oder Sport, beinhalten.

Hamburg weltoffen – und demokratisch

Wir brauchen – auch in Hamburg – eine Kultur des Hinschauens und Eingreifens, die fremdenfeindlichen und rassistischen Tendenzen offen entgegentritt. Es gilt, die demokratische Kultur zu stärken. Hier konnte 2008 in Hamburg eine breite Mehrheit für die Verankerung von verbindlichen Volksentscheiden in der Hamburger Verfassung in der Bürgerschaft gefunden werden. Diesen Schwung für mehr Demokratie gilt es fortzusetzen.

Der Autor:
Dr. Till Steffen ist Justizsenator der Freien und Hansestadt Hamburg (GAL).

7. Kapitel: Exemplarische Länderstudien

7.1. Noch rechter Rand oder schon in der Mitte der Gesellschaft? Rechtsextremismus in Europa – das Fallbeispiel Österreich

Ulrike Lunacek, NRAbg.

Vorab: Dem Rechtsextremismus ein nationales Mascherl zu geben [1], kann durchaus kritisiert und mit einiger Skepsis betrachtet werden. Trotzdem gibt es meines Erachtens zumeist einige relevante nationale historische Zusammenhänge. Meinen Part sehe ich im Zusammenhang dieser Publikation deshalb unter anderem darin, einige österreichische Zusammenhänge für die Diskussion herauszuarbeiten.

1. Nach der eindeutigen Wahl des »Olympia«-Mitglieds [2] Martin Graf zum Dritten Nationalratspräsidenten in Österreich am 28. Oktober 2008 durch VertreterInnen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) sowie zahlreichen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und auch der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) (lediglich die Grünen hatten von vorneherein klargemacht, dass sie bei der geheimen Abstimmung Graf die Stimme verweigern würden) hat sich der Rechtsextremismus ein weiteres Mal in der Mitte der österreichischen Gesellschaft festgesetzt. Meines Erachtens wäre eine derartige Wahl in Deutschland nicht möglich gewesen. Mit der Wahl Grafs zum Dritten NR-Präsidenten wird der Unterschied in der Vergangenheitsaufarbeitung zwischen den beiden Ländern offensichtlich:

»Der Austro-Patriotismus als Antithese zum Deutschnationalismus war nach 1945 die einigende Klammer unter den postfaschistischen Eliten. Im von diesen verordneten kollektiven Abrücken vom deutschnationalen Ticket, auf dessen Bestandteil der nicht eigenständig thematisierte Antisemitismus reduziert wurde, erschöpfte sich weitgehend die ideologische Entnazifizierung. Daneben stellte das Bekenntnis zur österreichischen Nation eine rückwärtsgewandte Identifikation zum Zweck der kollektiven Schuldabwehr dar: Weil bei den Alliierten Österreich als erstes Opfer der NS-Aggression durchging, sah sich seine Bevölkerung ebenso. Diese Selbstwahrnehmung der ÖsterreicherInnen als Opfer fand seine Deckung bei der politischen Macht, die damit erfolgreich Entschädigungszahlungen an die tatsächlichen Opfer abwehrte.«
(aus Heribert Schiedel: »Wir Österreicher wählen, wen wir wollen!« Haider und der österreichische Normalzustand. In: Siegfried Jäger / Jobst Paul (Hrg.): »Diese Rechte ist immer noch Bestandteil dieser Welt.« Aspekte einer neuen Konservativen Revolution. Duisburg 2001, S.119 - 139, hier S. 129 f.)

2. Der gewalttätige Rechtsextremismus ist in Österreich verhältnismäßig schwach ausgeprägt. Das steht in direktem Zusammenhang mit der Stärke jener politischen Parteien, die zumindest teilweise dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Die FPÖ und vor allem auch deren Vorläufer, der Verband der Unabhängigen (VdU) [3], haben ganze Arbeit geleistet: Die ideologische Kontinuität zum Nationalsozialismus wurde konsequent weitergeführt und jeweils zeitgemäß adaptiert.

3. Außerparlamentarisch ist der österreichische Rechtsextremismus seit Jahrzehnten gut im Alltag verankert und integriert: Veteranen-, Turn- und Studentenverbände sind hier zu nennen, insbesondere Teile des Österreichischen Kameradschaftsbundes (ÖKB) [4] und die zahlreichen (vor allem schlagenden) Burschenschaften, deren Vertreter wiederum im Nationalrat (v. a. im FPÖ-Klub [5], gestärkt seit der Wahl am 28. September 2008) signifikant überrepräsentiert sind. (vgl. These 1)

4. Einer der größten nachhaltigen Erfolge von FPÖ und BZÖ ist die Etablierung und Fokussierung des so genannten »Ausländerproblems«. Dieses ist mittlerweile ein Fixpunkt auf der politischen Agenda, und die Forderung nach Zwangsmaßnahmen zur vermeintlichen Lösung haben mittlerweile auch andere Parteien übernommen. Immer wieder sprechen FPÖ-PolitikerInnen von »Überfremdung« und legen damit den rassistischen Hintergrund ihrer Prioritätensetzung auf »die Ausländer« offen.

5. Zweifellos haben charismatische telegene (Ver-)Führer (wie bis vor kurzem Jörg Haider und jetzt Heinz-Christian Strache) in Zusammenarbeit mit den Medien zur Popularisierung bestimmter Themenfelder der extremen Rechten beigetragen.

[1] Österr. für: »ein nationales Gewand zu verleihen« oder »ein nationales Gesicht zu geben« (Anm. der Red.).
[2] Die »Olympia« ist eine pflichtschlagende Burschenschaft in Wien. In der Medienöffentlichkeit ist sie vor allem wegen ihrer Verbindungen zum Rechtsextremismus bekannt. 1996 übernahm die Olympia den Vorsitz im großdeutschen Dachverband »Deutsche Burschenschaften«, was zu einer Abspaltung gemäßigterer Gruppierungen führte. Wer die in diesem Dachverband gepflogene Geisteshaltung kennt, weiß, dass es nicht leicht ist, in diesem Milieu – so wie die Olympia – als besonders rechtsextrem aufzufallen.
[3] Der Verband der Unabhängigen (VdU) sah sich explizit als Interessenvertretung ehemaliger Nationalsozialisten, Heimatvertriebener, Heimkehrer und politisch Unzufriedener und forderte u. a. die Beseitigung der NS-Gesetze. 1956 wurde der VdU von der neu gegründeten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) absorbiert.
[4] Der ÖKB besaß jahrzehntelang fast ausschließlich das Deutungsmonopol über die Wehrmacht. Das Geschichtsbild des Vereins kann hier nicht ausführlicher behandelt werden, nur soviel: Die Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft blieben bewusst ausgeblendet. Erstaunlich ist aber die nach Angaben des ÖKB konstante Mitgliederzahl von 250 000 Aktiven, von denen mittlerweile über zwei Drittel keine Kriegsteilnehmer mehr sind.
[5] Bezeichnung für eine Fraktion im österreichischen Nationalrat, hier die Fraktion der FPÖ. (Anm. der Red.)

Der Europaabgeordnete Andreas Mölzer ist Mitglied der FPÖ. 2005 weigerte er sich, für eine Auschwitz-Resolution zu stimmen, in der Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilt werden.

6. Die oft – und gerne zur Verteidigung des früheren ÖVP-Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel, der 2000 das schwarz-blaue Experiment begann – geäußerte Hypothese, dass FPÖ und BZÖ durch eine Regierungsbeteiligung an Anziehungskraft verlieren würden, ist nicht haltbar. Trotz Parteispaltung und einiger eindeutiger Wahlniederlagen sind die beiden rechten Parteien in Österreich nun stärker als je zuvor. In Kärnten konnte der mittlerweile verstorbene Jörg Haider das BZÖ als fixe Größe etablieren. Selbst konservative Prognosen gehen davon aus, dass Haider bei den Landtagswahlen am 1. März 2009 gute Chancen gehabt hätte, die absolute Mehrheit zu erringen.

7. Die gegenseitige Blockade von Sozialdemokratischer Partei Österreichs (SPÖ) und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) führte 2007 und 2008 zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust der beiden Koalitionspartner. FPÖ und BZÖ profitierten davon stark – im Unterschied zu den Grünen. Einmal mehr haben es die rechten Parteien geschafft, substanziell in die WählerInnenschaft der etablierten Parteien einzudringen. Grün zu wählen wurde offensichtlich nicht als Alternative oder Protest empfunden.

8. Die FPÖ wird in österreichischen Medien im Unterschied zu vielen ausländischen Zeitungen und Fernsehsendern nur sehr selten als rechtsextrem bezeichnet. Meines Erachtens ist die FPÖ sehr wohl eine rechtsextreme Partei, vermischt jedoch rechtsextreme Positionen sehr geschickt und ziemlich perfekt mit rechtspopulistischen Standpunkten, so dass der eindeutige Nachweis über ihren Rechtsextremismus oftmals schwer fällt. Rund um Grafs Wahl zum Dritten NR-Präsidenten ist der Konnex wieder offensichtlicher geworden. Und just beim Überarbeiten dieser Zeilen (29. Dezember 2008) hat mein Nationalratskollege, der Grüne Sozialsprecher und Rechtsextremismus-Experte Karl Öllinger, Beweise dafür veröffentlicht, dass Grafs Mitarbeiter in dessen Büro vom Parlament

aus beim einschlägig bekannten »Aufruhr Versand« eindeutig rechtsextreme T-Shirts, CDs und Ähnliches bestellt haben. Bisher ist nur die Antwort des FPÖ-Generalsekretärs Harald Vilimsky bekannt, der die Bestellungen bestätigte, aber verharmlosend meinte, es sei ja »nichts Verbotenes« dabei gewesen und Grafs Mitarbeiter seien nun einmal »politisch interessiert«. Außerdem unterstellt Vilimsky Öllinger und den Grünen »Gesinnungsschnüffelei« und ein »gespanntes Verhältnis zum Datenschutz«. Es wird erst das Jahr 2009 zeigen, ob derartige Vorgänge im österreichischen Parlament ungestraft und ohne Konsequenzen für den Dritten Nationalratspräsidenten bleiben können. Von Grüner Seite werden wir alles daransetzen, diesen rechtsextremen Ungeheuerlichkeiten ein Ende zu bereiten.

Die europäische Ebene:

Auf der europäischen Ebene wird es wohl auch an den Grünen liegen, die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus immer wieder aufs Tapet zu bringen und gegen eine sich wahrscheinlich für die Europawahl 2009 formierende »Internationale der Nationalen« aufzutreten und zu mobilisieren. Die antidemokratischen und rassistischen Kräften sollen nicht auch noch im und aus dem Europaparlament verstärkt ihre menschenfeindliche Propaganda betreiben.

Die Autorin:

Ulrike Lunacek ist Co-Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei, Nationalratsabgeordnete und stv. Klubobfrau der Grünen im österreichischen Parlament.

7.2. Die extreme Rechte in Italien – ein Überblick

Henning Flad

Vergleicht man die Einflussnahme der extremen Rechten auf die politische Mitte in Italien mit den Aktivitäten deutscher Rechtsextremer, so fällt als erstes ein markanter Unterschied auf: Anders als in Deutschland existiert in Italien kaum eine soziale Ächtung rechtsextremer Positionen im öffentlichen Diskurs. Wer in Deutschland, wie unter anderem die Fälle Hohmann und Möllemann zeigten, bestimmte Grenzen, wie zum Beispiel durch allzu offenes Spielen mit antisemitischen Ressentiments, überschreitet, muss mit dem Ende seiner Karriere rechnen. Wer früher Funktionär der NPD war, kann sich keine Hoffnung mehr auf einen Aufstieg in einer der demokratischen Parteien machen. Und eine direkte politische Zusammenarbeit mit der NPD oder ähnlichen Akteuren ist für Demokraten erst recht undenkbar. Anders Italien. Den Unterschied kennzeichnete Ulrich Ladurner prägnant in der Zeit vom 20. November 2003: »Wer aus faschistischer politischer Tradition kommt, der muss nicht befürchten, dass es für seine Karriere allzu schädlich wäre. Im Gegenteil, es kann sogar nicht schaden, einmal Faschist gewesen zu sein, da viele Menschen Mussolini als großen Italiener sehen, der es eigentlich gut meinte, nur leider von Hitler verführt wurde.«

Dieser Befund wurde wieder einmal bestätigt im Skandal um Äußerungen von Giuseppe Ciarrapico, einem Kandidaten von Silvio Berlusconis Partei Popolo della Libertà (PdL) zu den Parlamentswahlen 2008. Ciarrapico, Verleger mehrerer Zeitungen und ehemaliger Präsident des Fußballvereins AS Roma, hatte in einem Interview mit dem Corriere della Sera gesagt, er sage sich »nicht vom Faschismus los und bewundere Mussolini sehr«. In Reaktion darauf erklärte Berlusconi, warum er sich nicht von Ciarrapico distanzieren wollte: »Ciarrapico besitzt einige wichtige Zeitungen, die uns wohlgesonnen sind, und es wichtig, dass das so bleibt, weil all die großen Zeitungen auf der anderen Seite sind.« [1]

Versucht man, die Unterschiede zwischen Italien und Deutschland zu verstehen, so führt zunächst kein Weg vorbei an einem berühmten Zitat von Renzo De Felice, einem bedeutenden italienischen Historiker. Dieser hatte über den Faschismus gesagt, er stehe außerhalb des »Lichtkegels des Holocaust«, da er nicht den rassistischen und antisemitischen Vernichtungswillen des deutschen Nationalsozialismus besessen habe. Dies ist einerseits zutreffend, da der italienische Faschismus im Hinblick auf seine genozidalen Intentionen keineswegs mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichgesetzt werden kann. Andererseits eröffnet diese in Italien populäre Sichtweise jedoch auch den Weg für eine Relativierung der tatsächlichen historischen Schuld – der brutalen Verfolgung von Gegnern des Regimes, des Führens von Angriffskriegen. Sie lässt einen apologetischen Umgang mit der Vergangenheit zu und erschwert die Ächtung faschistischer Positionen in Italien. Dies ist – neben der Vergangenheit Italiens als eines Schlüssellandes für die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg zwischen Ost und West und der damit verbundenen innenpolitischen Polarisierung – einer der Faktoren, die dazu führen, dass Rechtsextreme in Italien im öffentlichen Leben eine größere Rolle spielen können als in Deutschland.

[1] http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,540880,00.html (12.12.2008).

Alleanza Nazionale

Stärkste rechtsextreme Kraft in Italien war über lange Jahre die Alleanza Nazionale (AN). Bei dieser handelte es sich um die unmittelbare Nachfolgepartei der neofaschistischen Partei Movimento Sociale Italiano (MSI). Als in den neunziger Jahren im Zuge von erheblichen Korruptionsskandalen die bis dahin dominierenden politischen Parteien der demokratischen Mitte kollabierten, tat sich ein Machtvakuum auf. Auf die sich dadurch bietenden Chancen reagierte der MSI, welcher zuvor noch von der Regierungsbeteiligung aufgrund seines Bekenntnisses zum historischen Faschismus ausgeschlossen war. Angetrieben durch den Parteivorsitzenden Gianfranco Fini wurde ein Kurswechsel in Richtung Konservatismus eingeleitet. [2]

Dies wurde insbesondere 1995 deutlich mit der Umbenennung in Alleanza Nazionale und zunehmend auch mit dem Abwurf von ideologischem Ballast aus der Vergangenheit. Der damalige Parteivorsitzende Fini erklärte 2003 im Rahmen einer Reise nach Israel gar, sehr zum Ärger vieler altgedienter Parteimitglieder, beim Faschismus habe es sich um die »Verkörperung des absoluten Übels« gehandelt. Die Läuterung der Alleanza Nazionale wurde mit regelmäßiger Teilhabe an der Regierungsverantwortung in Italien belohnt. Abgeschlossen wurde der Transformationsprozess in Richtung rechte Mitte im Jahr 2008 durch die Fusion mit Berlusconis Forza Italia zu einer neuen Partei mit Namen Popolo della Libertà. Diese gewann bei den Parlamentswahlen von 2008 über 37 Prozent der Stimmen, wurde damit stärkste politische Partei und stellt derzeit mit Berlusconi den Regierungschef. Fini ist gegenwärtig Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer.

[2] Siehe dazu ausführlich Merkel, Wolfgang: Rechtsextremismus in Italien. Von der neofaschistischen Systemopposition zur postfaschistischen Regierungspartei: Der Aufstieg der Alleanza Nazionale. In: Politische Vierteljahrszeitschrift Sonderheft 27/1996, Opladen 1996.

Offener Rechtsextremismus

Der Wandel des alten MSI stieß auf nicht unerheblichen Widerstand in den eigenen Reihen, darunter auch von Alessandra Mussolini, der Enkelin von Benito Mussolini. Sie verließ die Partei aus Protest, insbesondere wegen Finis Distanzierung vom historischen Faschismus im Rahmen seiner Israel-Reise, und gründete im Dezember 2003 eine neue Partei, die wieder stärker der reinen Lehre verhaftet sein sollte: die Libertà di Azione, später umbenannt in Azione Sociale. Diese Partei war an einem 2007 gegründeten Zusammenschluss extremer Rechter mit Fraktionsstatus im Europaparlament beteiligt, unter anderem zusammen mit dem französischen Front National und der österreichischen FPÖ unter dem Namen Identität, Tradition, Souveränität (ITS). Natürlich wurde diese Fraktion von den gleichen Problemen geplagt, die regelmäßig auftreten, wenn Rechtsextreme auf internationaler Ebene koalieren: Unterschiedliche Rassismen und Nationalismen treffen aufeinander, die sich in Einzelfragen stark widersprechen. Dies wurde wieder einmal deutlich, als Alessandra Mussolini in rassistischer Manier hetzte, dass Rumänen »aus der Kriminalität einen Lebensstil gemacht« hätten. [3] Daraufhin beendeten rumänische Rechtsextreme beleidigt die Kooperation im Europaparlament, ITS verlor aufgrund der nun zu geringen Zahl an Abgeordneten den Fraktionsstatus und als Resultat Gelder und parlamentarische Rechte. Im Zuge der italienischen Parlamentswahlen 2008 gab Alessandra Mussolini ihren Sitz im Europäischen Parlament auf und wechselte zurück ins italienische Parlament. Ihren Sitz nimmt nun Roberto Fiore ein.

Fußballhooligans und Rechtsextremismus

Roberto Fiore, der im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag von Bologna im Jahr 1980, welcher 85 Menschen das Leben gekostet hat, wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden ist, ist Chef der offen neofaschistischen Partei Forza Nuova. Diese hält über den Zusammenschluss von europäischen Parteien ähnlicher Ausrichtung, die Europäische Nationale Front (ENF), auch engen Kontakt zur daran ebenfalls beteiligten deutschen NPD.

Forza Nuova verfügt über großen Einfluss unter gewaltbereiten Fußballfans, insbesondere bei den Irriducibili Lazio, einem Zusammenschluss von Anhängern des Erstligisten Lazio Rom, aber auch unter den Fans zahlreicher anderer Vereine. Bei Lazio spielte auch Paolo di Canio, der für einen der größeren Skandale im italienischen Fußball der letzten Jahre gesorgt hatte, als er im Stadion eines seiner Tore mit dem faschistischen Gruß feierte und sich darüber hinaus auch in Interviews offen zum Faschismus bekannte. [4] Di Canio ist beileibe nicht

[3] http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,517459,00.html (12.12.2008).
[4] http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,336226,00.html (12.12.2008).

Roberto Fiore: Der Partei-Chef von Forza Nuova rückte für Alessandra Mussolini 2008 ins Europaparlament nach.

der einzige italienische Fußballstar, der mit solcherlei Bekenntnissen aufgefallen ist; auch Gianluigi Buffon, der gegenwärtige Torhüter der italienischen Nationalmannschaft, zeigte wiederholt Sympathien für den Rechtsextremismus, so zum Beispiel nach dem Halbfinale der Fußball-WM 2006, als er ein Fan-Transparent mit einem Keltenkreuz und dem Schriftzug »Fieri di essere Italiani« (»Stolz, Italiener zu sein«) in die Kamera hielt. Auch diese Vorfälle unterstreichen, wie wenig rechtsextreme Positionierungen in Italien sozial geächtet sind, der Popularität dieser Spieler schadeten die Vorfälle keineswegs.

Zwar gibt es umfangreiche Versuche, der von Rechtsextremen beförderten Gewalt in den Fußballstadien Herr zu werden, so zum Beispiel durch das Aussprechen von Stadionverboten gegen Tausende von »Fans«, doch dies hat bislang nichts daran ändern können, dass es weiterhin »Woche für Woche«, wie die taz vom 25. November 2008 festhielt, zu Gewalttaten im Rahmen von Fußballspielen kommt. Diese Gewalttaten beschränken sich keineswegs auf Angriffe auf Fans gegnerischer Mannschaften. So griffen Lazio-Hooligans ein linkes Sozialzentrum an und verübten Anschläge auf Migrantensiedlungen. [5]

Während Rechtsextreme in den Fußballstadien stark präsent sind, spielt – anders als in Deutschland – eine rechtsextreme Subkultur, etwa in Form von rechtsextremer Musik oder in Form einer größeren Skinheadszene, eine relativ gesehen geringere Rolle – möglicherweise auch, weil die extreme Rechte nicht so stark in gesellschaftliche Nischen abgedrängt ist. Doch unter den vergleichsweise wenigen rechtsextremen Skinheads sind die Verbindungen nach Deutschland eng, Bands wie Gesta Bellica traten wiederholt auch im Rahmen von deutschen Neonazikonzerten auf.

Fiamma Tricolore

Wie Roberto Fiore nimmt auch Luca Romagnoli einen Sitz im Europaparla-

[5] http://www.taz.de/1/sport/artikel/1/gewalt-bei-spielen-eskaliert/ (12.12.2008).

ment ein. Er ist der Chef von Fiamma Tricolore, einer weiteren wichtigen neofaschistischen Partei, die sich offen positiv auf den historischen Faschismus bezieht, insbesondere auf dessen angebliche soziale Leistungen als Wohlfahrtsstaat. Auch bei ihr handelt es sich um eine Abspaltung von der Alleanza Nazionale, gleichermaßen in Protest gegen deren zunehmend gemäßigteren Kurs. Die Partei wurde 1995 unter Führung von Pino Rauti initiiert, eines der wichtigsten Akteure des italienischen Nachkriegsfaschismus und Begründers der Terrororganisation Ordine Nuovo, welche für eine ganze Reihe von Bombenattentaten mit zahlreichen Todesopfern verantwortlich war. Romagnoli wusste in einem Interview, auf die Frage der Existenz von Gaskammern in Auschwitz angesprochen, nur zu sagen, dass er »nicht die Mittel habe, dies zu bestätigen oder zu negieren«.

Ausblick: Ist ein erfolgreicher Kampf gegen rechts möglich?

Die Aussichten, wirkungsvoll Rechtsextreme aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen und faschistische Propaganda zu ächten, müssen pessimistisch eingeschätzt werden. Zwar deuten die jüngsten Wahlergebnisse von offen rechtsextrem auftretenden Kräften bei den Parlamentswahlen von 2008 – Fiamma Tricolore etwa erhielt nur 2,4 beziehungsweise 2,1 Prozent der Stimmen [6] – nicht gerade auf eine unmittelbar bevorstehende faschistische Machtübernahme hin, doch im vorpolitischen Raum, insbesondere in den Fußballstadien, sind faschistische Inhalte deutlich präsent. Und auch viele Anhänger der früheren Alleanza Nazionale haben die Botschaft, dass es mit dem Faschismus vorbei ist, noch nicht ganz verinnerlicht. Als Gianni Alemanno (Alleanza Nazionale), seines Zeichens Schwiegersohn des bereits erwähnten Pino Rauti, im April 2008 zum Bürgermeister von Rom gewählt wurde, gingen Bilder von den Siegesfeiern um die Welt und riefen blankes Entsetzen hervor: Viele seiner Anhänger hatten den rechten Arm zum faschistischen Gruß gereckt und feierten ihn mit »Duce, Duce!«-Rufen. Zwar betonte Alemanno daraufhin, dass ihn die »Duce«-Rufe nur zum Lachen brächten und dass er alle Formen von Totalitarismus hasse, ob rechts oder links, doch können solche Äußerungen die fatalen Bilder der Siegesfeiern keineswegs vergessen machen. Solange führende ehemalige Faschisten wichtige Ämter besetzen, solange eine De-facto-Nachfolgeorganisation des MSI beziehungsweise der alten Alleanza Nazionale die Regierung stellt, ist mit weiteren faschistischen Provokationen zu rechnen – und damit auch mit einer schleichenden Gewöhnung an deren Präsenz im öffentlichen Leben. Der politische Konsens der alten Republik, der Faschisten von der direkten politischen Macht ausschloss, der Republik, die sich stark über den Widerstand der Partisanen gegen deutsche Besatzer und italienische Kollaborateure legitimiert

[6] Zwei Zahlen für die zwei Kammern (Abgeordnetenkammer bzw. Senat).

hatte, ist damit »zusammengebrochen«, wie kürzlich die FAZ ebenso ernüchternd wie zutreffend feststellte. [7]

Der Autor:

Henning Flad ist Politikwissenschafter mit den Arbeitsschwerpunkten Rechtsextremismus und Jugendkultur. Er veröffentlichte u.a. zu den Themen Ökonomie der rechten Szene und der Bedeutung des Handels mit Musik sowie zur Ideologieproduktion in den Songs der extremen Rechten.

[7] http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E72328FF639DF450B9CF5E2B110858D07~ATpl~Ecommon~Scontent.html (12.12.2008).

7.3. Die französische extreme Rechte tritt tief gespalten zum Europawahlkampf an

Dr. Jean-Yves Camus
Übersetzung aus dem Englischen: Karoline Klose

Die Europaparlamentswahlen waren immer recht erfolgreich für die französische extreme Rechte. 1984, bei der zweiten Wahl dieser Art, gewann der Front National (FN) durch das Ergebnis von 11 Prozent (das entspricht zehn Sitzen) beträchtlichen Auftrieb und wurde somit zu einer ernst zu nehmenden nationalen politischen Kraft. Fünf Jahre später steigerte sich die Partei auf knapp 12 Prozent, 1994 erreichte sie immer noch 10,5 Prozent. Erst 1999 schrumpfte das Wahlergebnis der Partei auf unter 6 Prozent. Ausgelöst wurde diese Krise durch eine Spaltung der Partei, die sechs Monate vorher stattgefunden hatte, als die Gegner des FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen ihre eigene Bewegung gründeten, den Mouvement National Républicain (MNR), geleitet von Bruno Mégret. Dennoch steigerte sich die Partei in 2004 wieder auf knapp 10 Prozent und sieben Europaparlamentsabgeordnete. Das Europaparlament ist eine wichtige politische Bühne für die Partei. Es ermöglicht der Partei, mit lautstarken und heftigen Attacken die Grundidee eines supranationalen Europas anzugreifen, und es gibt ihnen finanzielle und personelle Mittel, die ihnen auch bei nationalen politischen Kampagnen hilfreich sind. Darüber hinaus etabliert es den FN als die führende Partei der extremen Rechten in Europa: Wie in den siebziger Jahren den italienischen neofaschistischen »Movimento Sociale Italiano« (MSI) die führende Kraft in Europa war, so wurde nach 1984 die FN mit Le Pen Vorbild für gleich gesinnte Bewegungen. In der Folge führte die FN die verschiedenen politischen Gruppen an, die ohne Erfolg versuchten, die extreme Rechte im Europaparlament zu vereinen. Der letzte missglückte Versuch war das Bündnis »Identität, Tradition und Souveränität« (ITS, »Identity, Tradition, Sovereignty«), welches von Januar bis November 2007 bestand.

Jean-Marie Le Pen: Gründer der Front National und seitdem ihr Vorsitzender; er wurde mehrfach wegen Leugnung des Holocaust, aber auch wegen Körperverletzung verurteilt.

Die extreme Rechte verliert an Boden

Welche Erfolgsaussichten hat die französische extreme Rechte bei den kommenden Europawahlen? Zum ersten Mal in einem Vierteljahrhundert sieht es für sie nicht gut aus. Der Hauptgrund ist der schwere Rückschlag, den der FN 2007 bei den Präsidentschafts- und Legislaturwahlen erlitten hat. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 kam Le Pen unerwartet auf den zweiten Platz, mit knapp 17 Prozent der Stimmen. Auch wenn er den zweiten Wahlgang gegen den konservativen Amtsinhaber Jacques Chirac verlor, war das Ergebnis an sich ein Schock. Dass er diesen Erfolg bei den Wahlen 2007 wiederholen könnte, schien eine realistische Möglichkeit zu sein. Dazu kam es aber nicht, da er bei den Präsidentschaftswahlen vom 22. April 2007 nur 10,5 Prozent erreichte. Darüber hinaus erhielt der FN bei den Parlamentswahlen am 10. Juni 2007 nur etwas mehr als 4 Prozent der Stimmen. Der Verlust war besonders groß bei den Wählern der Mittelschicht und bei Kleinunternehmern, während der FN erfolgreich die Mehrzahl ihrer Arbeiterstimmen halten konnte. Diesem klaren Abwärtstrend folgte das desaströse Scheitern des FN bei den Stadtrats- und lokalen (kantonalen) Wahlen im März 2008, wo er wegen seiner misslichen finanziellen Lage noch nicht einmal in allen großen und mittleren Städten Kandidaten aufstellte. Wenn man Bilanz zieht wird deutlich, dass im Gegensatz zu 2002, wo über 5,5 Millionen Wähler dem Präsidentschaftskandidaten Le Pen ihre Stimme gaben, es 2007 nur noch gut 3,8 Millionen waren. Man schätzt, dass etwa 70 Prozent derjenigen, die 2002 Le Pen gewählt hatten, bei der Wahl 2007 für Nicolas Sarkozy stimmten.

Front National: die Ursachen der Niederlage

Wie kam es zu diesem Ergebnis? Ein Grund ist die nationalistische, an »Recht und Ordnung« orientierte, populistische Rhetorik, die Sarkozy als Kandidat benutzte, während sein Vorgänger Chirac sich mehr der Mitte zuwandte. Der zweite Grund liegt darin, dass viele der FN-Wähler es leid waren, wieder und wieder für eine Partei und einen Politiker zu stimmen, der offensichtlich mehr Interesse daran hatte, in der Opposition zu bleiben, als an die Macht zu kommen. Als Folge dessen sahen die FN-Sympathisanten, die Sarkozy wählten, auch wenn sie mit ihm nicht in jeder Hinsicht übereinstimmten, in ihm die Möglichkeit, dass wenigstens Teile ihrer Vorstellungen umgesetzt werden könnten, da Sarkozy –

Bruno Gollnisch vom Front National war Vorsitzender der ITS-Fraktion.

anders als Le Pen – gewillt war und Chancen hatte, Präsident zu werden. Wichtig war auch Le Pens Alter: Er ist mittlerweile über 80 Jahre alt, während Sarkozy noch nicht einmal Mitte 50 ist. Aber die Verluste des FN haben andere Gründe, sie ergeben sich aus den Versäumnissen der Partei auf der organisatorischen und ideologischen Ebene.

Zuallererst führt der autoritäre Führungsstil Le Pens zu internem Streit und Unzufriedenheit. Die Partei hat sich nie richtig von der Teilung erholt, die im Dezember 1998 stattfand, und nach der viele höhere Führungskräfte und gewählte Funktionäre zu Bruno Mégrets MNR übertraten. Seit mehreren Jahren tobt ein Streit zwischen zwei großen Rivalen um die Nachfolge von Le Pen, zwischen MdEP Bruno Gollnisch und MdEP Marine Le Pen, Jean-Marie Le Pens Tochter. Der erstgenannte wird als Repräsentant des mehr konservativen, extremistischeren Flügel der Partei gesehen, während Marine Le Pen oft als »Modernisiererin« dargestellt wird, die das Image der Partei ändern möchte, wenn auch nicht den Inhalt. Da Jean-Marie Le Pen nicht klar und offen die Frage seiner Nachfolge beantwortet, weil er sogar die möglichen Nachfolger gegen einander ausspielt und sich darüber hinaus entschieden hat, seine Amtszeit als Vorsitzender noch bis 2010 zu verlängern, hat Le Pen dem Image des FN als Partei des Wandels, die »etwas Neues« in die französischen Politik bringt, geschadet. Zu guter Letzt haben Le Pens wiederholte kontroverse Kommentare zu Themen wie dem Zweiten Weltkrieg, seiner Glaubwürdigkeit geschadet, trotz aller Beteuerungen, kein Extremist zu sein. So bekam er zum Beispiel im Februar 2008 eine Geld- und Bewährungsstrafe für seinen Kommentar in einem Interview mit der Holocaustverleugnenden Wochenzeitschrift »Rivarol«, in dem er die deutsche Besetzung Frankreichs als »nicht besonders inhuman« beschrieb. Später im selben Jahr wurde er zu einer beachtlichen Bußgeldstrafe verurteilt wegen der Verleumdung von Muslimen in einem Interview, das 2004 in der gleichen Publikation veröffentlicht worden war.

Wie sind die Aussichten?

Le Pens Unfähigkeit, die Partei effektiv zu führen, zeigt sich auch deutlich an der Art, wie er die Kampagne für die Europawahlen 2009 leitet. Am 31. Oktober 2008 gab die Partei die Namen der Kandidaten bekannt, welche die Listen von vier der acht Wahlbezirke anführen werden. Le Pen selbst wird die Kampagne vom südöstlichen Frankreich aus leiten, seine Tochter wird im Nordwesten kandidieren, einer von Marines engsten Vertrauten, Louis Aliot, wird im Südwesten antreten und Bruno Gollnisch im Osten. Da diese Wahl eindeutig bedeutet, dass die parteiinterne Opposition gegen Marine Le Pen an den Rand gedrängt wurde und es Le Pens eigene Wahl war und nicht das Votum der Militanten, folgte ein Aufschrei der Entrüstung. Zwei hohe FN-Funktionäre, MdEP Carl Lang und Jean-Claude Martinez, kündigten an, sie würden die Wahl mit einer eigenen Liste bestreiten. Dies bedeutet noch keinen erneuten, vollständigen Bruch mit der Partei, aber es erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die extreme Rechte zerstritten zu den Europawahlen 2009 antreten wird.

Der FN wird sich in allen acht Wahlbezirken aufstellen, jedoch mit begrenzten finanziellen Mitteln, da als Folge der schlechten Wahlergebnisse die staatlichen Zuschüsse 2007 um die Hälfte gekürzt wurden, und die Partei mittlerweile Schulden in Höhe von 8 Millionen Euro hat. Martinez und der amtierende MdEP Fernand Le Rachinel haben ihre eigene Bewegung gegründet: die »Maison de la vie et de la liberté« (MVL, »Haus des Lebens und der Freiheit«), die in allen Wahlbezirken antreten könnte. Dieser angehenden Partei fehlt allerdings jegliches fundierte Konzept. Le Rachinel ist ein traditioneller Konservativer, während Martinez alternativen Nationalismus propagiert, eine weit rechts stehende Variante von Anti-Globalisierungs-Denken, das sich stark an der populistischen Ideologie von Venezuelas Hugo Chavez orientiert. Auch Carl Lang ist dabei, seine eigene Liste zu gründen, zusammen mit einer Splittergruppe, die sich aus dem FN herausgebildet hat: die »Nouvelle Droite Populaire« (NDP, »Neue Rechte der kleinen Leute«) und wahrscheinlich mit Mitgliedern der »Identität«-Bewegung, die eine europäisch-nationalistische, anti-islamische, rassistische Form von Ethnonationalismus propagiert. Die MNR, derzeit geleitet von Annick Martin, wird nach einem Ergebnis von nur gut 3 Prozent der Wählerstimmen bei den Europawahlen 1999 und bloß 0,05 Prozent bei den Wahlen 2004 wahrscheinlich nicht antreten. Um die Wählerstimmen der Erzkonservativen und der gehobenen Mittelschicht wird es wie immer einen Wettbewerb geben zwischen dem FN und der gegen die EU eingestellten populistischen Rechten, verkörpert durch den »Mouvement Pour la France« (MPF, Philippe de Villiers) und der noch jungen gegründeten Partei »Debout la République« (DLR, »Hoch die Republik«), angeführt von Nicolas Dupont-Aignan (Mitglied der Nationalversammlung).

Wird es große Veränderungen geben?

Die nächsten Europawahlen könnten Ausgangspunkt für eine komplette Reorganisierung der französischen extremen Rechten sein. Zum ersten Mal seit 25 Jahren scheint es möglich, dass der Front National seine Repräsentanz in Straßburg verliert. Dies wäre ein fast tödlicher Stoß für die Partei und würde unweigerlich dazu führen, dass noch mehr Leute das (jetzt schon bedenklich schwankende) Boot verlassen. Obwohl der FN zu Spitzenzeiten 4,5 Millionen Stimmen erhielt, ist es wichtig daran zu erinnern, dass der FN eine kleine Partei ist, wenn es darum geht, Geld aufzubringen (die Partei ist größtenteils von staatlichen Zuschüssen abhängig, da nur sehr wenige Firmen bereit sind, die Partei finanziell zu unterstützen), wenn es darum geht, Militante zu mobilisieren (1998 hatte der FN 42 000 zahlende Mitglieder und mittlerweile sind es wahrscheinlich nicht mehr als 10 000) und bezüglich einer lokalen Basisorganisation (die Partei hat alle fünf Stadträte, die sie 1995 gewonnen hatte, mittlerweile wieder verloren). Seit der Gründung des FN im Jahr 1972 bis heute war der Erfolg der Partei in erster Linie die Folge von Le Pens Charisma und seiner Fähigkeit, die ideologisch sehr unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten zusammenzuhalten. So gibt es die katholischen Fundamentalisten und die »Neuen Heiden«, die Monarchisten und die konservativen Republikaner, die ehemaligen Mitglieder der faschistischen oder Pro-Nazi-Bewegungen und die ehemaligen Widerstandskämpfer. Verschwindet dies erst einmal mit Le Pens alterndem Führungsstil und den nachlassenden Erfolgen, wird die extreme Rechte wahrscheinlich zu ihren alten Eigenarten zurückkehren: Flügelkämpfen, Vergangenheitskult, weltfremder Randpolitik und letztendlich – für die extremsten Militanten – Gewalt.

Der Autor:

Der Politologe und Historiker Dr. Jean-Yves Camus ist Wissenschaftler am französischen Institut IRIS (»Institut de Relations Internationales et Stratégiques«) in Paris und lehrt am »Institut universitaire d'études juives« in Paris.

7.4. Neonazismus und Rechtspopulismus in Tschechien

Markus Pape

Der tschechische Neonazismus wittert in der jüngsten Zeit Morgenluft. Schon seit einigen Jahren kann er sich hinsichtlich der Zahl der Anhänger mit seinem deutschen Pendant messen. Unterstützt wird er dabei von rechtspopulistischen Politikern. Nach Jahren der politischen Bedeutungslosigkeit ist die Perspektive des Sprungs über die Fünf-Prozent-Hürde bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Bereich des Möglichen.

Jahrzehntelang wollte niemand fassen, dass es in Tschechien Sympathie für Nazis gäbe: im Lande des Dorfes Lidice (dt. auch Liditz), das die nazideutsche Besatzungsmacht doch 1942 mitsamt seinen tschechischen Einwohnern aus der Landkarte radiert hatte. Darum ein kleiner Exkurs in die Geschichte.

Anhänger des Nationalsozialismus gibt es in den böhmischen Ländern seit der Entstehung der Ideologie. Ihr in der Geschichte relativ geringer politischer Einfluss rührt daher, dass Tschechen auf Grund der teils tragischen Erfahrungen mit dem Nachbarn Deutschland eher antideutsch eingestellt, und daher jedem Import von politischem Gedankengut aus Deutschland gegenüber skeptisch sind.

Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der tschechischen nationalsozialistischen Gruppierungen spielte aber auch die Tatsache, dass Hitlerdeutschland eine aktive Beteiligung tschechischer Nazis bei SS und Wehrmacht kategorisch ablehnte, obwohl es bei ihren tschechischen Gesinnungsgenossen großes Interesse daran gab. Wegen der Bedeutung der Protektoratsindustrie für die Kriegsproduktion blieb die tschechische Zivilbevölkerung zum großen Teil vom Naziterror verschont.

Da die Alliierten mit der tschechoslowakischen Exilregierung zusammen arbeiteten und an beinahe allen Fronten auch tschechoslowakische Soldaten gegen Hitlerdeutschland kämpften, hielt sich die Bombardierung des Protektorats in Grenzen. Die Tatsache, dass die Kriegsschäden dennoch hauptsächlich auf Bomben der Alliierten zurückgingen, wird von tschechischen nationalsozialistischen Ideologen oft als Beweis für eine angeblich tschechenfreundliche Politik Hitlerdeutschlands ausgelegt.

Waren die tschechischen Nationalsozialisten seit der Niederlage Hitlerdeutschlands durch starke Repression staatlicher Behörden und der tschechoslowakischen Justiz gezwungen, entweder ins Ausland oder in den Untergrund

zu gehen, so gelang es Einzelnen schon in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts, ihre Weltanschauung öffentlich zu bekunden. Damals verhinderte die kommunistische Pressezensur jedoch, dass Nachrichten über Aktionen von Naziskinheads an die Öffentlichkeit drangen.

Die politische Wende im November 1989 glich in diesem Bereich einem Dammbruch. Erstmals konnten Neonazis auf Demonstrationen öffentlich ihre Meinung bekunden. Mit starker Unterstützung großer Teile der Bevölkerung und der immer freier agierenden Medien folgte eine Welle der Gewalt vor allem gegen Roma, Ausländer und Andersdenkende, der zahlreiche Menschen zum Opfer fielen.

Über viele Jahre hinweg wurden diese gewaltsamen Übergriffe von Regierung und Medien ignoriert oder als Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden kriminellen Gruppen interpretiert. Einzelne Parlamentsabgeordnete riefen dazu auf, die Naziskinheads als Nationalgarde zu etablieren. Die Koalitionsregierung des damaligen Premiers Václav Klaus goss mit ihrer Anti-Roma-Politik – z. B. durch die langjährige Umsetzung des romafeindlichen Staatsbürgerschaftsgesetzes – weiteres Öl ins Feuer.

Dank der stark roma- und ausländerfeindlichen Stimmung in der Bevölkerung gelangte die rechtspopulistische Republikanerpartei (Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa) ins Parlament. Ihre Wähler rekrutierten sich vor allem aus der Landbevölkerung, die von den wirtschaftlichen Reformen beträchtlich betroffen war. Bis zu den Parlamentswahlen von 1998, bei denen sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, konnten die Parteirepräsentanten die zum Teil verfassungsfeindlichen ideologischen Inhalte ihres Programms problemlos über die Medien verbreiten.

Neben der parteipolitischen Ultrarechten formierte sich in den neunziger Jahren die Naziskinheadszene in Gruppierungen wie etwa der »Bohemia Hammer Skinheads« und dem tschechischem Zweig der internationalen Neonazi-Organisation »Blood and Honour«, aus denen später die Patriotische Liga (Vlastenecká liga) hervorging. Unterstützt wurden sie von gewalttätigen Rowdies der Ultras – Fußball-Hooligans, die Rassismus gegenüber zumindest nicht abgeneigt waren. Diese bis vor kurzem nicht parteilich organisierten Neonazis richteten in den vergangenen Jahren zahlreiche Konzerte in- und ausländischer Neonazibands aus, durch die sie ihre zumeist konspirative Öffentlichkeitsarbeit finanzierten.

Erst massive Kritik von internationalen Menschrechtsorganisation, EU und UN führte in den ersten Jahren des neuen Millenniums zu verstärkter staatlicher Repression, Marginalisierung der Bewegung und zur Ablehnung derartiger Tendenzen seitens der demokratischen Parteien. Auch die Anzahl gewalttätiger Straftaten ging bis vor kurzem zurück. Heute nimmt sie wieder zu, doch die Polizei versucht, dies herunterzuspielen.

Tschechische Polizei und Justiz gehen erst seit wenigen Jahren gegen neonazistisch motivierte Gewalttäter hart vor. Auch Propagandadelikte wurden erstmals im Jahre 2008 streng geahndet. Prävention und Aufklärung an den Schulen lassen jedoch weiterhin zu wünschen übrig. Denn gerade unter Jugendlichen rekrutieren sie den Großteil ihrer neuen Kampfgenossen.

Nach dem vor allem durch innerparteiliche Korruption bedingten Untergang der Republikanischen Partei versuchten rivalisierende neonazistische Gruppierungen und Koalitionen das ehemalige Wählerpotential der Republikaner erneut zu mobilisieren. Dies gelang weder dem »National-Sozialen Block« (Národně sociální blok) im Jahre 2001, bzw. seiner Nachfolgeorganisation, der »Rechten Alternativen« (Pravá alternativa) im Folgejahr, noch der »Nationalen Fünf« (Národní pětka) im Jahre 2005. Zu den Hauptakteuren auf diesem Feld sind mittlerweile die Nationale Partei (Národní strana, NS; gegründet 1992) und die Arbeiterpartei (Dělnická strana, DS; gegründet 1993) geworden.

Beide Parteien agieren extrem roma- und ausländerfeindlich, lehnen das gesamte politische System als korrupt und volksfeindlich ab und bestreiten, Verbindungen zu Neonazis zu unterhalten. Mit ihren paramilitärischen Garden, die nach dem Muster der deutschen SA bzw. der kommunistischen Volksmilizen organisiert sind, versuchen sie, durch Einsätze in Roma-Ghettos neue Wählerstimmen zu gewinnen. Die Instrumentalisierung der prekären sozialen Situation eines Großteils der Roma am Rand der Gesellschaft spielt überhaupt eine große Rolle in den Strategien von Neonazis und Rechtspopulisten.

Die Nationale Partei beruft sich eher auf hussitische patriotische Traditionen und unterhält Kontakte jedoch meist nur formeller Art zu nationalistischen Parteien in Westeuropa mit Ausnahme von deutschen und österreichischen Parteien. Die Arbeiterpartei, eine Absplitterung der Republikaner, knüpft dagegen mittlerweile offen an tschechische nationalsozialistische Gruppierungen an, die 1938 auf ein Bündnis mit Hitlerdeutschland im Interesse der Rettung der Republik setzten. Im Neujahrsgruß 2009 der Partei präsentierte der nackte Rücken einer jungen Frau eine Tätowierung mit der SS-Losung »Meine Ehre ist Treue«. [1]

Während die Nationale Partei vor allem kontinuierlich versucht, aus den antideutschen Stimmungen in der Bevölkerung politisches Kapital zu schlagen, hat sich die Arbeiterpartei in der jüngsten Zeit deutlich geoutet. Bei ihrer von den örtlichen Behörden verbotenen Demonstration zum »Tag der Freiheit« im ostböhmischen Hradec Králové (dt. auch Königgrätz) sprachen im August 2008 mehrere NPD-Vertreter, wie z. B. Per Lennart Aae, direkt vor einer Polizeiwache. Die Ordnungshüter griffen nicht ein.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Tomáš Vandas rief im September 2008 in seiner Rede beim u. a. von der deutschen NPD organisierten »Fest der Völker« im thüringischen Altenburg vor Bildern deutscher Wehrmachtsoldaten dazu auf,

[1] Dieser »Neujahrsgruß« war nur kurz auf der Internetpräsenz der Partei zu finden und wurde dann entfernt.

alte gegenseitige Ressentiments beiseite zu legen und sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gesamteuropäischer Zeile zu konzentrieren: »Der Kampf um die Zukunft hat uns vereint, die Vergangenheit darf uns nicht trennen.«

Bei den Landtagswahlen erlebte die Nationale Partei ein Fiasko, während die Arbeiterpartei mit landesweit durchschnittlich 0,9 Prozent der Stimmen zu einer der stärksten außerparlamentarischen Kräfte avancierte. Dies verdankt sie zum Teil ihrem stillen Bündnis mit der in der Tschechischen Republik verbotenen Organisation »Nationaler Widerstand« (Národní odpor).

Diese hat sich mittlerweile zum militanten Flügel der Partei entwickelt, der sich im Windschatten der seriös und staatsloyal auftretenden Mutterpartei bei deren Wahlveranstaltungen und Demonstrationen profiliert. Im Oktober und November 2008 kam es so nach Wahlveranstaltungen der Arbeiterpartei zu offenen Straßengefechten im nordböhmischen Litvínov (dt. auch Oberleutensdorf), deren erklärtes Ziel Pogrome an den ansässigen Roma waren. Hier genossen Neonazis erstmals massive Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung.

Beteiligt an den Krawallen waren auch die »Autonomen Nationalisten« (Autonomní nacialisté), welche zwar zum Teil an tschechische faschistische Traditionen anknüpfen, zugleich jedoch ähnlich wie der Nationale Widerstand intensive Kontakte zu deutschen Neonazi-Gruppen und der NPD pflegen.

Obwohl es bei den Auseinandersetzungen in Litvínov zahlreiche teils schwer Verletzte sowohl unter den Polizisten als auch unter den Demonstranten und einige Festnahmen gab, wurde keiner der Angreifer in Haft genommen, und die strafrechtliche Verfolgung beschränkte sich auf Anschuldigungen wegen Landfriedensbruch.

Angesichts dieser Entwicklungen beantragte die tschechische Mitte-Rechts-Regierung Ende 2008 ein Verbot der Arbeiterpartei beim tschechischen Höchsten Gericht in Brno (dt. auch Brünn). Mit seinem Urteil wird erst im Frühjahr 2009 gerechnet. Die Parteiführung hat jedoch bereits angekündigt, dass sie auch im Falle eines Verbots die Fortsetzung ihrer politischen Arbeit unter anderem Namen beabsichtigt.

Der langjährige, bis vor kurzem einzige und mittlerweile ehemalige Sachverständige der tschechischen Polizei für politischen Extremismus, Miroslav Mareš, beurteilte im Oktober 2008 die jüngste Entwicklung in der Cevrorevue der Liberal-Konservativen Akademie wie folgt:

»Der traditionalistische Rechtsextremismus hat gegenwärtig in der Tschechischen Republik verhältnismäßig geringe Chancen auf größere Wahlerfolge. Seinen politischen Repräsentanten gelingt es nicht, den Eindruck einer glaubwürdigen Kompetenz für die Lösung wichtiger politischer Probleme zu wecken. Das Potenzial eines Teils der Protestwähler, welche der Ultrarechten nahe stehen, könnten einige neue populistische Subjekte nutzen, welche die Propagierung einer ‚unabhängigen Politik' ohne traditionelle ideologische Vorbilder mit der Propagierung einer harten Politik von ‚Law and Order', Xenophobie und auslandspolitischen Isolationismus kombinieren würden, sofern an ihrer Spitze eine charismatische Persönlichkeit steht. Es dürfte sich jedoch nicht um offen extremistische Subjekte handeln, sondern eher um eine moderne Form des Rechtspopulismus nach westeuropäischem Muster.

17.11.2008: Am tschechischen Nationalfeiertag marschieren in der Stadt Litvinov 500 tschechische und deutsche Neonazis auf, um »das Zigeunerproblem zu lösen«.

Auch weiterhin wird für einen Teil der Jugend in der Tschechischen Republik ein Engagement im militanten neonazistischen Spektrum attraktiv sein. Einige junge Leute finden hier eine Erlebniswelt, die ihrem psychischen Profil (Aggressivität, manifestierter Protest, Neigung zur Dominanz) und der Erfüllung ihrer Sehnsucht, Bestandteil eines angeblich elitären Kollektivs zu sein, entspricht. Die militante ultrarechte Szene ist hierzulande verhältnismäßig zahlreich vertreten. Sie wird vor allem Probleme in Form von gewalttätigen Exzessen gegenüber Angehörigen von feindlich definierten Gruppen verursachen und zur Erhöhung der Spannungen im Zusammenleben von Roma oder Immigranten auf der einen Seite und der Mehrheit auf der anderen Seite beitragen. Für die Umsetzung ihrer politischen Ziele hat dieser Teil des politischen Spektrums jedoch zumindest mittelfristig kein hinreichendes Potential.«

Bezeichnend für die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage in diesem Be-

reich ist der Umstand, dass Miroslav Mareš Mitte 2008 von seinem Amt zurückgetreten ist, und die tschechische Polizei bis zum Jahresende keinen Nachfolger für seine Tätigkeit gefunden hatte.

Die tschechischen Neonazis tragen Kleidung von Marken, die mit der nationalsozialistischen Szene in Verbindung gebracht werden (Thor Steinar, Nibelungen, Eighty Eight u. ä.), ein Teil von ihnen hat sich mittlerweile dem Image des »Schwarzen Blocks« (Black Bloc image) verschrieben oder bevorzugt ein »ziviles Outfit«. Die übrigen bleiben dem traditionellen Skinhead-Look treu. Um breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen, haben die führenden Neonazi-Organisationen ihre graphische Präsentation im Internet sowie auf gedrucktem Werbematerial und Transparenten modernen Trends angepasst.

Ideologische Unterstützung erfahren die tschechischen Neonazis vor allem von Jiří Čunek, dem Vorsitzenden der tschechischen Volkspartei (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová), der als Bürgermeister einer ostmährischen Kleinstadt dank seiner romafeindlichen Politik einen Posten im tschechischen Oberhaus, dem Senat, gewann und daraufhin zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt wurde. Nach den Wahlen im Jahre 2006 wurde er Vizepremier und Minister für Regionale Entwicklung.

Wiederholt heizte er mit seinen Äußerungen die Anti-Roma-Stimmung in der Bevölkerung an. So prangerte er 2008 z. B. die Solidarität von Roma-Großfamilien als Hindernis für ihre gesellschaftliche Integration an. Auf einem Parteikongress bezeichnete er die Roma-Kultur als verfassungsfeindlich. Daraufhin verbot ihm die Koalitionsregierung, sich weiterhin zu Roma-Fragen zu äußern. Sein Versprechen dahingehend brach er inzwischen mehrfach.

Auch der Staatspräsident Václav Klaus hat wiederholt Statements gegen Roma und Migranten abgegeben und z. B. im Mai 2005 die Verbrechen an den Opfern des Roma-Konzentrationslagers Lety u Písku bagatellisiert, um somit den andauernden Betrieb einer Schweinemast auf dem ehemaligen Lagergelände zu rechtfertigen. Die Nationale Partei sieht ihn auch aus diesem Grund als ideologischen Verbündeten an. Bislang hat er die jüngsten gewaltsamen Angriffe von Neonazis auf Roma nicht offiziell verurteilt.

Die tschechischen Grünen sind die einzige Parlamentspartei, die – wenn auch verspätet – zu den Hetzjagden auf Roma in Litvínov Stellung genommen hat. Ihre Ankündigung, als Mitglied der regierenden Koalition Litvínov zum Thema einer Kabinettssitzung zu machen, stieß auf den Widerstand der anderen Koalitionsparteien. Die Strategie der übrigen Parlamentsparteien lässt sich kurz charakterisieren: Je mehr wir über Neonazis reden, umso bekannter werden sie, also schweigen wir das Problem lieber tot. Nur der bereits erwähnte Jiří Čunek behauptete im November 2008, dass die Roma das Problem seien, auf das die Extremisten mit allerdings inakzeptablen Methoden hinweisen würden, und

setzte somit seine Fahrt im Kielwasser der Neonazis fort.

Doch nicht nur seine Partei nutzt traditionelle Themen der Ultrarechten, um die eigene politische Position zu stärken. Auch einzelne Abgeordnete und Vertreter der anderen Parlamentsparteien versuchen nicht selten, mit roma- oder ausländerfeindlichen Stellungnahmen Sympathien in der Wählerschaft zu gewinnen. Sanktionen gegen solche Umtriebe seitens der Parteien bleiben aus.

Die Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik hat bisher wenig getan, um dem Treiben der Neonazis Einhalt zu gebieten. Eine Ausnahme bildet die »Antifaschistische Aktion« (AFA), die seit zehn Jahren aktiv und öffentlich gegen Neonazis auftritt, vom tschechischen Innenministerium jedoch als extremistische Organisation eingestuft wird. Hauptsächlich der Antifaschistischen Aktion, einer groß angelegten Medienkampagne sowie einem massiven Polizeiansatz war es zu verdanken, dass es im November 2007 – zum Jahrestag der Reichskristallnacht – nicht zur Stürmung des ehemaligen Jüdischen Viertels in Prag durch tschechische und deutsche Neonazis kam. An dieser ersten größeren Demonstration gegen Neonazis nahmen etwa zweitausend Menschen teil. Mehrere hunderte Neonazis wurden von der Polizei stundenlang festgehalten und so daran gehindert, ins Stadtzentrum zu gelangen.

Bei Angriffen gegen Roma werden diese in der Regel von der Zivilgesellschaft im Stich gelassen. Auf den tschechischen Herbst in Litvínov folgten einen Monat später zwei kleinere separate Demonstrationen von NGOs und der Antifaschistischen Aktion. Beide Veranstalter lehnten Politiker als Redner ab. Die Teilnehmer stammten größtenteils aus den eigenen Reihen der Organisatoren oder Unterstützern des Demonstrationsaufrufs. Die Öffentlichkeit blieb weitgehend passiv.

Insgesamt gesehen wird die Möglichkeit, dass eben die Ultrarechte die nunmehr auch in Tschechien einsetzende Wirtschaftskrise für ihre politischen Ziele nutzen könnte, sträflich unterschätzt. Den jüngsten Anzeichen nach zu urteilen, nimmt die Sympathie der Bevölkerung für diese Gruppierungen erheblich zu. Auch die Rechtspopulisten wissen dies zu schätzen.

Der Autor:

Markus Pape ist Journalist und Publizist in Prag. Er beschäftigt sich seit Jahren mit Minderheitenschutz und Neonazismus. Von 1998-2003 recherchierte er als Rechtsberater für das European Roma Rights Center Fälle von rassistischer Gewalt und Diskriminierung.

8. Kapitel: Die Situation in Europa. Kurzüberblick über 31 Länder

8.1. Vorbemerkung

Das Ziel dieses Glossars ist es, einen Überblick über rechtsextreme Parteien, Organisationen, Subkulturen und Diskurse sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Gegenwehr in 31 europäischen Ländern zu geben.

Einleitend wird knapp die analytische Unterscheidung in rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppierungen diskutiert. Anschließend wird ein Überblick über die Vernetzung und Kooperationsformen der rechtsextremen Szene gegeben. Danach wird versucht, gewisse Gemeinsamkeiten und Spezifika zwischen den Ländern und Regionen herauszuarbeiten.

Den Hauptteil bilden die Länderberichte, die wiederum jeweils in sechs Teile gegliedert sind. Die ersten drei bieten Zusammenfassungen der wichtigsten rechtsextremen Parteien, Organisationen und Subkulturen. Der Teil Diskurse und Besonderheiten gibt Auskunft über wichtige Themen sowie länderspezifische Besonderheiten der jeweiligen rechtsextremen Szene. Unter der Überschrift Kampf gegen Rechts wird ein kurzer Überblick über polizeiliches, staatliches und zivilgesellschaftliches Vorgehen gegen Rechtsextremismus gegeben. Der abschließende Teil zur internationalen Kooperation bietet einen kurzen Einblick in die Integration der jeweiligen nationalen Rechtsextremen Szene in transnationale Netzwerke.

Es ist zu erwähnen, dass dieses Dossier im Sommer 2008 auf der Grundlage unterschiedlicher, öffentlich zugänglicher Quellen erstellt und für die vorliegende Publikation aktualisiert wurde. Der Stand ist damit Dezember 2008 – eine zu berücksichtigende Tatsache, da sich das rechtsextreme Milieu schnell wandelt.

8.2. Überblick: Kooperation und regionale Tendenzen

8.2.1. Parteien und Organisationen

Im Bereich der Parteien ist eine grobe Aufteilung in zwei Gruppen möglich: rechtspopulistische Parteien mit reformistischen Zielsetzungen und rechtsextreme Parteien mit revolutionären Zielen. Eine Zuordnung ist allerdings oft schwierig, weil die Grenzen fließend verlaufen. Es gibt keine »natürliche« Trennungslinie, sondern es handelt sich um eine künstliche Kategorisierung mit dem Ziel analytischen Mehrwerts.

Allerdings fällt auf, dass sich viele Parteien inzwischen selbst den jeweiligen Lagern zuordnen und die Abgrenzung zur anderen Seite versuchen. Das ist von rechtspopulistischer Seite oft taktisch begründet, hat aber auch ideologische Grundlagen, die insbesondere von den radikalen rechtsextremen Parteien betont werden. Diese Spaltung stellt aber keine Schwächung des rechten Lagers dar. Im Gegenteil: Während die Rechtspopulisten elektorale Erfolge erzielen und auch im bürgerlichen Lager auf Zustimmung stoßen, radikalisieren sich die extremen Gruppierungen und konzentrieren sich auf die Schaffung einer radikalen, gewaltbereiten Subkultur. Der Aufschwung rechtspopulistischer Strömungen stellt also eine Potenzierung der Gefahr von Rechts dar, da er Wege ins bürgerliche Lager eröffnet, ohne die rechtsextreme Bewegung insgesamt zu deradikalisieren.

Die rechtspopulistischen Parteien zeichnen sich meist durch ein relativ »bürgerliches Profil« aus, das sie zumindest in der Öffentlichkeit zu wahren versuchen. Viele dieser Parteien sind an Koalitionen mit konservativen Parteien interessiert. Ihre wichtigsten Themen sind meist Sicherheit, Kriminalität und Zuwanderung. Diese Themen werden auf eine Art kombiniert, die in der Regel auf offenen Rassismus verzichtet, und so ein breites Spektrum an Wählern ansprechen soll. Als neues Hauptthema dieser Parteien kristallisiert sich im Moment die vermeintliche »Islamisierung« Europas heraus. Zu den betreffenden Parteien zählen: Vlaams Belang (BE), Ataka (BG), Dansk Folkeparti (DK), Wahre Finnen (FI), LAOS (GR), Lega Nord (IT), Für Vaterland und Freiheit (LV), Freiheitspartei (NL), Freiheitliche Partei Österreichs (A), Schwedendemokraten (SE), Slowakische Nationalpartei (SK), Liberaldemokraten (RUS) und viele weitere.

Rechtsextreme Parteien agieren mit dem Ziel einer neuen Gesellschaftsordnung, häufig offen rassistisch und antisemitisch und mit Bezügen zum Nationalsozialismus. Diese Parteien arbeiten oftmals mit gewaltbereiten Gruppierungen und Subkulturen zusammen. Dazu zählen unter anderem: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD; D), Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB; DK), Nationaldemokraten (SE), Forza Nuova (IT), La Falange (ES), Nederlandse Volksunie (NVU; NL), Russische Nationalsozialistische Partei (RUS), British National Party (BNP; GB) und viele andere. Die Zusammenarbeit zwischen rechten Parteien gestaltet sich in den meisten Fällen bilateral. Es gibt jedoch Versuche, die Kooperation zu vertiefen.

In der rechtspopulistischen Szene sind vor allem die FPÖ und Vlaams Belang sehr aktiv. In dieser Szene gibt es viele Konferenzen (z. B. die »Anti-Islam-Konferenz« im September 2008 in Köln), gemeinsame Publikationen und Auftritte bei Parteitagen. Am 25. Januar 2008 gaben die Anführer von vier europäischen Rechtsparteien eine Pressekonferenz in Wien, auf der sie Pläne zur Gründung einer gemeinsamen europäischen Rechtspartei verkündeten. An der Pressekonferenz nahmen Andreas Mölzer und Heinz-Christian Strache (»HC Strache«) für die österreichische FPÖ, Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch für den französischen Front National, Wolen Siderow für die bulgarische Ataka und Franck

Vanhecke für den Belgischen Vlaams Belang teil. Der Arbeitstitel der Partei wurde mit »Europäische Freiheitspartei« oder »Europäische Patriotische Partei« angegeben. Der Pressekonferenz ging laut Mölzer ein Arbeitstreffen voraus, auf dem beschlossen wurde, die Partei bis zum 15. September 2008 zu gründen. Um Fördermittel von der EU zu erhalten, müssen Parteien aus sieben Ländern teilnehmen, die in einem Landtag oder im Bundestag vertreten sind oder drei Prozent bei einer Wahl erhalten haben. Die Fördermittel könnten sich in diesem Fall auf etwa 200 000 Euro belaufen. Er kündigte Gespräche mit weiteren europäischen Rechtsextremisten an. Dabei schloss er Gespräche mit der NPD und der Deutschen Volksunion (DVU) aus, zeigte sich aber aufgeschlossen gegenüber der Bürgerinitiative »Pro Köln«. Des Weiteren erwähnte er Gespräche mit der italienischen Lega Nord. Thematisch versuchte sich die Partei rechtskonservativ zu positionieren (»Europa der Vaterländer«), Schwerpunkte sollen außerdem das »Menschenrecht auf Heimat«, Immigration und die »islamistische Gefahr« sein. Seit dieser Pressekonferenz ist es sehr still um dieses Projekt geworden und es gibt keine Berichte über Fortschritte.

Die rechtsextremen Parteien kooperieren ebenfalls intensiv. Die größten Bemühungen gehen hier von NPD und BNP aus. Vielfach werden hier gemeinsam Demonstrationen veranstaltet, Konzerte und Zeltlager ausgerichtet oder gemeinsame Schulungen abgehalten. Als wichtiges neues Forum rechtsextremer Parteien und Organisationen hat sich die European National Front (ENF) gebildet, in der sich europäische rechtsextreme Parteien versammeln. Mit dabei sind unter anderem NPD (D), La Falange (ES), Forza Nuova (IT), Renouveau Français (FR) und Noua Dreaptă (RO). Das Forum soll künftig eine gemeinsame Liste bei Europawahlen aufstellen, was im Moment noch unrealistisch zu sein scheint. Allerdings gibt es viele gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen der beteiligten Gruppierungen, die Zusammenarbeit ist offensichtlich recht intensiv.

8.2.2. Subkulturen und Musik

In der subkulturellen Szene gibt es u. a. rechte Skinheadgruppierungen, Neonazigruppen, Autonome Nationalisten und Rechtsterroristen. Die Skinheadbewegung [1] ist in den letzten Jahren vor allem in Westeuropa rückläufig. Das liegt nicht am Rückgang rassistischer Ideen, sondern daran, dass die Skinheadkultur auch innerhalb der extremen Rechten aus der Mode kommt. Vielfach legen Neonazis die Skinheadkleidung ab und lassen sich die Haare wachsen, verbleiben aber trotzdem in der Szene. Die internationale Kooperation von Skinheads verläuft in den meisten Fällen in den Grenzregionen und bilateral. Entscheidend für die inzwischen erreichte internationale Vernetzung waren die Musik und das von Ian Stuart Donaldson gegründete »Blood and Honour«-Netzwerk (B&H). »Blood and Honour« hat es sich zur Aufgabe gemacht, rechtsextreme Bands miteinander zu verbinden und die nationalsozialistische Ideologie zu verbreiten. Das Netzwerk hat heute Sektionen in fast allen Ländern (auch wenn verschiedene nationale Sektionen inzwischen verboten sind, in Deutschland seit September 2000) und liefert ein Kooperationsforum für Skinheads und Neonazis aus der ganzen Welt. Die Musikszene erweist sich also als Forum, das Neonazis aus verschiedenen Ländern zusammenbringt: Musik und Politik werden vermischt. Die Konzerte sind durchaus auch ein Ort, der zur Planung von Kooperationen genutzt wird. Beispielhaft hierfür ist das »Fest der Völker« in Jena, auf dem fast ausschließlich »Blood and Honour«-Bands auftreten. Dazu gibt es Redebeiträge der NPD und von Vertretern der European National Front. Von »Blood and Honour« ist es nur noch ein Schritt bis zu »Combat 18« (C18), einer neonazistischen Terrorgruppe. Auch hier ist die Szene inzwischen vernetzt und organisiert Waffenschmuggel und paramilitärische Ausbildungscamps. Die Autonomen Nationalisten als relativ neue Subkultur sind bis jetzt noch kaum international vernetzt, aber auch in dieser Szene gibt es Anzeichen für vermehrte länderübergreifende Zusammenarbeit.

[1] Nicht alle Skinheads sind Neonazis. Im Gegenteil: Die Skinheadszene hat antirassistische Wurzeln, und es gibt viele antirassistische und unpolitische Skinheads. Wenn im Folgenden von Skinheads gesprochen wird, sind (dem Thema entsprechend) nur rechtsextreme Skinheads gemeint.

8.2.3 Internet

Das Internet ist inzwischen das wichtigste Vernetzungsmedium der extremen Rechten und wird zu unterschiedlichen Zwecken genutzt. Es ist erstens ein gutes Organisationsmedium. Die Kooperation zwischen Parteien und Organisationen kann hier einfach und kostengünstig abgewickelt werden. Das reicht von der Organisation von Demonstrationen, Konzerten, Camps, Konferenzen und Treffen bis hin zur konspirativen Planung von Gewalttaten.

Zweitens ist das Internet ein ausgezeichnetes Propagandamedium. Rechtsextreme Gruppierungen können sich hier hervorragend präsentieren und erreichen ein enormes Publikum. Sie können sich untereinander verlinken und sich so gegenseitig Aufmerksamkeit verschaffen. Darüber hinaus lassen sich gut nationale Gesetze gegen Volksverhetzung umgehen und so alle gewünschten Inhalte der Weltöffentlichkeit zugänglich machen. Gerade Videoplattformen wie Youtube.com werden von Rechtsextremen sehr häufig genutzt, um zunehmend professionell gestaltete Propagandafilme zu veröffentlichen.

Darüber hinaus wird im Internet versucht, Gegenöffentlichkeit zu gestalten. Nachrichtenportale wie altermedia.info, das inzwischen Plattformen in 18 Ländern hat, ermöglichen es, eigene Nachrichten zu erstellen und über diese eine eigene Sicht der Dinge zu veröffentlichen.

Außerdem wird im Internet der rechte Lifestyle gestaltet und attraktiv gemacht. Es gibt Versandhandel für Kleidung, Devotionalien und Musik, es gibt rechtsextreme Chatrooms und Computerspiele und sogar rechtsextreme Partnerbörsen (z. B. Eurodatelink).

Dies alles macht das Internet zu einem perfekten Rekrutierungsmedium. Deutsche Rechtsextremisten haben sogar Leitlinien ausgearbeitet, wie in Chatrooms systematisch und diskret rechtes Gedankengut verbreitet werden kann, und wie gezielt auf rechtsextreme Seiten verwiesen werden soll.

8.2.4. Regionale Gemeinsamkeiten und die Zivilgesellschaft

Im osteuropäischen Raum (Russland, Baltikum, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine, Weißrussland und Polen) gibt es einige Gemeinsamkeiten, die jedoch eher im staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Bereich liegen – die rechtsextremen Szenen sind teilweise sehr unterschiedlich.

Im Baltikum spielen weder rechtsextreme Parteien und Organisationen noch Subkulturen eine wichtige politische Rolle. Dagegen gibt es andere Länder mit starken, elektoral erfolgreichen, rechten bis rechtsextremen Parteien: Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Russland und Weißrussland. Die subkulturelle rechtsextreme Szene ist in folgenden Ländern stark: Russland, Tschechische Republik, Ungarn, Polen und etwas weniger in Bulgarien, Slowenien, Weißrussland und der Ukraine. Thematisch fällt in diesem Gebiet im Vergleich zu Westeuropa der massive Antisemitismus (auch gemäßigterer Parteien) auf, sowie religiösfundamentalistische Themen, die z. B. durch Angriffe auf Veranstaltungen homosexueller Menschen in beinahe allen genannten Ländern Ausdruck finden. Ein großer Unterschied zu Westeuropa zeigt sich allerdings in der staatlichen und gesellschaftlichen Reaktion auf den Rechtsextremismus. In vielen Ländern sind nationalistische Positionen im Mainstream zu finden und die PolitikerInnen der etablierten Parteien tragen oft zu einer Stimmung bei, die Rechtsextremen nützt. Ultranationalistische Parteien erfahren eine im Vergleich zum Westen geringere Gegenwehr, es gibt weniger Programme gegen Intoleranz und die Polizei ist meist nicht speziell ausgebildet. In manchen Staaten (Weißrussland, Russland) arbeiten Rechtsextreme sogar partiell mit staatlichen Sicherheitsapparaten zusammen. Zivilgesellschaftlich ergibt sich ein ähnliches Bild: In den meisten Ländern gibt es eine relativ schwache zivilgesellschaftliche Gegenwehr gegen Rechtsextremismus (Ausnahme: Polen und vor allem die Tschechische Republik). Allerdings sind die Bedingungen in den meisten Ländern auch problematischer als im Westen, sowohl in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als auch im Hinblick auf das persönliche Risiko.

Bei der Vernetzung fällt auf, dass die Kooperation im westeuropäischen Raum deutlich weiter fortgeschritten ist. Das gilt vor allem für den Bereich der Parteien, aber auch für den subkulturellen Rechtsextremismus. Allerdings wird seit der EU-Osterweiterung verstärkt versucht, die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Parteien und Gruppierungen zu intensivieren.

Im westeuropäischen Raum gibt es in folgenden Ländern elektoral erfolgreiche rechte Parteien: Italien, Belgien, Österreich, Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden. Hierbei fällt auf, dass es sich bei den erfolgreichen Parteien fast ausschließlich um solche handelt, die eher dem rechtpopulistischen Lager zugehörig sind. Starke subkulturelle Szenen existieren es in Schweden, Finnland, Dänemark, Italien, Großbritannien, Österreich, Deutschland, Spanien und Griechenland, etwas weniger in Frankreich, Portugal, Belgien, den Niederlanden und kaum in Malta, Zypern, Irland und Luxemburg. Generell ist festzustellen, dass in Westeuropa die Spaltung in rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien stärker als in Osteuropa ausgeprägt ist. Ein Hauptgrund dafür ist die gesellschaftliche und staatliche Reaktion auf Rechtsextremismus. Dadurch, dass sich die rechtspopulistischen Parteien rhetorisch zurückhalten und auf eine bürgerliche und demokratische Fassade bedacht sind, erhalten sie teilweise Akzeptanz durch andere Parteien, Medien und Teile der Gesellschaft. So können sie an vorhandene fremdenfeindliche Einstellungen anknüpfen, ohne als extremistisch zu gelten. Rechtspopulistische Parteien schaffen damit den Boden für rechtsextremes Gedankengut und sind deswegen nicht zu verharmlosen. Rechtsextreme Parteien und rechte Subkulturen sind dagegen in den meisten Ländern einer starken gesellschaftlichen Ächtung und einem hohen Druck durch die Sicherheitsbehörden ausgesetzt. Die Polizei in Westeuropa reagiert in der Regel bereits auf rechtsextreme Propaganda sehr sensibel (Ausnahme: Schweden und Dänemark) und erschwert rechtsradikalen Parteien die Arbeit. Zudem gibt es in fast allen westeuropäischen Ländern umfassendere Programme gegen Rechtsextremismus. So gibt es meist entsprechende Unterrichtsteile in Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen, häufig Kampagnen in den Medien, und viele Staaten finanzieren Beratungs- oder Aussteigerprogramme und Ähnliches. Einiges davon findet man im osteuropäischen Raum ebenfalls, aber nicht flächendeckend. Auch im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt es im westeuropäischen Raum mehr Engagement, mehr einschlägig aktive Nichtregierungsorganisationen (NROs) und auch einen stärkeren gesellschaftlichen Druck (z. B. in Medien, Kultur oder Vereinen), sich antirassistisch zu positionieren.

Dennoch gibt es in Westeuropa ein stabiles Potenzial rechtsextremer Einstellungen, das bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Es gibt Parteien, die mit fremdenfeindlichen Positionen in Parlamente einziehen und es besteht eine gewaltbereite und gut vernetzte Neonaziszene. Wenn man also die Mittel, die im Kampf gegen Rechts eingesetzt werden, und die sozialen, wirtschaftlichen und historischen Rahmenbedingungen vergleicht, wird deutlich, dass die Herausforderungen unterschiedlich sind. In einigen Ländern geht es primär darum, die Demokratie zu konsolidieren und die Zivilgesellschaft zu stärken. Gerade das breite zivilgesellschaftliche Engagement bleibt aber in allen Ländern enorm wichtig; dabei muss überall auch der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft stärker in den Blick genommen werden.

8.3. Länderglossar

8.3.1. Belgien 92
8.3.2. Bulgarien 93
8.3.3. Dänemark 95
8.3.4. Deutschland 96
8.3.5. Estland 98
8.3.6. Finnland 99
8.3.7. Frankreich 99
8.3.8. Griechenland 101
8.3.9. Irland 102
8.3.10. Italien 103
8.3.11. Lettland 104
8.3.12. Litauen 105
8.3.13. Luxemburg 106
8.3.14. Malta 106
8.3.15. Niederlande 107
8.3.16. Österreich 108
8.3.17. Polen 109
8.3.18. Portugal 111
8.3.19. Rumänien 112
8.3.20. Schweden 113
8.3.21. Slowakei 114
8.3.22. Slowenien 115
8.3.23. Spanien 116
8.3.24. Tschechische Republik 117
8.3.25. Ungarn 118
8.3.26. Vereintes Königreich 119
8.3.27. Zypern 121
8.3.28. Türkei 121
8.3.29. Russland 122
8.3.30. Ukraine 124
8.3.31. Weißrussland 125

8.3.1. Belgien

Parteien: Die belgische Parteienlandschaft ist gespalten in Niederländisch sprechende flämische und frankophone wallonische Parteien. Dies trifft auch auf das rechtsextreme Spektrum zu. In Flandern hat die rechtsextreme Partei »Flämische Interessen« (Vlaams Belang, VB) in den letzten Jahren spektakuläre Wahlerfolge erzielen können. Die Partei ist die Nachfolgeorganisation des Vlaams Blok, der vom obersten Gericht als rassistisch eingestuft und faktisch verboten wurde. Die Partei spricht sich für die Unabhängigkeit Flanderns aus, was gleichzeitig ihr wichtigstes Agitationsthema bildet.

In Wallonien ist die »Nationale Front« (Front National, FN) die wichtigste rechtsextreme Partei. Allerdings ist sie nicht so erfolgreich wie der VB. Auch der FN setzt sich für mehr Autonomie für Wallonien ein, hat aber andererseits auch schon Stellung für die Einheit Belgiens bezogen. Ansonsten opponiert sie vor allem gegen die angebliche Überfremdung Belgiens.

In Wallonien gibt es noch einige rechtsextreme Kleinstparteien, meistens Abspaltungen der FN.

Organisationen: Im Jahr 2006 wurden in Belgien 17 Mitglieder einer neonazistischen Terrororganisation festgenommen. Die Personen stammten aus dem Militär, hatten bereits Waffen und Sprengstoff gelagert und verfügten über konkrete Anschlagspläne. Die Terroristen hatten innerhalb des Militärs Anhänger geworben und diese auch auf Militärgelände trainiert. Mit den geplanten Anschlägen wollten sie den belgischen Staat destabilisieren, um schließlich in Flandern einen nationalsozialistischen Staat zu errichten.

Subkulturen: Es gibt in Belgien eine kleine, aber relativ aktive Skinheadszene. Die Skinheads organisieren sich in Kleingruppen und sind neben rechtsextremen Konzerten und Veranstaltungen auch für gelegentliche Gewalttaten gegen ImmigrantInnen und politische GegnerInnen verantwortlich. Die angesprochenen Terroristen bildeten den Kern einer Sektion von »Blood and Honour« in Flandern, was die Gewaltbereitschaft und Kontakte der Skinheadszene illustriert.

Diskurse und Besonderheiten: Das beherrschende Thema im belgischen Rechtsextremismus ist der Konflikt zwischen Flamen und Wallonen. Die Rechtsparteien positionieren sich explizit als Speerspitze der jeweiligen Unabhängigkeitsbewegung. Weitere wichtige Themen sind die Forderungen nach härterem Vorgehen gegen Kriminalität und der Beschränkung der Einwanderung. Insbesondere der Vlaams Belang agitiert in den letzten Jahren massiv gegen die vermeintliche »Islamisierung Europas« und warnt vor islamischem Terror und dem »Verschwinden der westlichen Kultur«.

Kampf gegen Rechts: Der belgische Staat steht in einer liberalen Tradition, die rassistische Positionen eigentlich ausschließt. Alle anderen Parteien positionieren sich klar gegen die rechtsextremen Parteien, so konnte durch einen »cordon sanitaire« aller demokratischen Parteien der Vlaams Belang bisher von der Macht ferngehalten werden. Auch Justiz und Polizei in Belgien gehen konsequent gegen Rassismus vor, wie man am Verbot des Vlaams Blok sehen konnte. Allerdings sind diese Verbote nicht sonderlich effektiv, da sie durch Neugründungen umgangen werden können.

Dazu kommt eine starke Zivilgesellschaft, innerhalb der sich viele NROs gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Das hat dazu geführt, dass in Belgien fremdenfeindliche Positionen, auch wenn sie inzwischen vermehrt auftreten, nicht gesellschaftsfähig sind.

Internationale Kooperation: Der Vlaams Belang hat eine Vielzahl an Kontakten in ganz Europa. Die Partei ist eines der Gründungsmitglieder einer geplanten »Europäischen Patriotischen Partei«. In Deutschland arbeitet die Partei u. a. mit den Republikanern (REPs) und der Bürgerinitiative »Pro Köln« zusammen. Redner von Vlaams Belang sind in Deutschland schon bei Parteitagen und »Anti-Islamisierungs-Kongressen« zu Gast gewesen.

8.3.2. Bulgarien

Parteien: Die nationalistische Parteienlandschaft Bulgariens ist zersplittert. Die ultranationalistische Partei »Attacke« (Ataka) sorgte mit Wahlerfolgen bei der Parlamentswahl 2005 (9%), bei der Präsidentschaftswahl (22%) sowie bei der nachgeholten Europawahl 2007 (14%) zuletzt für Aufsehen. Die Partei lässt sich als rechtspopulistisch bis rechtsextrem, ultranationalistisch, fremdenfeindlich, antiliberal und antiwestlich charakterisieren.

Der Bulgarische Nationalbund, bestehend u. a. aus der Partei »Innermazedonische Revolutionäre Organisation« (Vutreshno-makedonska revultsionna orgnizatsija, VMRO), holte bei der Parlamentswahl fünf Prozent. Das Bündnis ist

auf eine demokratische Fassade bedacht, zeichnet sich aber besonders durch xenophobe und fundamentalistisch-orthodoxe Positionen aus.

Die Partei »Dämmerung« (Zora) kommt aus dem exkommunistischen Lager und vertritt schwerpunktmäßig fremdenfeindliche, antiliberale und antiwestliche Positionen.

Außerdem gibt es noch die rechtsextremen Parteien »Bulgarische Radikale Nationalpartei« und die »Bulgarische Christdemokratische Partei« sowie das rechtspopulistische »Bulgarische Demokratische Forum«.

Organisationen: Die »Bulgarische Nationalunion« (Bulgarski natsionalen sujuz, BNS) ist eine radikale Jugendorganisation mit sozialen, revolutionären und neonazistischen Elementen. Die Organisation hat gute Kontakte zu anderen rechtsextremen Gruppen und bezieht klar Stellung gegen das parlamentarische System. Die Gruppe fiel erstmals 2002 mit Anti-Roma-Aktionen auf und ist heute eine der populärsten rechtsextremen Gruppierungen.

Die »Bulgarische Horde-1938« (Bulgarska orda-1938, BH-1938) versucht, mit dem Ziel der Gründung einer radikalen rechtsextremen Partei, die anderen Gruppen zu organisieren und veranstaltet Zusammenkünfte.

Dazu kommen bis zu zehn weitere marginale rechtsextreme Splittergruppen sowie die einflussreiche Zeitung Monitor (Auflage: 40 000), die insbesondere gegen Roma und MigrantInnen hetzt.

Subkulturen: Die Skinheadszene sorgt immer wieder mit Übergriffen insbesondere auf Roma und Türkischstämmige für Aufsehen. Die Skinheads sind meist männlich, jung und organisieren sich in kleinen Gruppen. Insbesondere in der Fußball- und Hooliganszene sind viele Skinheads anzutreffen, wobei Rassismus insgesamt ein verbreitetes Phänomen in Fußballstadien ist.

Diskurse und Besonderheiten: Die rechtsextreme Szene in Bulgarien zeigt durchgängig fremdenfeindliche, rassistische, antiliberale und antiwestliche Haltungen. Dazu kommen oftmals noch antisemitische Positionen. Am stärksten tritt die Szene durch Gewalt gegen Roma in Erscheinung. Rassistische Gewalt gegen Roma, aber auch gegen Türkischstämmige und MigrantInnen, gehören in Bulgarien zum Alltag. Auch Veranstaltungen von Homosexuellen werden massiv angegriffen.

Kampf gegen Rechts: Rechtsextremismus und rassistische Gewalt werden in Bulgarien nur selten thematisiert. Insbesondere fällt auf, dass Vorurteile gegen Roma offensichtlich gesellschaftlich akzeptiert sind. Vor diesem Hintergrund traut sich kaum einE PolitikerIn, offen Stellung gegen rechtsextreme Gewalt zu beziehen. Der Staat stellt sich kaum offensiv gegen Anti-Roma-Gewalt und auch nicht gegen Gewalt an Andersgläubigen. Allerdings erfahren offen neonazistische und antiparlamentarische Bewegungen stärkere Repression. Es gibt keine große NRO, die ihren Fokus auf den Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt richtet, dafür einige NROs, die sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigen.

Der Kampf gegen Rassismus ist in Bulgarien kein wichtiges Thema, weder im staatlichen Rahmen noch in der Zivilgesellschaft. Vor allem die Übergriffe auf Roma und die mangelnde Verfolgung der Täter haben bereits mehrmals die Kritik internationaler Organisationen hervorgerufen.

Internationale Kooperation: Parteien und Organisation haben formelle Kontakte ins Ausland und nehmen gelegentlich an Demonstrationen und Konferenzen im Ausland teil. Die Partei »Attacke« gehört zu den Initiatoren einer »Europäischen Patriotischen Partei«.

8.3.3. Dänemark

Parteien: Die »Dänische Volkspartei« (Dansk Folkeparti, DF) ist eine rechtspopulistische Partei, die in den letzten Jahren zunehmend Erfolg bei Wahlen hat (2007: 14%). Das wichtigste Thema der Partei ist die Forderung nach dem Stopp von Migration nach Dänemark und der Warnung vor angeblich »kriminellen Ausländern und Islamisten«. In diesem Zusammenhang greift die Partei auf fremdenfeindliche und rassistische Argumentationsmuster zurück.

Organisationen: Die »Dänische Nationalsozialistische Bewegung« (Danmarks Nationalsocialistiske Bavægelse, DNSB) ist eine neonazistische Organisation, die sich offen zum deutschen Nationalsozialismus bekennt und sehr aktiv ist. Mit Veranstaltungen, einem Infotelefon und einem professionellen Webauftritt stellt sich die Partei als »nationalsozialistische Alternative« dar.

Die »Dänische Front« (Dansk Front, DF) ist ebenfalls eine neonazistische Organisation, die mehr auf Demonstrationen setzt. Sie geht regelmäßig mit Gewalt gegen politische GegnerInnen vor.

Subkulturen: Es gibt in Dänemark eine kleiner werdende Skinheadszene, die viel mit den oben genannten Organisationen kooperiert. Außerdem gibt es eine Sektion von »Blood and Honour«, die zahlreiche Konzerte organisiert. Viele Neonazis haben den Skinheadlook aufgegeben und kleiden sich nun unauffälliger. Die Rockerszene ist zu einem beträchtlichen Teil neonazistisch durchsetzt.

Diskurse und Besonderheiten: Die Themen der DF sind Migration und Kriminalität, während die anderen Organisationen offen den Nationalsozialismus propagieren. Aufgrund der sehr liberalen Gesetzgebung können die Neonazis in Dänemark relativ ungestört agieren, sogar das Zeigen nationalsozialistischer Symbolik ist möglich. Das hat dazu geführt, dass Dänemark für die rechtsextreme Szene Europas eine wichtige Rolle einnimmt: Hier stehen viele Server, von hier werden Musik und Devotionalien vertrieben und es finden Konzerte und Veranstaltungen statt.

Kampf gegen Rechts: Aufgrund der Gesetzgebung sind rechtsextreme Agitation, Propaganda und Volksverhetzung kaum strafrechtlich verfolgbar. Gegen Gewalttaten geht die Polizei konsequent vor. Es gibt außerdem einige staatliche Programme, die sich für Toleranz engagieren.

Dazu kommt in Dänemark eine starke Zivilgesellschaft mit mehreren antirassistischen NROs.

Internationale Kooperation: Die DF hat formelle Kontakte zu anderen europäischen rechtspopulistischen Parteien.

Die Neonaziszene ist international sehr gut vernetzt. Das liegt nicht zuletzt

daran, dass sich ausländische Neonazis die liberale Gesetzgebung in Dänemark zunutze machen. Es gibt viele Veranstaltungen, Konzerte und Demonstrationen in Dänemark, die international besucht sind. Besonders gute Kontakte bestehen nach Deutschland. Die DNSB war regelmäßige Teilnehmerin der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel.

8.3.4. Deutschland

Parteien: In Deutschland ist momentan keine rechtsextreme Partei im Bundestag vertreten. Die wichtigste rechtsextreme Kraft ist die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD). Die Partei konnte in letzter Zeit auf Landes- und Kommunalebene einige Mandate erzielen, vor allem in Ostdeutschland. Die NPD ist eine radikale neonazistische Partei, die aus taktischen und rechtlichen Gründen zwischen bürgerlicher Fassade und offenem Bekenntnis zum Nationalsozialismus laviert.

Weniger erfolgreiche, aber ebenfalls etablierte rechtsextreme Parteien sind die »Deutsche Volksunion« (DVU) und »Die Republikaner« (REP). Beide Parteien versuchen sich bürgerlicher als die NPD zu geben, sind aber fremdenfeindliche und antidemokratische Parteien. Gleichwohl haben NPD und DVU im Rahmen des »Deutschlandpakts« vereinbart, nicht gegeneinander bei Wahlen anzutreten.

In letzter Zeit gründen sich oftmals regionale als Bürgerinitiative getarnte rechte Parteien, die meistens mit einem spezifischen Thema Wahlkampf machen, etwa »Pro Köln« oder die »Bürgerinitiative Ausländerstopp« in München.

Organisationen: Die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) sind die Jugendorganisation der NPD. Die JN treten relativ eigenständig und aktiv in Erscheinung und sind, stärker noch als die Mutterpartei, mit der subkulturellen Neonaziszene verbunden.

Die »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) ist ein Verein, der sich auf die Jugendarbeit konzentriert. Es gibt zahlreiche Zeltlager, Wanderungen, Sportveranstaltungen etc., die Jugendlichen das rechtsextreme Weltbild näher bringen sollen. Die im Bundestag vertretenen Parteien fordern ein Verbot der HDJ.

Es gibt des Weiteren viele Vereine, Zeitungen und Verlage aus den unterschiedlichen Bereichen des Rechtsextremismus, die jedoch kaum über die Szene hinaus in Erscheinung treten.

Subkulturen: Es gibt im subkulturellen Neonazismus eine dauerhafte und fortschreitende Abwendung von der rechten Skinheadkultur. Die typische Skinheadbekleidung wird durch normale, an andere Jugendkulturen angelehnte Bekleidung ersetzt, das Bekenntnis zum Rechtsextremismus erfolgt diskreter, etwa durch bestimmte Kleidungsmarken. Die subkulturelle Szene ist vorwiegend in Freien Kameradschaften, losen, juristisch schwer zu fassenden Kleingruppen, organisiert. Von den Freien Kameradschaften geht eine quantitativ und qualitativ hohe Zahl an Gewalttaten aus. Ein relativ neuer und zunehmend erfolgreicher Trend sind die so genannten Autonomen Nationalisten, die sich in Bezug auf Kleidung, Parolen und Auftreten an linken Autonomen orientieren.

Diskurse und Besonderheiten: Innerhalb des deutschen Rechtsextremismus ist die NPD inzwischen eindeutig die hegemoniale Kraft. Die Partei versucht, eine »Volksfront von Rechts« zu organisieren. Das manifestiert sich einerseits im »Deutschlandpakt«, in dem sie mit der DVU kooperiert, andererseits in enger Zusammenarbeit mit Freien Kameradschaften und militanten Neonazis. Die NPD und die Freien Kameradschaften arbeiten massiv an der Rekrutierung von Jugendlichen, beispielsweise über Konzerte, Schulhof-CDs oder Schülerzeitungen. Mit der Führungsrolle der NPD hat sich in Deutschland ein rechtes Lager herausgebildet, das offen systemfeindlich, revolutionär und neonationalsozialistisch ist.

Rechtsextreme versuchen in Deutschland vermehrt, soziale Themen zu Agitationszwecken zu nutzen und mit fremdenfeindlicher Thematik zu verknüpfen. Antikapitalistische und antiglobalistische Themen sind inzwischen der Schwerpunkt rechtsextremer Demonstrationen, Veranstaltungen und Wahlwerbungen. Diese Themen werden meistens mit rassistischer, antisemitischer und offen nationalsozialistischer Rhetorik kombiniert. Aber auch wenn traditionelle Themen wie Revisionismus oder der Bezug auf den Nationalsozialismus etwas in den Hintergrund treten, bleiben sie elementarer Bestandteil des rechtsextremen Diskurses in Deutschland.

Kampf gegen Rechts: Es gibt in Deutschland eine vergleichsweise strenge Gesetzgebung gegenüber rechtsextremen Betätigungsversuchen, die im Normalfall konsequent umgesetzt wird. Gelegentlich lassen sich (oft auf kommunaler und polizeilicher Ebene) Tendenzen feststellen, das Problem kleinzureden. Insgesamt gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher staatlicher und staatlich unterstützter Programme gegen Rechtsextremismus. Die Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien und Personen erfolgt in Deutschland auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene konsequent, fast ritualisiert. Das heißt allerdings nicht, dass es in Politik, Gesellschaft oder Medien keine problematischen, wie z. B. fremdenfeindlichen, Tendenzen gibt.

Es kann von einer starken Zivilgesellschaft gesprochen werden. Es gibt viele NROs und Initiativen in fast allen Bereichen der Gesellschaft, die sich auf unterschiedliche Art und Weise gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Zivilcourage organisieren.

Internationale Vernetzung: Die NPD ist in Deutschland am stärksten international vernetzt. Sie unterhält eine Vielzahl von Kontakten zu Rechtsextremen in ganz Europa. Die NPD ist mit Delegationen auf vielen Treffen überall in Europa vertreten. Außerdem ist sie Mitglied der »European National Front« (ENF), in der sie Ambitionen zeigt, eine Führungsrolle zu übernehmen. Im Rahmen der ENF kooperiert die NPD besonders eng mit der britischen BNP. Veranstaltungen der NPD, wie beispielsweise das »Fest der Völker« oder das Pressefest der Parteizeitung »Deutsche Stimme« mit jeweils mehreren tausend TeilnehmerInnen, ziehen jedes Jahr Rechtsextremisten aus ganz Europa nach Deutschland.

Die Republikaner und »Pro Köln« bewegen sich in Europa eher in rechtspopulistischen Kreisen. Es gibt z. B. Kontakte zur FPÖ (A) und Vlaams Belang (BE), mit denen »Pro Köln« zuletzt einen großen Kongress gegen die »Islamisierung Euro-

pas« organisiert hat, der aber am zivilgesellschaftlichen Widerstand scheiterte.

Die subkulturelle Szene hat ebenfalls viele Kontakte ins Ausland, vor allem in die Nachbarländer. In grenznahen Orten finden häufig international besetzte Demonstrationen, Veranstaltungen und Konzerte statt.

8.3.5. Estland

Parteien: Rechtsextreme Parteien spielen in Estland eine marginale Rolle. Die »Zentralunion estonischer Nationalisten« (Eesti Rahvuslaste Keskliit, ERKL) schürt vor allem die Angst vor Kriminalität und russischer Dominanz.

Die »Estnische Unabhängigkeitspartei« (Eesti Iseseisvuspartei, EIP) positioniert sich anti-europäisch und nationalistisch. Dazu kommen kleine Unterorganisationen der russischen rechtsradikalen Parteien, die in der großen russischen Bevölkerungsgruppe um Stimmen werben.

Organisationen: Es gibt mehrere sehr kleine ultranationalistische Gruppierungen in Estland. Etwas Einfluss hat das »Zentrum für eine Dekolonisationsinitiative« (Dekoloniseerimise Algatuskeskus, DA), das sich gegen Russland wendet und gegen die Einbürgerung von Russen kämpft.

Subkulturen: Die Skinheadbewegung hat in letzter Zeit für einiges Aufsehen gesorgt, obwohl die Anzahl estnischer Skinheads nicht hoch ist. Die Bewegung konzentriert sich in der Stadt Tartu. Die Skinheads orientieren sich am deutschen Nationalsozialismus und feiern öffentlich den Geburtstag von Adolf Hitler. Es kommt immer wieder zu rassistisch motivierten Übergriffen, vor allem auf ausländische Studierende.

Diskurse und Besonderheiten: Für die estnischen rechtsextremen Parteien ist die Abgrenzung gegenüber Russland und die Diskussion um estnische Pässe für Russischstämmige ein zentrales Thema. Der Streit entzündet sich immer wieder an sowjetischen Denkmälern. Weitere Themen sind Kriminalität und die Ablehnung des Westens. Estnische Skinheads orientieren sich am deutschen Nationalsozialismus und hetzen antisemitisch und rassistisch.

Kampf gegen Rechts: Die Bemühungen der estnischen Polizei zeigen sich beim Kampf gegen Rechtsextremismus als nicht besonders effektiv. In jüngerer Zeit wurden allerdings einige antisemitische Publikationen und Internetseiten erfolgreich verboten. Vorurteile gegen die russischstämmige Minderheit waren in den frühen 90er Jahren im Mainstream der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft verbreitet. Das hat sich in jüngerer Zeit geändert, und inzwischen wird hier meist klar gegen Ethnozentrismus Stellung bezogen. Öffentliche Programme gegen Rechtsextremismus fehlen, problematisch bleibt auch die ungenügende und teilweise falsche Thematisierung des Holocaust in der Schule.

Internationale Kooperation: Estnische rechtsextreme Parteien kooperieren so gut wie nicht mit anderen europäischen rechten Parteien. Die Skinheadbewegung hat Kontakte nach Russland und Finnland, jedoch weniger in andere Nachbarländer.

8.3.6. Finnland

Parteien: Die rechtspopulistische Partei »Wahre Finnen« (Perussuomalaiset) versteht sich als radikale Alternative zu den etablierten Parteien. Die Partei, die aus der »Bauernpartei« hervorging, erreichte zuletzt über vier Prozent der Stimmen und ist folglich mit fünf Abgeordneten im Parlament vertreten. Die Partei vertritt vor allem EU-skeptische Positionen.

Organisationen: Die Organisation »Blauweiß des finnischen Volkes« (Suomen Kansan Sinivalkoiset) ist eine rechtextreme Organisation, die zu Wahlen angetreten ist. Jedoch verlor sie 2007 den Status als Partei.

Subkulturen: Es gibt in Finnland eine große neonazistische Subkultur. Die Skinheadbewegung war vor allem in den 90er Jahren stark, ist aber immer noch häufig vertreten. Es gibt immer wieder Konzerte und Veranstaltungen, und auch das »Blood and Honour«-Netzwerk spielt eine wichtige Rolle. In Finnland ist die Subkultur des National Socialist Black Metal (NSBM) sehr stark vertreten. Es handelt sich dabei um eine musikalische Mixtur von Nationalsozialismus und heidnischem Götterglauben, die in Finnlands Neonaziszene sehr populär ist. Eine wichtige Rolle kommt hier dem Musiknetzwerk »Die heidnische Front« (The Pagan Front) zu. Es gibt viele Konzerte und Veranstaltungen und einige finnische NSBM-Bands haben viele Fans und Auftritte in ganz Europa.

Diskurse und Besonderheiten: Themen der Rechtspopulisten sind EU-Gegnerschaft, Migration und Zuwanderung. In der subkulturellen Szene bekennt man sich offen zum Nationalsozialismus. Hier spielt die Musik eine sehr wichtige Rolle, vor allem bei der Rekrutierung von neuen AnhängerInnen. Gerade die NSBM-Szene schafft es immer wieder, nicht politisierte Jugendliche in Kontakt mit der nationalsozialistischen Ideologie zu bringen, und erfüllt so eine wichtige Funktion in der finnischen rechtsextremen Szene.

Kampf gegen Rechts: Der finnische Staat geht relativ konsequent gegen Rechtsextremismus vor. Die Polizei nutzt die rechtlichen Mittel, um Rechtsextreme zu belangen, und es gab bereits staatliche Initiativen für Toleranz. Allerdings gibt es die Tendenz, das Problem zu marginalisieren.

Außerdem gibt es eine relativ starke Zivilgesellschaft mit einigen antirassistischen NROs.

Internationale Kooperation: Die Neonaziszene ist vor allem durch die Musik gut vernetzt. Die Konzerte vor internationalem Publikum ermöglichen den Austausch mit GesinnungsgenossInnen. Besonders gute Kontakte bestehen zu Neonazigruppierungen in den skandinavischen Nachbarländern.

8.3.7. Frankreich

Parteien: Die wichtigste rechtsextreme Partei in Frankreich ist die »Nationale Front« (Front National, FN) von Jean-Marie Le Pen. Die Partei gewinnt bei Wahlen regelmäßig 5-15 Prozent. Programmatisch konzentriert sich der FN vor allem auf die Forderung nach der Ausweisung von »Ausländern« und der Bekämpfung der Kriminalität. Der FN propagiert die Aufhebung der Klassengegensätze durch die Bevorzugung »echter Franzosen« in Arbeitsmarkt, Sozialsystem und Wirtschaft (»préférence nationale«). Der FN ist eine große Partei mit ca. 60 000 Mitgliedern

und zahlreichen Vorfeldorganisation wie Unternehmerverband, Gewerkschaft, Interessengruppen und sozialen Organisationen.

Die »National-republikanische Bewegung« (Mouvement National Républicain, MNR) ist eine Abspaltung des FN aus dem Jahr 2000 unter der Führung von Bruno Mégret. Die Partei hat bis jetzt allerdings noch keine großen Erfolge erzielen können. Sie gibt sich etwas radikaler als der FN und warnt vor der angeblichen »Gefahr durch Islamisierung«.

Dazu kommen einige kleinere rechtsextreme Parteien wie die antikapitalistische »Französische Erneuerung« (Renouveau Français, RF).

Organisationen: Wie oben erwähnt, besitzt die FN zahlreiche Vorfeldorganisationen wie den Gewerkschaftsbund »Confédération Française Nationale des Travailleurs«.

Der »Identitätsblock« (Bloc Identitaire) ist eine Zusammenführung mehrer rechtsextremer Gruppen. Die Organisation konzentriert sich vor allem auf Hetze gegen »Ausländer« sowie Juden und Muslime.

Die Organisation »Groupe Union Défense« (GUD) ist eine Vereinigung rechtsextremer Studenten, die bereits öfter durch gewalttätige Aktionen aufgefallen ist.

Dazu kommt eine große Anzahl weiterer Organisationen.

Subkulturen: Es gibt in Frankreich eine verhältnismäßig kleine Skinheadszene, die sich in losen Gruppen organisiert. Außerdem gibt es den Versuch, lokale »Blood and Honour«-Sektionen aufzubauen, dabei bestehen Kontakte nach England.

Hinzu kommen kleine Neonazigruppen, die durch rassistische Schmierereien und Gewalttaten auffallen.

Diskurse und Besonderheiten: Der rechtsextreme Diskurs wird in Frankreich stark vom FN dominiert. Die Partei ist mit ihren vielen Mitgliedern und Organisationen sehr präsent und propagiert die »préférence nationale«, die Ausweisung von »Ausländern«, die härtere Bestrafung von Kriminellen sowie die Einführung der Todesstrafe. FN und MNR verfolgen beide marktwirtschaftliche Positionen.

In der neonazistisch ausgerichteten Szene, die sich vom FN distanziert, sind antikapitalistische Positionen und das Konzept des »dritten Weges« häufig vertreten.

Kampf gegen Rechts: Spätestens seit dem Einzug von Le Pen in die Stichwahl um das Amt des Präsidenten 2002, wird der FN in Frankreich als Gefahr gesehen. Es gibt harte Gesetze gegen Volksverhetzung und Antisemitismus, die von der französischen Justiz auch umgesetzt werden, unter anderem gegenüber Jean-Marie Le Pen.

Dazu kommt eine starke Zivilgesellschaft mit vielen antirassistischen Initiativen und NROs.

Internationale Kooperation: Der FN ist federführend an der Gründung einer europäischen Rechtspartei beteiligt. Auch sonst ist der FN vermutlich die Partei, die in Europa die beste Vernetzung innerhalb der rechten Szene hat. In beinahe jedem Land arbeitet sie mit einer rechten Partei zusammen, und die PolitikerInnen des FN sind oft auf internationalen Veranstaltungen zu finden.

Die »Französische Erneuerung« (Renouveau Français, RF) ist mit der »European National Front« assoziiert.

8.3.8. Griechenland

Parteien: Die Partei »Orthodoxe Volksbewegung« (Laikós Orthódoxos Synagermós, LAOS) ist eine rechtsextreme Partei, die seit 2007 im Parlament und seit 2004 im EU-Parlament vertreten ist. Die Partei wendet sich gegen die Globalisierung und gegen den EU-Beitritt der Türkei. Des Weiteren wendet sie sich strikt gegen die mazedonische Unabhängigkeit und agitiert gegen ImmigrantInnen, insbesondere jene aus Albanien. Die Partei hat in den letzten Jahren mehrere andere rechtsextreme Parteien aufgesogen und ist so zur führenden Kraft im rechtsextremen Lager geworden. Funktionäre der Partei haben sich schon häufig rassistisch und antisemitisch geäußert.

Organisationen: Die Organisation »Goldene Morgendämmerung« (Chrysi Avyi) ist eine neonazistische Gruppierung, die von 2005-2007 unter dem Namen »Nationale Allianz« aktiv war. Die rechtsextreme Gruppierung beschreibt sich selbst als nationalsozialistisch und lässt nur »arische und griechische« Mitglieder zu. Die Gruppe veranstaltet Demonstrationen und Konferenzen. Sie ist sehr gewaltbereit, und es kam bereits zu schwersten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern und Antifaschisten, bei denen es auch Tote und Verletzte gab.

Subkulturen: Die Skinhead- und Neonaziszene ist in Griechenland relativ groß und fällt häufig durch antisemitische Schmierereien und Gewalt auf. Die griechischen Neonazis und Skinheads sind eng mit der »Organisation Goldene Morgendämmerung« verbunden.

Ebenfalls eng mit Goldene Morgendämmerung verbunden ist die Hooligangruppierung »Blaue Armee (Galazia Stratia).

Diskurse und Besonderheiten: Die LAOS wendet sich gegen Globalisierung, den EU-Beitritt der Türkei und ImmigrantInnen. Außerdem lanciert sie orthodox-religiöse Diskurse z. B. zum Thema Homosexualität. Ein wichtiges Thema in der griechischen Rechten ist die Gegnerschaft zur Unabhängigkeit Mazedoniens und die Forderung nach einem größeren Griechenland.

Der subkulturelle Rechtsextremismus bezieht sich offen auf den Nationalsozialismus.

Kampf gegen Rechts: Beim Kampf gegen Rechts zeigt sich der griechische Staat ambivalent. Teilweise werden bestehende Gesetze umgesetzt und sogar Organisationen verboten, vor allem aber auf kommunaler Ebene fällt oft auf, dass der Staat nichts gegen Rechtsextremismus unternimmt. Es gibt viele Berichte über gute Kontakte griechischer Rechtsextremer zur Polizei, die selbst zu Teilen faschistisch unterwandert sein soll.

Während das Problem von großen Parteien und Medien oft übergangen wird, gibt es großes zivilgesellschaftliches Engagement. Es gibt mehrere antirassistische NROs und außerdem eine große linksradikale antifaschistische Bewe-

gung, die sich immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen mit Neonazis liefert.

Internationale Kooperation: Die LAOS ist im EU-Parlament Mitglied der Fraktion »Unabhängigkeit und Demokratie«.

Die Goldene Dämmerung hat viele Kontakte zu Neonazis in ganz Europa. Unter anderem sollte 2005 in Griechenland ein großes Musikfestival rechter Bands stattfinden, auf dem RednerInnen von NPD (DE), Forza Nuova (IT) und La Falange (ES) angekündigt waren.

8.3.9. Irland

Parteien: Es gibt keine nennenswerten rechtsextremen Parteien. Es gab mehrere Versuche neonazistische Parteien aufzubauen, alle scheiterten bis jetzt vollkommen. Dies hat mehrere Gründe. Zwei davon: Erstens verlaufen die politischen Konfliktlinien in Irland nicht, wie sonst in Europa, entlang des Links-Rechts-Gegensatzes, und zweitens werden nationalistische und teilweise sogar rassistische Positionen von den etablierten Parteien abgedeckt.

Organisationen: Auch hier gibt es kaum explizit rechtsextreme Organisationen. Wieder ist es so, dass rechtsextreme Positionen von verschiedenen Gruppen wiedergegeben werden. Zumeist sind derartige Positionierungen religiös motiviert. Die »Immigrations-Kontroll-Plattform« (Immigration Control Platform, ICP) ist eine Einpunktpartei, die aber nicht als Partei registriert ist, sondern nur mit einzelnen KandidatInnen antritt.

Subkulturen: Es gibt sowohl eine Skinheadszene als auch eine kleine militante Neonaziszene. Beide verüben hauptsächlich Gewalt gegen ImmigrantInnen.

Diskurse und Besonderheiten: Aus den oben erwähnten Gründen gibt es keine relevanten rechtsextremen Parteien. Es gibt eine kleine rassistische Neonaziszene, die gelegentlich für Schlagzeilen sorgt. Allerdings gibt es in Irland, nicht anders als in anderen europäischen Ländern, einen verbreiteten alltäglichen Rassismus. Dieser wird von einzelnen PolitikerInnen aufgegriffen und entlädt sich nicht selten in rassistischen Übergriffen, meist durch betrunkene junge Männer.

Kampf gegen Rechts: Das »National Consultative Committee on Racism and Interculturalism« (NCCRI) organisiert den staatlichen Kampf gegen Rassismus, z. B. mit einem ExpertInnengremium, einer Öffentlichkeitskampagne und einem Antirassismusprotokoll, das allen PolitikerInnen zur Unterschrift vorgelegt wird.

Zivilgesellschaftlich gibt es einige NROs und jugendliche AntifaschistInnen, die Rechtsextremismus bekämpfen.

Internationale Kooperation: Das subkulturelle Nazimilieu hat einige Kontakte ins Ausland, allerdings bleiben diese formell und führen kaum zu weitergehender Kooperation.

8.3.10. Italien

Parteien: In Italien gibt es eine Vielzahl rechtsextremer Parteien. Die größte ist die postfaschistische »Nationale Allianz« (Alleanza Nazionale, AN), die bei Wahlen regelmäßig drittstärkste Kraft wird. Parteichef Gianfranco Fini war bis 2006 Außenminister der Rechtskoalition Berlusconis.

Die »Liga Nord« (Lega Nord) ist eine separatistische Partei, die Autonomie für den reichen Norden Italiens fordert. Daneben verfolgt sie eine nationalkonservative Politik und fällt mit rassistischen Kommentaren gegenüber ImmigrantInnen auf.

Die Partei »Neue Kraft« (Forza Nuova, FN) ist eine rechtsextreme Partei mit etwa 2 500 Mitgliedern, aber bisher keinem Erfolg bei Wahlen.

Weitere rechtsextreme Parteien sind z. B. die neofaschistische »Soziale Nationalfront« (Fronte Sociale Nazionale, FSN), die »Neue Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte« (Nuovo Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale), eine offen faschistische Partei, oder die »Dreifarbige Flamme« (Fiamma Tricolore).

Organisationen: Die »Bewegung Faschismus und Freiheit« (Movimento Fascismo e Libertà, MFL) ist eine offen faschistische Bewegung, die schon mehrmals in Konflikt mit dem Gesetz geraten ist und sich scharf gegenüber den neofaschistischen Parteien abgrenzt.

Der »Studentische Block« (Blocco Studentesco) ist eine neofaschistische Studentenorganisation.

Dazu kommen viele ähnliche Organisationen.

Subkulturen: Es gibt in Italien eine große Skinheadbewegung, die meist in regionalen Organisationen wie der »Venetien-Front« (Veneto Fronte) oder der »Skinhead-Aktion« (Azione Skinhead) organisiert sind. Die Skinheads beziehen ihre Ideologie aus dem italienischen Faschismus unter Mussolini. Alle Gruppierungen sind sehr gewaltbereit.

Außerdem gibt es in Italien eine große Anzahl rechtsextremer Fußballfans, insbesondere unter den Fans des Clubs Lazio Rom. Die Gruppierung »Die Unbeugsamen« (Irriducibili) ist bekannt für rechtsradikale Fankultur und Gewalt und besitzt gute Beziehungen zu faschistischen PolitikerInnen.

Diskurse und Besonderheiten: Fast alle italienischen Rechtsextremen beziehen sich auf verschiedene Weise auf Benito Mussolini und den italienischen Faschismus. Territorialfragen spielen eine wichtige Rolle, z. B. die Abspaltung des Nordens (Lega Nord) gegenüber der nationalen Einheit (AN) oder die Frage Südtirols. Auch die Immigration ist ein wichtiges Thema. Ebenfalls auf der Agenda sind Themen wie traditionelle Familie oder Abtreibung sowie Abwehr gegenüber der EU.

Die extreme Rechte ist in Italien tief in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Das zeigt sich z. B. an Wahlerfolgen und Regierungsbeteiligungen der AN oder der Lega Nord, aber auch an der Fähigkeit der Rechtsextremen, Diskurse zu lancieren. Der Faschismus wird in Italien lange nicht so stark abgelehnt wie in Deutschland der Nationalsozialismus, was den Postfaschisten die hohe Akzeptanz in vielen Bevölkerungsschichten ermöglicht. Die italienischen Rechts-

parteien sind einflussreiche Teile der Gesellschaft, die auch Zeitungen, Verlage und Fernsehsender besitzen.

Kampf gegen Rechts: Der staatliche Kampf gegen Rechts ist aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sehr mangelhaft. Es gibt keine Programme, die wirkungsvoll den Rechtsextremismus bekämpfen. Unter der Regierung Berlusconi mit Beteiligung der Postfaschisten werden wahlweise der »Internationale Terrorismus« oder die »Kommunisten« zur größten Gefahr erklärt und dann mit Mitteln bekämpft, die häufig nicht mehr auf dem Boden des Rechtsstaats stehen.

Dem steht eine starke Zivilgesellschaft entgegen. Die linken Parteien engagieren sich genauso gegen Rechtsextremismus wie zahlreiche NROs. Es gibt viele Organisationen, die sich auf unterschiedlichste Weise der Rechtstendenz entgegenstellen, darunter Menschenrechtsorganisationen, antirassistische Initiativen oder Flüchtlingsinitiativen.

Internationale Kooperation: Die italienische Rechte ist international gut vernetzt. Die AN hat viele Kontakte zu Rechtsparteien in ganz Europa und ist Mitglied der Europaparlament-Fraktion »Allianz für ein Europa der Nationen« (Alliance for Europe of the Nations; AEN). Die Forza Nuova ist Mitglied der ENF und hat dadurch u. a. gute Kontakte nach Deutschland und Großbritannien.

Die Skinheadbewegung hat ebenfalls viele Kontakte ins Ausland, insbesondere in die Nachbarländer. Der »Veneto Fronte« ist oft bei Demonstrationen in Deutschland präsent. Allerdings gibt es immer wieder massive Konflikte zwischen italienischen und österreichischen sowie deutschen Rechtsextremen um die Südtirolfrage.

8.3.11. Lettland

Parteien: Die Partei »Volksbewegung für Lettland« (Tautas Kustība Latvijai, TKL) spielt inzwischen, nach einem Wahlerfolg in den 90er Jahren, so gut wie keine Rolle mehr. Das gilt für alle rechtsextremen Parteien in Lettland. Die TKL lebt von ihrem Gründer, dem Deutschen Joachim Siegrist und agitiert gegen Russland und die EU.

Für Vaterland und Freiheit (Tēvzemei un Brīvībai, LNNK) ist eine nationalistische politische Partei mit vier Sitzen im Europaparlament.

Organisationen: »Donnerkreuz« (Perkonkrusts) ist eine konspirativ organisierte neonazistische Gruppierung, die vor allem mit antisemitischen und rassistischen Publikationen von sich reden macht. Eine weitere Organisationen ist die »Lettische Nationalfront« (Latvijas nacionala fronte, LNF) die sich ultranationalistisch und homophob gibt. Die Organisationen der lettischen Rechten machen vor allem durch Publikationen auf sich aufmerksam.

Außerdem gibt es noch die rechtsextremen Organisationen der russischen Minderheit: die »Russische Nationale Vereinigung« (Russkoe natsionl´noe edinstvo, RNE) und die »Nationalbolschewistische Partei« (Natsional´bol´shevistskaya partiya, NBP). Beide Parteien haben enge Beziehungen zu rechtsextremen Parteien nach Russland und bekämpfen die angebliche Assimilierung der Russischstämmigen in Lettland.

Subkulturen: Es gibt so gut wie keine rassistischen Subkulturen in Lettland. Vereinzelte Skinheads sind allerdings in verschiedenen rechtsextremen Parteien aktiv, vor allem in der RNE und der NBP.

Diskurse und Besonderheiten: Die einzigen Themen, mit denen die ansonsten marginalen lettischen Rechtsextremen hin und wieder wahrgenommen werden, sind die Ablehnung Russlands und der Bezug auf die lettische Waffen-SS. Der Kampf der lettischen Waffen-SS gegen die Sowjetunion wird in Lettland von großen Teilen der Bevölkerung als heldenhaft und notwendig angesehen. Weitere Diskurse thematisieren mehr oder weniger rassistisch die lettische Kultur und die Zuwanderung. Die neonazistischen Organisationen sind durchgehend antisemitisch und rassistisch.

Kampf gegen Rechts: Aufgrund der sehr seltenen Übergriffe beschäftigt sich die Polizei kaum mit dem Thema Rechtsextremismus. Es gibt auch keine staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus. Dafür werden in jüngster Zeit die Lehrpläne in den Schulen überarbeitet und die Themen Holocaust und Rassismus künftig angesprochen, was eine sehr positive Tendenz ist. Daneben gibt noch einige NROs, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus befassen.

Internationale Kooperation: Die beiden russischen rechtsextremen Parteien haben enge Verbindungen zu Rechtsextremen in Russland. Ansonsten gibt es keine nennenswerte internationale Kooperation lettischer Rechtsextremer.

8.3.12. Litauen

Parteien: Die rechtspopulistische Partei »Nationale Wiedergeburt« ist nach den Wahlen im Oktober 2008 (15%) erneut ins Parlament eingezogen und stellt damit seit November die zweitstärkste Kraft der neuen Mitte-Rechts-Koalition. Außerdem hat Parteichef Arunas Valinskas das Amt des Parlamentspräsidenten übernommen.

Die rechtsextremen Parteien spielen in der litauischen Politik keine Rolle. Die »Nationaldemokratische Partei Litauens« (Lietuvos Nacionaldemokratu Partija, LNDP) kann als neonazistische Partei bezeichnet werden, die vor allem auf Antisemitismus, Rassismus und antiwestliche Positionen setzt.

Die »Litauische Jugendunion« (Union Jaunoji Lietwa, UJL) ist etwas gemäßigter und setzt vor allem auf antirussische Positionen. Die »Litauische Freiheitsunion« (Lietuvos laisves sajunga, LLS) ist ebenfalls eine rechtsradikale Partei, die rassistische und antisemitische Propaganda mit Sozialpopulismus und dem Kampf gegen Kriminalität vermischt.

Organisationen: Neben den Parteien gibt es keine relevanten rechtsextremen Organisationen. Zu nennen wären außerdem die Zeitungen »Echo von Litauen« (Lietuvos Aidas; LA) und »Litauischer Patriot« (Lietuvos Patriotas, LP), die immer wieder mit üblen antisemitischen Hetzartikeln auffallen.

Subkulturen: Die Skinheadbewegung ist klein und fällt vor allem im Zusammenhang mit Fußballspielen auf. Die Ideologie bezieht sich stark auf den deutschen Nationalsozialismus.

Diskurse und Besonderheiten: Die rechtsextreme Szene in Litauen ist relativ schwach und spielt im politischen Alltag kaum eine Rolle. Auffällig ist der krasse und offen dargestellte Antisemitismus beinahe aller rechten Gruppen. Weitere wichtige Themen sind Russenfeindlichkeit, Kriminalität und Immigration.

Kampf gegen Rechts: Die vorhandenen Gesetze gegen Rechtsextremismus werden viel zu selten umgesetzt. Insbesondere Volksverhetzung, Antisemitismus sowie der Aufruf zu Gewalt bleiben fast immer ungeahndet. Es gibt in Litauen keine öffentlichen Organisationen, die gegen Rechtsextremismus vorgehen, keine staatlichen und kein NROs. Die großen Parteien können sich selbst keine fremdenfeindlichen Äußerungen leisten, die Distanzierung gegenüber Rechtsextremismus ist allerdings auch selten. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Fremdenfeindlichkeit in der litauischen Bevölkerung weit verbreitet ist, obwohl rassistische Gewalt selten auftritt.

Internationale Vernetzung: Die litauischen rechtsextremen Parteien haben keine nennenswerten europäischen Kontakte. Auch die Skinheads besitzen so gut wie keine Kontakte ins Ausland.

8.3.13. Luxemburg

Parteien: Die »Alternative Demokratische Reformpartei« (lux. Alternativ Demokratesch Reformpartei, frz. Parti de réforme alternatif et démocratique, ADR) ist eine kleine rechtspopulistische Partei, deren Programm im europäischen Vergleich allerdings gemäßigt erscheint.

Organisationen: --

Subkulturen: --

Diskurse und Besonderheiten: In Luxemburg leben Menschen aus fast allen europäischen Nationen. Durch diese Konstellation ist der tolerante Umgang eigentlich Alltag. Nur von der ADR lassen sich gelegentlich fremdenfeindliche Töne hören. Dazu haben vereinzelt Jugendgruppen gegen den »hohen Ausländeranteil« protestiert.

Kampf gegen Rechts: Es gibt staatliche Initiativen, die vor allem SchülerInnen Toleranz vermitteln sollen.

Internationale Kooperation: Die ADR ist mit der »Allianz für ein Europa der Nationen« verbunden.

8.3.14. Malta

Parteien: Die Partei »Nationale Aktion« (Azzjoni Nazzjonali, AN) ist eine rechtsextreme Kleinstpartei, die 2007 gegründet wurde. Sie kämpft gegen Immigration und sieht die Souveränität Maltas in Gefahr.

»Imperium Europa« ist eine paneuropäische rechtsextreme Kleinpartei.

Organisationen: Die »Sozialrepublikanische Bewegung« (Moviment Socjali Repubblikan, MSR) ist eine rechtsradikale Bewegung, die sich hauptsächlich mit den Themen Immigration und »nationale Kultur« befasst.

Subkulturen: --

Diskurse und Besonderheiten: Der rechtsextreme Diskurs in Malta dreht sich fast exklusiv um Immigration. Die hohe Anzahl afrikanischer Flüchtlinge wird von Rechtsextremen zu rassistischer Propaganda genutzt. Nationale Souveränität und Kultur sind weitere Themen im rechtsradikalen Diskurs.

Kampf gegen Rechts: Die beiden großen politischen Parteien, die Medien und mehrere NROs haben Stellung gegen Rechtsextremismus bezogen. Allerdings wird der Diskurs um Einwanderung teilweise mit rassistischen Untertönen geführt.

Internationale Kooperation: --

8.3.15. Niederlande

Parteien: Die »Freiheitspartei« (Partij voor de Vrijheid, PVV) hält im Moment neun Sitze im Parlament (6%). Die Partei kann als rechtspopulistisch bezeichnet werden und lebt von ihrem Vorsitzenden Geert Wilders. Dieser fällt seit einigen Jahren durch alarmistische Warnungen vor der angeblichen »Islamisierung« der Niederlande auf. Die Partei verfolgt im Wesentlichen ein Einpunktprogramm mit der Warnung vor den Muslimen und der Forderung nach der Begrenzung der Zuwanderung.

Aus der ehemaligen Partei des Rechtspopulisten Pim Fortuyn sind zwei Nachfolgeparteien hervorgegangen: »Eine NL« (EénNL) und die »Partei für die Niederlande« (Partij voor Nederland, PvN). Beide können jedoch nicht an frühere Erfolge anknüpfen.

Dazu gibt es einige Parteien, die der Neonaziszene angehörig sind. Die wichtigste ist die »Niederländische Volksunion« (Nederlandse Volksunie, NVU).

Organisationen: Es gibt keine relevanten rechtsextremen Organisationen.

Subkulturen: Es gibt in den Niederlanden ein relativ kleine Skinhead- und Neonaziszene. Diese kooperiert meistens mit der NVU.

Daneben gibt es eine Anzahl rechtsextremer Hooligans, schwerpunktmäßig in Rotterdam. Die Fans des Clubs »Feyenoord Rotterdam« sind für antisemitische Ausfälle bekannt.

Diskurse und Besonderheiten: In den Niederlanden schienen rechte Positionen lange Zeit keine Chance zu haben. Pim Fortuyn zeigte jedoch, dass es auch in den Niederlanden inzwischen rechte Potenziale gibt. Dieses Potenzial wird im Moment von Rechtspopulisten aufgegriffen, die sich auf den Themenbereich Islam, Zuwanderung und Kriminalität konzentrieren.

Dazu kommt eine relativ kleine Neonaziszene, die sich nationalsozialistisch positioniert.

Kampf gegen Rechts: Die Integrationspolitik des Staates galt lange Zeit als vorbildlich. Inzwischen ist der Rechtsruck aber auch im politischen Mainstream angekommen. Dennoch sind die niederländischen Programme gegen Intoleranz nach wie vor gut. Es gibt Programme für den Schulunterricht, Kurse für BeamtInnen und Kampagnen. Auch die Polizei geht konsequent gegen Rechtsextremismus vor.

Dazu kommt eine starke Zivilgesellschaft mit mehreren antirassistischen NROs.

Internationale Kooperation: Geert Wilders hat gute Kontakte zu anderen Rechtspopulisten in Europa.

Die Neonaziszene kooperiert vor allem mit deutschen Neonazis, so gibt es viele Kontakte und gemeinsame Veranstaltungen im Grenzgebiet. Die NVU orientiert sich strategisch stark an der deutschen NPD und unterhält hier auch Kontakte.

8.3.16. Österreich

Parteien: Die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) ist die wichtigste Kraft in der österreichischen extremen Rechten. Der Partei, die bereits einmal an der Regierung beteiligt war, gelingt regelmäßig der Einzug in den Nationalrat. Die Partei kann als rechtspopulistisch und deutschnational bezeichnet werden. Typische Agitationsthemen sind »Überfremdung«, Kriminalität usw. In diesem Zusammenhang kommt es auch zu rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen.

Das »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ) ist eine Abspaltung der FPÖ mit ähnlicher Programmatik. Nach dem Tod der zentralen Figur Jörg Haider im Oktober 2008 ist im Moment allerdings noch nicht abzusehen, wie es mit dem BZÖ weitergeht.

Die »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP) ist auch als Verein unter dem Namen »Aktionsgemeinschaft für Politik« organisiert, und kann als neonazistisch bezeichnet werden.

Ebenfalls rechtsradikal ist die »Nationale Volkspartei« (NVP). Beide Parteien, AFP und NVP, sind im Moment weit von einem Einzug ins Parlament entfernt.

Organisationen: Größere Bedeutung als die mit ihr verbundene Partei hat die Organisation »Aktionsgemeinschaft für Politik«. Sie gilt als Sammelbecken und Organisationsscharnier des österreichischen Rechtsextremismus. Sie hält eine Vielzahl an Treffen, Konferenzen und Veranstaltungen ab. Ein zentrales Anliegen ist die Bekämpfung des NS-Verbotsgesetzes.

Die Jugendorganisation der AFP, der »Bund Freier Jugend« (BFJ), ist inzwischen fast noch bedeutender als ihre Mutterorganisation. Sie ist sehr aktiv in der Veranstaltung von Demonstrationen und der Rekrutierung von Jugendlichen.

Subkulturen: Es gibt in Österreich eine aktive Skinheadszene, die vor allem in Kleingruppen auftritt und sich hauptsächlich anlässlich von Konzerten trifft. Hier spielt das »Blood and Honour«-Netzwerk eine wichtige Rolle.

Zu den Skinheads kommen zwei weitere Spielarten des subkulturellen Neonazismus. Zum einen organisieren sich die Neonazis ähnlich wie in Deutschland inzwischen auch häufig in konspirativen Kleingruppen wie den »Freien Kameradschaften«. Auch das Phänomen der »Autonomen Nationalisten« ist inzwischen in Österreich aufgetaucht. Alle subkulturellen Bewegungen sind sehr gewaltbereit.

Diskurse und Besonderheiten: Die Diskurse im parteiförmigen Rechtspopulismus drehen sich meistens um Kriminalität, Immigration, die angebliche Gefahr durch den Islam oder die Erhaltung der österreichischen Kultur. Im subkulturellen Rechtsextremismus herrscht dagegen ein neonationalsozialistischer und offen rassistischer Diskurs vor. Eine Besonderheit in Österreich ist die strategische Distanzierung von FPÖ und BZÖ gegenüber den Neonazis. Die beiden Parteien achten auf eine bürgerliche Fassade, um sich Regierungsbeteiligungen zu ermöglichen. So ergibt sich das Bild eines breit gefächerten Rechtsextremismus, der von »bürgerlichen Biedermännern« bis zu revolutionären Nationalsozialisten reicht.

Kampf gegen Rechts: Es gibt mehrere staatliche Programme gegen Rassismus und Intoleranz. Diese reichen vom Schulunterricht über das Thema Toleranz bis zu Plakatkampagnen. Die Polizei geht relativ konsequent gegen rechtsextreme Gewalt vor, weniger gegen Propagandadelikte. Problematisch ist der Umgang mit der FPÖ. Durch die Partei werden fremdenfeindliche Haltungen enttabuisiert und somit salonfähig. Die Partei hat in Österreich und Europa kontroverse Diskussionen ausgelöst. Zwischen Staat und Zivilgesellschaft steht das »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW), eine teilweise staatliche Stiftung, die sich neben der Dokumentation des Nationalsozialismus in Österreich auch dem Kampf gegen aktuelle neonazistische Bewegungen verschrieben hat. In der Zivilgesellschaft gibt es ebenfalls mehrere NROs, die sich antifaschistisch engagieren.

Internationale Kooperation: Die FPÖ versucht intensiv, rechtsextreme Parteien in Europa mit dem Ziel der Gründung einer europäischen Rechtspartei zu koordinieren. Die FPÖ verfügt über gute Kontakte beispielsweise zum Front National (FR), Vlaams Belang (BE) oder der Bürgerinitiative »Pro Köln« (DE).

Auch alle anderen Bereiche des österreichischen Rechtsextremismus verfügen über Kontakte zu Gesinnungsgenossen weltweit. Im neonazistischen Spektrum bestehen traditionell sehr enge Kontakte nach Deutschland. Hier kann man eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen von Veranstaltungen, Konferenzen, gemeinsamen Demonstrationen, Konzerten bis hin zu Organisationen, die sich als länderübergreifend verstehen, beobachten.

Ein gutes Beispiel für die enge Vernetzung österreichischer Neonazis mit ihren internationalen Gesinnungsgenossen ist die Zusammenarbeit von österreichischen, schweizerischen und deutschen Neonazis im Dreiländereck am Bodensee.

8.3.17. Polen

Parteien: Die »Liga der polnischen Familien« (Liga Polskich Rodzin, LPR) ist die wichtigste rechtsextreme Partei in Polen. Nach einem Ergebnis von acht Prozent bei den Wahlen 2005 war sie bis 2007 an der Regierung beteiligt. Die LPR ist eine ultranationale und ultrakatholische Partei, die gern gegen »Fremde« (Deutsche, Juden, MigrantInnen) hetzt und religiöse Themen, z. B. Abtreibung, traditionelle Familie und Homosexualität, nutzt.

Auch die Partei »Selbstverteidigung der Republik Polen« (Samoobrona Rze-

czpospolitej Polskiej, SRP) war in der Rechtsregierung vertreten. Sie lebt vor allem von ihrem Chef Andrzej Lepper und hat durch die Gegnerschaft zum EU-Beitritt an Stimmen gewonnen. Bei den Wahlen 2007 verpassten beide Parteien den Einzug ins Parlament.

Marginal sind die neonazistisch ausgerichtete Partei »Nationale Wiedergeburt Polens« sowie einige andere rechtsextreme Kleinstparteien.

Organisationen: Die »Allpolnische Jugend« (Mlodiez Wszechpolska, MW) ist seit 2001 die Jugendorganisation der LPR. Viele der Mitglieder sind Skinheads. Konsequent fällt die Organisation oft mit militanten Demonstrationen und Aktionen gegen homosexuelle und linke Veranstaltungen auf.

Die »Nationale Rechte« (Prawica Narodowa, PN) hat in letzter Zeit an Einfluss verloren, besitzt aber nach wie vor viele Mitglieder und versucht die Zusammenarbeit mit rechtskonservativen Parteien.

Wichtig ist außerdem der einflussreiche Radiosender »Radio Maryja« (Radio Maria). Der ultrakatholische Sender ist immer wieder mit antisemitischen Programmen aufgefallen und hat international für Schlagzeilen gesorgt.

Subkulturen: Es gibt in Polen eine relativ große Skinheadszene, die vor allem auf den beiden Pfeilern Fußball und Musik steht. Die große polnische Hooliganszene ist mehrheitlich rechtsextrem und fällt im Stadion immer wieder mit antisemitischen Plakaten und Sprechchören auf. Die Szene ist enorm gewaltbereit, so sind fremdenfeindliche Übergriffe häufig. Die polnische Rechtsrockszene ist groß und aktiv. »Blood and Honour« und »Combat 18« haben Unterorganisationen in Polen. Es gibt viele Konzerte und Veranstaltungen aus diesem Spektrum – unnötig zu erwähnen, dass diese Veranstaltungen eine massive Gefahr für Andersdenkende und MigrantInnen bedeuten.

Diskurse und Besonderheiten: Die polnischen Rechtsextremen fallen immer wieder durch massiven und unverhohlenen Antisemitismus auf. Auch Hetze gegen Deutsche, MigrantInnen, Roma und Sinti sind an der Tagesordnung. Im parteiförmigen Rechtsextremismus sind ultrareligiöse Diskurse sehr wichtig. Das äußert sich z. B. in massiver Homophobie und physischen Angriffen auf Veranstaltungen von Homosexuellen. Ein weiteres Agitationsfeld für die Rechtsextremen ist die Gegnerschaft zu EU und NATO. Für die Skinheadszene sind Fußball und Musik die wichtigsten Faktoren zur Gewinnung von Anhängern. Die Anzahl rechtsextremer Übergriffe ist hoch.

Kampf gegen Rechts: Die Beteiligung rechtsextremer Parteien an der Regierung wie auch die große Anzahl an HörerInnen und UnterstützerInnen von »Radio Maryja« zeigt, dass Rechtsextremismus in Polen nicht konsensuell abgelehnt wird. Fremdenfeindliche und homophobe Diskurse finden seit 2001 vermehrt Eingang in den gesellschaftlichen und medialen Mainstream. Bei diesen Rahmenbedingungen ist kaum verwunderlich, dass das staatliche Engagement gegen Rechtsextremismus mangelhaft bis nicht vorhanden ist. Positiv anzumerken ist dagegen, dass es in Polen relativ starkes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts gibt. Zu nennen sind hier sowohl die antifaschistische Jugendbewegung als auch mehrere NROs. Ein Erfolg dieses Engagements war 1997 die Verankerung des Artikels 13 in der neuen Verfassung, der rassistische Aktivitäten explizit verbietet.

Internationale Kooperation: Die polnischen rechtsextremen Parteien haben kaum mehr als formelle Kontakte zu anderen europäischen Rechtsextremen. Die Neonaziszene ist international besser vernetzt. Die rechten Konzerte in Polen finden oft vor internationalem Publikum statt. Auch gemeinsame Aktionen und Demonstrationen mit Neonazis aus anderen Ländern finden von Zeit zu Zeit statt. Für Schlagzeilen sorgte ein gemeinsam von deutschen und polnischen Neonazis verübter Angriff auf Punks in Frankfurt/Oder.

8.3.18. Portugal

Parteien: Es gibt in Portugal keine bei Wahlen erfolgreichen rechtsextremen Parteien. Die »Partei der Nationalen Erneuerung« (Partido Nacional Renovador, PNR) ist eine neofaschistische Partei, die sich diskursiv stark auf die nationale Identität Portugals bezieht und Einwanderung verhindern will (»Portugal den Portugiesen«). Außerdem gibt es von der Partei immer wieder diskriminierende Äußerungen gegenüber Juden, Muslimen und Frauen zu hören.

Organisationen: Die »Nationalistische Jugend« (Juventude Nacionalista, JN) ist eine neofaschistische Jugendorganisation, die eng verbunden ist mit der PNR.

Subkulturen: Es gibt eine kleine Skinhead- und Neonaziszene, die eng mit PNR und JN verbunden ist.

Diskurse und Besonderheiten: Rechtsextremismus ist in Portugal ein marginales Phänomen. Die PNR erhält bei Wahlen meist weniger als ein Prozent der Stimmen. Die Themen der Rechtsextremen sind hauptsächlich Immigration, aber auch religiöser Natur. In Bezug auf diese Themen sind auch von der großen konservativen Partei gelegentlich fremdenfeindliche und reaktionäre Äußerungen zu hören.

Kampf gegen Rechts: Die portugiesische Sicherheitspolizei überwacht die Neonaziszene sehr genau und geht gegen Straftaten konsequent vor.

Es gibt in Portugal eine starke Zivilgesellschaft mit einigen antirassistischen NROs.

Internationale Kooperation: Die PNR unterhält viele Kontakte zu neonazistischen Parteien in ganz Europa, u. a. zur deutschen NPD und zur britischen BNP. Der Vorsitzende der PNR hat bereits an einigen Veranstaltungen in Deutschland als Redner teilgenommen, darunter das »Fest der Völker« in Jena und an einer revisionistischen Demonstration in Dresden. In Portugal sollte 2007 ein großer Kongress europäischer Rechtsextremer stattfindenden, der aber von der portugiesischen Polizei verboten wurde. Angekündigt hatten sich zu diesem Kongress mit dem Thema »Aktivismusformen in Europa« unter anderem die NPD, der französische Front National (FR), die British National Party (GB), die Forza Nuova (IT), Vlaams Belang (BE), die Partei National Orientierter Schweizer (CH), die Nordische Allianz (Nordiska Förbundet) aus Schweden, die rumänische Gruppe Noua Dreaptă sowie mehrere spanische Neonazigruppen.

8. 3.19. Rumänien

Parteien: Die »Großrumänienpartei« (Partidul Romania Mare, PRM) ist eine sehr erfolgreiche rechtsextreme Partei, die zeitweise die zweitmeisten Stimmen bei Wahlen erhielt (2004: 13%). Der Anführer der Partei, Corneliu Vadim Tudor, erhielt bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 einen Stimmenanteil von 32 Prozent. Er fällt durch antisemitische und fremdenfeindliche Äußerungen auf. Daneben hetzt die Partei in letzter Zeit vor allem gegen Roma. Wichtig sind außerdem die Gebietsansprüche eines »Großrumäniens«.

Die »Partei der nationalen Vereinigung Rumäniens« (Partidul pentru Uniunea a Romanilor, PUNR) kann man als Einpunktpartei bezeichnen, die sich auf die Gebietsansprüche Rumäniens konzentriert.

Organisationen: Die Organisation »Neue Rechte« (Noua Dreaptă, ND) fiel mit massiven Angriffen auf die Gay Pride Parade 2007 auf. Die Organisation, die sich hauptsächlich aus StudentInnen rekrutiert, agitiert massiv rassistisch, antisemitisch und ultrareligiös.

Es gibt noch einige weitere Organisationen im Umfeld der »Legionärsbewegung«, die sich vor allem auf den rumänischen Faschismus und die »Eisernen Garden« bezieht

Subkulturen: Es gibt kaum aktive Skinheadgruppen in Rumänien, allerdings kommt es im Bereich der Fußballfans häufig zu rassistischen Äußerungen.

Auch im christlich-orthodoxen Bereich gibt es Gruppen, die gelegentlich Übergriffe verüben.

Diskurse und Besonderheiten: Die rumänischen Rechtsextremen sehen in einem Großrumänien das Hauptziel ihres Kampfes. Die Gebietsansprüche sind das Hauptthema des rumänischen Rechtsextremismus. Dazu kommt die Hetze gehen Roma, die massiv und radikal ist und sich auch immer wieder in Übergriffen manifestiert. Auch gegen andere Minderheiten und MigrantInnen wird gehetzt. Wichtig ist weiterhin der Bezug auf und die Glorifizierung des rumänischen Faschismus und vor allem der »Eisernen Garden«.

Kampf gegen Rechts: Teile des Staatsapparates, insbesondere des Geheimdienstes sind in rechtsextreme Netzwerken involviert. Auch die Polizei geht selten gegen Rechtsextreme vor. Speziell Gewalt gegen Roma wird häufig toleriert. Der Staat selbst betreibt eine teilweise rassistische Politik gegenüber den Roma und der ungarischen Minderheit. In letzter Zeit gibt es aber auch den Versuch von staatlicher Seite, Antidiskriminierungspolitik zu betreiben. Es gibt eine Anzahl von NROs und Minderheitenorganisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Allerdings werden diese Organisationen größtenteils aus dem Westen finanziert, während die rechtsextremen Organisationen oft staatliche Gelder erhalten.

Internationale Kooperation: Die PRM war Teil der ITS-Fraktion (»Identität, Tradition, Souveränität«) im Europäischen Parlament. Auch nach dem Bruch zeigt sie Interesse an Kontakten zu anderen europäischen Rechtsparteien, vor allem nach Russland und zur Front National (FR).

Die ND ist Mitglied der »European National Front« und hat unter anderem Kontakte zur deutschen NPD.

8.3.20 Schweden

Parteien: Es gibt in Schweden eine Vielzahl an extrem rechten Parteien, von denen aktuell aber keine im Parlament vertreten ist. Die größte Gruppe bilden die »Schwedendemokraten« (Sverigedemokraterna, SD), eine rechtspopulistische Partei, die vor allem mit dem Thema »Einwandererkriminalität« Wahlkampf macht.

Die »Nationaldemokraten« (Nationaldemokraterna, ND) sind eine rechtsextreme Partei, die mit rassistischen Themen auf sich aufmerksam zu machen versucht. Die Partei vertritt das Konzept des »Ethnopluralismus«, an ihren Aussagen lässt sich aber offener Rassismus erkennen.

Die »Nationalsozialistische Front« (Nationalsocialistisk front, NSF) ist eine neonazistische Partei, die sich offen zu Adolf Hitler bekennt. Die Partei tritt auf ihren Demonstrationen einheitlich uniformiert auf.

Dazu kommen bis zu zehn weitere rechtsextreme Parteien.

Organisationen: In Schweden gibt es mehrere neonazistische Terrorgruppen, die für zahlreiche Anschläge und Morde verantwortlich sind. Nach dem Höhepunkt 1999 ist die Gewalt zwar etwas abgeflaut; dennoch sind weiterhin Terrororganisationen aktiv, wie etwa die »Legion Wasa« oder die »Schwedische Widerstandsbewegung« (Svenska Motståndsrörelsen, SMR).

Außerdem gibt es noch einige andere Neonaziorganisationen, etwa die »Nationale Allianz« (Nationella Alliansen, NA).

Subkulturen: Es gibt in Schweden eine starke und gewalttätige Skinheadszene. Neben dem Netzwerk »Blood and Honour« sind noch andere, teilweise konkurrierende Organisationen in der florierenden »White Power Music« im Geschäft. Es gibt viele Konzerte und bekannte Bands, die auch international auftreten. Der subkulturelle Neonazismus in Schweden hat einerseits enge Verbindungen zum Rechtsterrorismus und andererseits zu Rockern und der organisierten Kriminalität.

Diskurse und Besonderheiten: Während sich die Schwedendemokraten etwas gemäßigter geben, agieren fast alle anderen Gruppen offen rassistisch. In der schwedischen rechten Szene sind nationalsozialistische Gruppen vorherrschend und meinungsführend. Auffallend sind die Radikalität und die Militanz: Nationalsozialismus wird propagiert und alle Andersdenkenden, MigrantInnen usw. werden brutal bekämpft.

Kampf gegen Rechts: Die sehr liberale Gesetzgebung erlaubt es schwedischen Sicherheitskräften erst sehr spät, einzugreifen. Propagandadelikte werden nicht oder nur mit sehr geringen Strafen verfolgt. Der schwedische Staat engagiert sich mit Programmen gegen Rassismus und für Toleranz.

Es gibt in Schweden eine starke Zivilgesellschaft, die das Problem des Rechtsextremismus erkannt hat und sich klar gegen Intoleranz positioniert. Es herrscht breiter Konsens von den wichtigen Parteien über die Medien bis zu den antirassistischen NROs. Dadurch können die Rechtsextremen nicht in den gesellschaftlichen Mainstream vordringen. Unter den NROs ist vor allem die Aussteigerorganisation für Neonazis, EXIT, zu nennen, die es mittlerweile in mehreren europäischen Ländern gibt.

Internationale Kooperation: Die rechten Parteien haben gute Kontakte in ganz Europa. Auch die Neonaziszene ist gut vernetzt. Eine wichtige Rolle spielen die Musik und das »Blood and Honour«-Netzwerk. Die liberale Gesetzgebung hat Schweden außerdem zu einem beliebten Vertriebsstandort für Nazidevotionalien und zu einem (auch aus Deutschland genutzten) Ort für Schulungen und paramilitärische Trainingslager werden lassen.

8.3.21. Slowakei

Parteien: Die »Slowakische Nationalpartei« (Slovenska narodná strana, SNS) ist an der aktuellen Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Robert Fico beteiligt. Die SNS ist eine ultranationalistische Partei, die mit Warnungen vor Kriminalität und Überfremdung arbeitet. In diesem Zusammenhang kommt es des Öfteren zu rassistischen Äußerungen, vor allem gegenüber der ungarischen Minderheit und den Roma.

Mit der »Bewegung für Demokratie« (Hnutie za demokraciu, HZD) ist eine weitere rechtspopulistische Partei in der Regierung Fico vertreten.

Die »Slowakische Nationalunion« (Slovenska Národná Jednota, SNJ) und die »Slowakische Volkspartei« (Slovenska L´udová Strana, SL´S) sind rechtsradikale Parteien. Die SNJ ist Sammelpunkt für Skinheads, während die SL´S eher traditionalistisch agiert. Beide haben allerdings im Moment keine Chance die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Organisationen: Die Organisation »Slowakische Zusammengehörigkeit« (Slovenská Postpolitost, SP) ist eine faschistische Organisation, die vor allem durch Demonstrationen auf sich aufmerksam macht.

Die Organisation »Neue Freie Slowakei« (Nové Slobodne Slovensko, NSS)ist eine rechtsradikale Organisation mit guten Kontakten zur Skinheadszene.

Subkulturen: Die Skinheadkultur ist in Slowenien relativ stark ausgeprägt. Neben anderen Organisationen gibt es Sektionen der internationalen Organisationen »Hammerskins«, »Blood and Honour« und »Combat 18«. Ideologisch beziehen sich die Skinheads vor allem auf den deutschen Nationalsozialismus. Es gibt auch eine recht aktive »White Power«-Musikszene, mit guten internationalen Kontakten.

Diskurse und Besonderheiten: Das Hauptthema der slowakischen Rechten ist der Umgang mit der ungarischen Minderheit und den Roma. Im Sommer 2008 kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen slowakischen und ungarischen Ultranationalisten, z. B. während eines Fußballspiels. Rassistische Äußerungen sind in diesem Zusammenhang häufig. Insbesondere im Zusammenhang mit Kriminalität und sozialen Problemen werden diese Gruppen immer wieder zu Sündenböcken gestempelt. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bezug auf die Vergangenheit, und zwar sowohl auf faschistische Politiker als auch auf die Zusammenarbeit mit dem deutschen Nationalsozialismus.

Kampf gegen Rechts: Es gibt wenige staatliche Programme, die dem Kampf gegen Rassismus dienen, beispielsweise Schulungen für Staatsbedienstete. Einige PolitikerInnen haben sich deutlich gegen rassistische Gewalt ausgesprochen, und auch die Polizei nimmt das Problem zunehmend ernst (andererseits fällt die Polizei auch immer wieder durch rassistisches Vorgehen gegen Roma auf). Die Regierungsbeteiligung der SNS zeigt, dass Antirassismus kein gesellschaftlicher Konsens ist. Rassistische Äußerungen von PolitikerInnen werden von den Medien wiedergegeben und kontrovers diskutiert. Es gibt einige NROs, die sich gegen Rassismus engagieren. Am bekanntesten ist die Organisation »People Against Racism« (PAR), die öffentliche Aktionen und Kampagnen organisiert sowie Hilfe für Opfer rassistisch motivierter Gewalt anbietet.

Internationale Kooperation: Während die Parteien international kaum vernetzt sind, haben die radikalen Organisationen und Skinheads gute internationale Kontakte. Die NSS hat z. B. Kontakte nach Tschechien, Russland, Frankreich und Deutschland. Die Skinheadszene ist durch Musik und Kontakte bei Demonstrationen international gut vernetzt. Insbesondere die tschechische Skinheadszene war sehr einflussreich beim Aufbau der slowakischen rechtsradikalen Szene, es bestehen nach wie vor gute Kontakte.

8.3.22. Slowenien

Parteien: Die wichtigste rechtsextreme Partei ist die »Slowenische National Partei«(Slovenska nacionalna stranka, SNS). Sie ist nationalistisch, antiklerikal und rassistisch und seit den 90er Jahren regelmäßig im Parlament vertreten. Ihre Hauptthemen sind die angebliche Kriminalität von Roma und Gebietsansprüche gegenüber Österreich.

Die »Nationale Arbeitspartei« (Nacionalna stranka dela, NSD) ist nicht im Parlament vertreten. Es handelt sich um eine rechtsradikale Partei mit guten Kontakten in die Skinheadszene.

Organisationen: Die »Nationalsoziale Union Sloweniens« (Nacional-socialna zveza Slovenije, NSZS) ist eine rechtsradikale Organisation, die paramilitärische Einheiten besitzt, mit denen sie Slowenien gegen »Fremde« schützen will.

Subkulturen: In Slowenien gibt eine sehr kleine Skinheadbewegung. Allerdings wird seit einigen Jahren versucht, den Organisationsgrad zu erhöhen. Außerdem wurden einige regionale »Blood and Honour«-Sektionen gegründet.

Diskurse und Besonderheiten: In der slowenischen Rechten dominieren »Law and Order«-Themen, die von den Rechtsradikalen mit rassistischer Propaganda vermischt werden (besonders gegen Roma). Auch die »Reinhaltung Sloweniens« ist ein Thema. Hier richtet man sich in erster Linie gegen Einwanderung und andere Religionen. Besonders gepflegt wird in der slowenischen Rechten die Feindschaft gegenüber Österreich, die mit einer angeblich feindlichen Politik gegenüber der slowenischen Minderheit in Österreich und Gebietsansprüchen begründet wird.

Kampf gegen Rechts: Es gibt keine staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus. Rassistische Gewalttaten (die allerdings auch vergleichsweise selten vorkommen) werden meistens als einfache Schlägereien geleugnet. Generell wird das Thema in Slowenien als eher unwichtig angesehen. Dennoch gibt es

kleinere NROs, die sich vor allem für Flüchtlinge und Minderheiten einsetzen.

Internationale Kooperation: Die Parteien sind international kaum vernetzt. Auch die Skinheadszene hat aufgrund ihrer Größe kaum Kontakte, auch wenn im Rahmen von »Blood and Honour« eine verstärkte internationale Vernetzung angestrebt wird.

8.3.23. Spanien

Parteien: In Spanien gibt es viele rechtsextreme Parteien, die jedoch alle elektoral erfolglos sind. Die neofaschistische Partei »La Falange Española« ist eine von mehreren Parteien, die sich stark auf den Franquismus beziehen und mit reaktionären und faschistischen Zielen auf Wählerfang gehen.

Die »Spanische Front« (Frente Español, FE) ist eine Wahlplattform aus mehreren, teilweise verbotenen rechtsextremen Parteien und Gruppierungen.

Die »Nationale Allianz« (Alianza Nacional, AN) ist eine relativ neue Partei mit einem faschistischen Programm, das sozialistische Wirtschaftskonzeptionen enthält.

»Nationale Demokratie« (Democracia Nacional, DA) ist eine rechtsextreme Partei mit guten Kontakten in die Neonazi- und Skinheadszene.

Organisationen: Es gibt in Spanien sehr viele verschiedene rechtsextreme Organisationen, von den allerdings keine die Bedeutung des aufgelösten, europaweit aktiven CEDADE-Netzwerks erreicht.

Subkulturen: Es gibt in Spanien eine relativ große und gewaltbereite Neonaziszene. In den letzten Jahren sind mehrere Menschen von Neonazis ermordet worden.

Die Skinheadszene ist eng verbunden mit den Ultras, radikalen Fußballfans, die nicht selten rassistisch agieren. Schwerpunkte dieser Szenen sind Madrid und Barcelona.

Diskurse und Besonderheiten: In Spanien ist der parteiförmige Rechtsextremismus schwach aufgestellt, während rechtsextreme Vorfälle relativ häufig sind. Die meisten Rechtsextremen beziehen sich historisch auf den Franquismus. Während die in Spanien starken separatistischen Bewegungen meist links geprägt sind, bestehen die Rechten auf der Einheit Spaniens. Wichtige Themen sind außerdem Einwanderung, Kriminalität und religiöse Themen.

Kampf gegen Rechts: Die spanische Polizei geht einigermaßen konsequent gegen rechtsextreme Straftäter vor. Die Bewertung des Franquismus ist in Spanien nach wie vor umstritten und Gegenstand des Parteienwettbewerbs. Dies erschwert das gemeinsame Vorgehen der demokratischen Parteien gegen neofaschistische Tendenzen. Es gibt einige staatliche Programme gegen Rassismus.

In Spanien gibt es eine starke Zivilgesellschaft mit einer starken antifaschistischen Traditionslinie, in der viele NROs stehen, die sich der Bekämpfung von Rassismus widmen.

Internationale Kooperation: La Falange hat umfangreiche Kontakte nach Europa und ist Mitglied der »European National Front«. Unter anderem besitzt La Falange gute Kontakte zur deutschen NPD und zur britischen BNP.

8.3.24. Tschechische Republik

Parteien: Die »Republikaner« (Republikani Mirolsava Sládek, RMS) waren als einzige rechtsextreme Partei nach dem Ende des Kommunismus im Parlament vertreten. Seit 2002 erlebt die Partei allerdings einen Bedeutungsverlust und stagniert bei etwa einem Prozent der Stimmen. Die wichtigsten Agitationsthemen dieser Partei sind die Hetze gegen Roma, (Sudeten-)Deutsche und ImmigrantInnen sowie antiwestliche Positionen.

Ebenfalls rechtsradikal ist die »Nationale Partei« (Národní strana, NS) die sich auch gegenüber dem Westen und der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens positioniert. In letzter Zeit sorgte ihre Forderung nach Ausweisung der Roma nach Indien für Schlagzeilen.

Die Partei »Rechte Alternative« (Pravá Alternativa, PA) ist eindeutig faschistisch und fest in der Hand von Neonazis.

Die »Arbeiterpartei« (Dělnická strana) ist eine rechtsextreme Partei, die in die Schlagzeilen geraten ist, weil AnhängerInnen nach einer Demonstration im November 2008 ein hauptsächlich von Roma bewohntes Stadtgebiet massiv angriffen.

Dazu kommt noch die marginale Partei »Nationale Einigung« (Národní sjednocení) und die Neugründung »Junge Nationaldemokraten«.

Organisationen: Es gibt zahlreiche Organisationen, die mit der Skinhead-Subkultur verbunden sind. Dazu gehören: »Böhmische Hammerskins« (BHS), »Blood and Honour« (inzwischen verboten, aber zahlreiche Nachfolge- und illegale Organisationen), »Nationale Allianz« (NA), »Nationaler Widerstand« (NO) und die »Patriotische Front« (VF).

Außerdem gibt es die »Republikanische Jugend« (RM), die Jugendorganisation der RMS.

Subkulturen: In Tschechien gibt es eine große und aktive Skinheadszene. Es gibt zahlreiche Übergriffe gegen politische GegnerInnen, Roma und MigrantInnen. Die Szene ist durch zahlreiche klandestine Gruppen lose organisiert. Als sehr wichtiger Faktor für die Szene erweist sich die Musik: Es gibt zahlreiche Konzerte, die »White Power«-Musikszene Tschechiens ist eine der größten weltweit. Der Vertrieb von CDs, Accessoires und Propagandamaterial wird von BHS und den Nachfolgeorganisationen von »Blood and Honour« organisiert.

Diskurse und Besonderheiten: Beliebte Themen der tschechischen Rechtsextremisten sind die Hetze gegen Roma, MigrantInnen und Homosexuelle. Die Parteien setzen oftmals auf Hetze gegen Deutschland, die Skinheadszene kooperiert hingegen sogar oft mit deutschen Gruppierungen. Die Skinheads setzen vor allem auf rassistische und antisemitische Themen. Auffällig ist, dass die Parteien in Tschechien marginale Bedeutung haben, während die Skinheadszene groß, aktiv und international gut vernetzt ist. Diese Konstellation führt dazu, dass Rechtsextreme zwar wenig Einfluss auf den Diskurs haben, aber es eine hohe Anzahl gewalttätiger Übergriffe gibt.

Kampf gegen Rechts: Die tschechische Polizei geht inzwischen meistens konsequent gegen rechtsextreme Straftäter vor. Propagandadelikte werden allerdings mangelhaft verfolgt. In Tschechien kann man von einer starken Zivilge-

sellschaft sprechen. Parteien, Medien und NROs thematisieren die Problematik des Rechtsextremismus und positionieren sich deutlich. Zuletzt konnte man dies 2007 in Prag beobachten, als ein geplanter Marsch von Neonazis durch das Jüdische Viertel von Polizei und DemonstrantInnen verhindert wurde. Rechtsextreme Diskurse bleiben daher marginal und finden kaum Anklang in der Öffentlichkeit. In Reaktion auf die Übergriffe von Neonazis hat sich außerdem eine relativ große (und teilweise militante) antifaschistische Jugendbewegung gebildet.

Internationale Vernetzung: Die Parteien unterhalten Kontakte zu anderen europäischen Rechtsparteien (die allerdings meistens rein formell bleiben). Ausgenommen sind Rechtsparteien aus Deutschland und Österreich wegen antideutscher Positionen. Die RMS kooperiert u. a. mit dem Front National (FR) und den Liberaldemokraten (RUS).

Die Skinheadszene ist international sehr gut vernetzt. Tschechische Neonazis nehmen regelmäßig an Demonstration im Ausland teil und kooperieren auch mit der deutschen Szene. Eine Schlüsselrolle nimmt hier wieder die Musik ein: Tschechische »White Power«-Bands wie »Bulldog« oder »Excalibur« sind international bekannt und beliebt. Die regelmäßig stattfindenden Konzerte locken Neonazis aus allen europäischen Ländern nach Tschechien.

8.3.25. Ungarn

Parteien: Die größte ungarische rechtsextreme Partei, die »Partei für Ungarische Gerechtigkeit und Leben« (Magyar Igazság és Élet Pártjá, MIÉP), war von 1998-2002 im Parlament vertreten. Sie verfügt über eine große Zahl von AnhängerInnen und über große Mobilisierungskraft. Die wichtigsten Agitationsthemen sind revisionistische Gebietsansprüche, »Zigeunerkriminalität« und ein kaum verhohlener Antisemitismus.

Eng verbunden mit MIÉP ist die »Bewegung für ein besseres Ungarn« (Jobboldali Ifjúsági Közösség – Jobbik), ebenfalls eine extrem rechte Partei, die sich durch die Gründung der »Ungarischen Garden« hervorgehoben hat. Dazu kommen noch die marginalen Parteien »Ungarische Nationale Front« (Magyar Nemzeti Front, MNF), die »Partei der ungarischen Interessen« (Magyar Erdek Partja, MDF) und die offen neonazistische Partei »Ungarische Wohlfahrtvereinigung« (Magyar Népjóléti Szovetség, MNSZ).

Organisation: Die Gründung der »Ungarischen Garden« sorgte 2007 international für Schlagzeilen. Die öffentliche Vereidigung der paramilitärischen Gruppe vor 3 000 SympathisantInnen zeigte den Grad an gesellschaftlicher Verankerung, den der Rechtsextremismus inzwischen in Ungarn erreicht hat. Die Uniformen und die Symbolik der »Garden« erinnern an die ungarischen Faschisten, die im Zweiten Weltkrieg mit Hitler paktierten. Inzwischen laufen mehrere Verfahren zum Verbot der Organisation, der Ausgang ist im Moment aber noch nicht abzusehen. Des Weiteren gibt es die MNA und »Ungarische Nationale Freiheitspartei« (Magyar Nemzeti Szabadság Párt, MNSP), die beide als neonazistisch bezeichnet werden können und offen rassistisch agitieren. Dazu

gibt es noch eine Vielzahl weiterer kleiner und kleinster Vereinigungen im Bereich des ungarischen Rechtsextremismus.

Subkulturen: Auch wenn die Skinheadbewegung inzwischen kleiner ist als auf ihrem Höhepunkt in den frühen 90er Jahren, ist doch die ungarische Skinheadbewegung immer noch groß und schlagkräftig. Es gibt häufig Überfälle vor allem auf Roma und Juden, aber auch auf Parteibüros der Sozialisten. Es gibt zahlreiche lose Vereinigungen. Die einzige langfristig bestehende ist die nationale Unterorganisation der internationalen Vereinigung »Blood and Honour«.

Diskurse und Besonderheiten: Die rechtsextreme Szene ist in Ungarn eine relevante politische Kraft. Rassistische und antisemitische Äußerungen sind im politischen Diskurs häufig, besonders die rechtskonservative Partei »Fidesz – Ungarischer Bürgerbund« (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség) tut sich mit Distanzierungen von den Rechtsextremen schwer. An den Protesten gegen die Regierung im Herbst 2006 war eine große Anzahl an Skinheads und Rechtsextremen beteiligt und für die Eskalation der Situation verantwortlich.

Der wichtigste Diskurs der Rechtsextremen sind Ansprüche auf Gebiete, die zu »Großungarn« gezählt werden. So kommt es immer wieder zu Demonstrationen in der Slowakei und zu Zusammenstößen mit slowakischen Nationalisten, was im Herbst 2008 auch zu Konflikten zwischen den Staaten geführt hat. Des Weiteren sind Kriminalität (insbesondere vermeintliche »Zigeunerkriminalität«), Immigration, Ressentiments gegenüber dem Westen (vor allem gegenüber USA und NATO) sowie Antisemitismus wichtige Themen der ungarischen Rechten.

Kampf gegen Rechts: Die Polizei agiert relativ inkonsequent gegen Rechtsextreme. Verurteilungen aufgrund von Propagandadelikten erfolgen – trotz gesetzlicher Grundlage – nur selten. Klare Positionierungen gegen Rechtsextremismus in der Zivilgesellschaft kommen nur von liberaler und sozialistischer Seite. Die Konservativen dagegen bezeichnen Warnungen vor rechter Gewalt als »Wahlkampf« und versuchen selbst vor allem mit Anti-Roma-Äußerungen Stimmen zu gewinnen. Rechtsextremismus wird in Ungarn nur von Links und von Opferorganisationen thematisiert. Öffentliche Programme fehlen genauso wie die Behandlung des Themas in der Schule. Es existieren allerdings einige Organisationen, allen voran das »Open-Society-Institute« von George Soros, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Internationale Vernetzung: Die MIÉP verfügt über gute internationale Kontakte, vor allem zum Front National (FR), zur FPÖ (Ö) und zum Vlaams Belang (BE). Die Beziehungen zu den Rechten in den Nachbarländern sind wegen der erhobenen Gebietsansprüche eher frostig.

8.3.26. Vereintes Königreich

Parteien: Die »Britische Nationalpartei« (British National Front, BNP) ist momentan die wichtigste rechtsextreme Partei in Großbritannien. Sie konzentriert sich auf die Hetze gegen ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen und hat auch versucht, mit islamophoben Positionen Profit aus den Anschlägen des 11. September 2001 zu ziehen.

Die »Nationale Front« (National Front, NF) hat nach ihrer Hochphase in den 70er Jahren inzwischen die Führungsrolle im rechtsextremen Lager an die BNP ganz klar verloren. Auch die NF konzentriert sich auf rassistische Hetze gegen ImmigrantInnen.

Daneben gibt es eine ganze Reihe von rechtsextremen Klein- und Kleinstparteien, die zumeist aus Abspaltungen der beiden Großen bestehen, z. B. die »Nationaldemokraten« (National Democrats, ND).

Organisationen: Die »Gesellschaft 9. November« (November 9th Society, N9S) ist eine neonazistische Organisation, die konspirativ agiert. Sie steht damit beispielhaft für eine Reihe ähnlicher Organisationen.

Es gibt in England einige neonazistische Terrorgruppen. Die wichtigste ist »Combat 18«, von der einige Abspaltungen und Assoziierungen existieren. Eine davon ist die »Nationalsozialistische Bewegung« (National Socialist Movement, NSM), welcher der Bombenattentäter David Copeland aus London angehörte.

Subkulturen: England ist die Wiege der Skinheadkultur. Hier wurde auch »Blood and Honour« (B&H) gegründet. Es besteht nach wie vor eine große Gruppe rassistischer Skinheads, die über »Blood and Honour« Konzerte organisieren und Musik vertreiben. Oftmals sind Skinheads eng verbunden mit Hooligangruppierungen, die in England sehr stark vertreten, enorm gewaltbereit und zu einem großen Teil rassistisch orientiert sind.

Diskurse und Besonderheiten: Das Hauptthema des britischen Rechtsextremismus war und ist die Immigration (insbesondere die Immigration aus Afrika und Asien). Hier wird versucht, an rassistische Vorurteile und soziale Ängste anzuknüpfen. Die britischen Rechtsparteien positionieren sich traditionell als Arbeiterparteien (»British workers first«). In letzter Zeit wird vermehrt versucht, aus der Angst vor islamistischem Terror mit islamophoben Parolen Profit zu schlagen. Auch die »Bewahrung der nationalen Identität« (vor allem gegenüber der EU) bleibt ein wichtiges Thema der britischen Rechten. Die Skinheads und die terroristischen Gruppen positionieren sich neonationalsozialistisch und antisemitisch.

Kampf gegen Rechts: In Großbritannien gibt es staatliche Programme gegen Rechtsextremismus. Die Polizei geht relativ konsequent gegen Neonazis vor. Nationalsozialismus wird in Großbritannien vom allergrößten Teil der Bevölkerung abgelehnt, auch in der nationalistischen Rechten gilt er als unpatriotisch. Problematisch ist ein relativ weit verbreiteter Rassismus, der auch innerhalb der Polizei vorhanden ist. Er findet sich ebenfalls in Äußerungen bestimmter Politiker und Medien wieder und generiert so ein Klima, in dem rassistische Ausgrenzung und Gewalt möglich werden.

Es gibt eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, von autonomen Antifaschisten bis zu konservativen Stiftungen, die sich auf verschiedene Weisen gegen Rassismus engagieren.

Internationale Kooperation: Die BNP hält sehr viele Kontakte zu anderen neonazistischen Parteien in Europa, so zum Front National (FR), zu den schwedischen und deutschen Nationaldemokraten. Mit der deutschen NPD besteht ein reger Kontakt, der zu gemeinsamen Veranstaltungen, Gastbeiträgen in Parteizeitungen und Unterstützung im Wahlkampf führt.

Die englische Skinheadszene besitzt vor allem über das »Blood and Honour«-Netzwerk gute Kontakte nach ganz Europa.

8.3.27. Zypern

Parteien: Auf Zypern gibt es keine relevanten rechtsextremen Parteien.

Organisationen: Die griechische neofaschistische Bewegung »Goldene Morgendämmerung« (Chrysi Avyi) ist auch auf Zypern aktiv. Sie fordert den Anschluss Zyperns an Griechenland und das Ende der türkischen Militärpräsenz in Nordzypern.

Subkulturen: Es gibt eine kleine gewaltbereite rechtsextreme Szene auf Zypern, die eng mit der Goldenen Morgendämmerung verbunden ist.

Diskurse und Besonderheiten: Die meisten zypriotischen Rechtsextremen fordern den Anschluss an Griechenland. Als gemeinsamer Feind gilt die Türkei, die Rechtsextremen fordern die Wiedervereinigung der Insel unter griechischer Fahne. Diese Themen bestimmen auch den rechten Diskurs.

Kampf gegen Rechts: Der Staat reagiert bisher kaum auf die rechtsextremen Umtriebe. Zivilgesellschaftlich wird der Widerstand vor allem durch das Bündnis »Jugend gegen Nationalismus« und die linken Parteien organisiert.

Internationale Kooperation: Die zypriotischen Rechtsextremen haben sehr gute Kontakte nach Griechenland. Im Sommer 2008 sollte ein Zeltlager europäischer Rechtsextremer auf Zypern stattfinden. An der Organisation waren die »Goldene Morgendämmerung«, Forza Nuova (IT) und die NPD (DE) beteiligt.

8.3.28. Türkei

Parteien: Die »Partei der Nationalistischen Bewegung« (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) ist die wichtigste rechtsextreme Partei in der Türkei. Sie ist momentan mit 70 Abgeordneten (14%) in der Nationalversammlung der Türkei vertreten. Die Partei vertritt einen expansionistischen Panturkismus und richtet ihren Wahlkampf vor allem gegen separatistische Bewegungen wie die kurdische Arbeiterpartei PKK.

Die »Junge Partei« (Genç Parti, GP) ist eine rechtspopulistische und kemalistische Partei, die ebenfalls einen großtürkischen Nationalismus propagiert. Sie ist momentan mit einem Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten.

Die »Partei der Großen Einheit« (Büyük Birlik Partisi, BBP) ist eine extrem nationalistische und islamistische politische Partei.

Organisationen: Rund um die MHP gibt es eine Großzahl an Organisationen. Die Anhänger der Partei, die sich als »Graue Wölfe« (Bozkurtlar) oder »Idealisten« (Ülkücüler) bezeichnen, haben in fast allen gesellschaftlichen Bereichen eigene Organisationen, z. B beim Militär, einen Intellektuellenverband oder einen Bauernverband.

Subkulturen: Oft agieren »Graue Wölfe« auch als gewaltbereite Gruppen, vor allem im Kampf gegen die PKK. Daneben gibt es weitere ultranationalistische Gruppierungen.

Diskurse und Besonderheiten: Der rechtsextreme Diskurs wird vor allem durch den Panturkismus bestimmt, der Idee einer großen Türkei, die alle Turkvölker einschließt. Im Namen dieser Idee werden separatistische Gruppierungen (vor allem die PKK), massiv und teilweise unter Anwendung von Gewalt bekämpft. Minderheiten, wie den Armeniern, wird mit offenem Rassismus begegnet. Obwohl islamistische Ideen an Einfluss gewinnen, stehen so gut wie alle Rechtsextremen nach wie vor auf dem Standpunkt des Laizismus. Dazu kommt ein starker Antikommunismus, der sich oft mit antisemitischen Einstellungen verbindet.

Kampf gegen Rechts: Nationalismus ist in der Türkei Staatsräson. Rechtsextreme Gruppierungen werden deshalb kaum belangt und teilweise als Bündnispartner im Kampf gegen die PKK akzeptiert.

Es gibt allerdings in der Zivilgesellschaft politische Akteure, die sich gegen Rechtsextremismus stellen. Dazu gehören Minderheitenorganisationen, linke Parteien und Bewegungen, Menschenrechtsorganisationen und Intellektuelle. So wurde z. B. das Begräbnis des von einem Rechtsextremisten erschossenen Hrant Dink zu einer politischen Demonstration mit knapp 100 000 TeilnehmerInnen.

Internationale Kooperation: Die MHP ist unter den türkischen MigrantInnen in Europa sehr stark und hat mehrere Auslandsorganisationen. Kooperationsversuche mit europäischen rechten Parteien scheiterten bisher immer.

8.3.29. Russland

Parteien: Es gibt in Russland schätzungsweise 150 rechtsextreme Parteien und Organisationen.

Die »Liberaldemokratische Partei Russlands« (Либерально-Демократическая Партия России, LDPR) ist eine rechtspopulistische und ultranationalistische Partei, die bei den letzten Wahlen 2007 neun Prozent der Stimmen erhielt. Die Partei fordert unter anderem den Anschluss der früheren Sowjetrepubliken an Russland, Russisch als einzige erlaubte Sprache und die Einführung der Todesstrafe.

Die »Nationalbolschewistische Partei« (Национал-большевистская партия, NBP) steht exemplarisch für eine Reihe rechtsextremer Parteien, die rassistische, sozialistische und eurasische Ideologien zusammenbringen.

Die »Russische Nationalsozialistische Partei« (Русская Национальная Социалистическая Парти, RNSP) ist ein Beispiel für einige neonazistische Parteien, die aber eher wenig Erfolg bei Wahlen haben.

Organisationen: Die »Russischen Nationaleinheiten« (Russkoye Natsionalnoye Edinstvo, RNE) sind eine Partei, in erster Linie jedoch eine paramilitärische Organisation. Die Organisation ist enorm zersplittert. Es gibt viele Gruppen, die mit dem gleichen oder ähnlichen Namen in Konkurrenz zueinander stehen. Die Gruppe ist straff organisiert. Ihre Mitglieder sind z. B. in Fahrer, Kader und Intellektuelle gegliedert. Das wichtigste Ziel ist die »ethische Reinheit Russlands«.

Dazu kommt eine Vielzahl weiterer Organisationen aus dem gesamten rechtsextremen Spektrum.

Subkulturen: Der rassistischen Skinheadbewegung gehören in Russland ca. 70 000 Mitglieder an. Zentren sind Moskau und St. Petersburg. Die Skinheads organisieren sich in Gruppen wie »Schulz 88« oder »Mad Boys«. Es gibt eine sehr hohe Anzahl an Übergriffen.

Des Weiteren gibt es viele Neonazigruppen, die sich nicht den Skinheads zurechnen, aber genauso gewaltbereit sind. Außerdem finden sich einige rechtsterroristische Gruppen, die u. a. mit einem Bombenanschlag auf einen asiatischen Markt, auf eine Zugstrecke und mit einer im Internet veröffentlichten Hinrichtung Schlagzeilen machten.

Diskurse und Besonderheiten: Der Umfang rechtsextremer Gewalt in Russland ist massiv. Allein im ersten Halbjahr 2008 gab es über 60 dokumentierte Morde durch Rechtsextremisten. Die wirkliche Anzahl sowie die Zahl der Verletzten liegt weit höher. Im Sommer und Herbst 2008 eskalierte die Gewalt weiter. Bis November wurden von MenschenrechtlerInnen schon 113 Morde an MigrantInnen gezählt – ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Dazu kommen zwei offenbar geplante Morde gegen AntifaschistInnen, die auf offener Straße erstochen wurden.

Während die meisten rechtsextremen Gruppierungen gesellschaftlich stark verwurzelt sind, werden Skinheads und nationalsozialistische Gruppierungen von den meisten Menschen abgelehnt. Sie verfügen aber über ein enormes Personen- und Gewaltpotenzial.

Russische Rechtsextreme befürworten die Expansion Russlands. Daneben stehen rassistische Phantasien eines »slawischen, ethnisch reinen Russlands«. Antiliberale und antiwestliche Ideen sind ebenfalls sehr verbreitet. Dazu kommen religiös-orthodoxe Diskurse, die sich z. B. gegen Homosexualität richten.

Kampf gegen Rechts: Durch die hohe Zahl an rassistischen Morden und Gewalttaten und die damit verbundene nationale und internationale mediale Aufmerksamkeit ist der russische Staat unter Druck geraten. Das Resultat waren einige sorgsam inszenierte Prozesse, in denen hohe Strafen verhängt wurden. Insgesamt stehen Politik, Polizei und Justiz dem Rechtsextremismus jedoch untätig gegenüber. Es gibt keine staatlichen Programme für Toleranz und keine konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten, sondern im Gegenteil viele Berichte über die Zusammenarbeit von Polizei und Miliz mit Rechtsextremen. Staatlich verordneter Nationalismus und eine intolerante Politik gegenüber Minderheiten verstärken die Problematik.

Der zivilgesellschaftliche Widerstand ist schwach. Er besteht aus einigen NROs sowie der antifaschistischen Jugendbewegung und ist mit sehr großen Risiken verbunden.

Internationale Kooperation: Die russischen Rechtsparteien haben in den angrenzenden Staaten mit großen russischstämmigen Minderheiten meist Ableger, die dort den Anschluss an Russland propagieren. Auch die Skinheadszene hat in den Grenzregionen Beziehungen in die Nachbarländer. Ansonsten sind die internationalen Kontakte der russischen Rechtsextremen kaum ausgeprägt.

8.3.30. Ukraine

Parteien: Im Moment ist keine rechtsextreme Partei im Parlament vertreten, allerdings befinden sich in den beiden großen Parteienbündnissen sowohl PolitikerInnen als auch kleine Parteien, die gelegentlich ultranationalistisch oder fremdenfeindlich argumentieren.

Die »Allukrainische Freiheitsunion« (VO Svoboda) ist eine offen rechtsextreme Partei, die gegen Juden und Russen hetzt.

Die »Progressive Sozialistische Partei« (Progressivnaya Sotsialističeskaja Partiya Ukrajiny, PSPU) wird aufgrund ihrer prorussischen Haltung oft als linksradikal bezeichnet, ist aber eine neofaschistische Partei mit guten Beziehungen zu russischen Rechtsextremen.

Organisationen: Die »Ukrainische Nationalistische Arbeiterpartei« (UNTP) ist eine offen neonazistische Organisation, die deswegen nicht als Partei zugelassen ist. Die UNTP besitzt gute Beziehungen zu rechtsextremen Skinheads und Fußballfans.

Die »Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung« (UNA – UNSO) ist eine einflussreiche nationalistische Organisation mit neonazistischer und paramilitärischer Vergangenheit, die inzwischen aber gemäßigter auftritt.

Subkulturen: Es gibt ca. 1 300 Skinheads in der Ukraine, von denen einige in der nationalen Sektion von »Blood and Honour« organisiert sind.

Außerdem gibt es in letzter Zeit vermehrt Berichte über rechtsextreme Fußballfans.

Diskurse und Besonderheiten: Die ukrainischen Rechtsextremen teilen sich, wie die gesamte ukrainische Politik, in ein prowestliches und ein prorussisches Lager. Die Prowestlichen grenzen sich thematisch stark gegen Russland ab und befürworten teilweise einen slawischen Staatenbund, unter Ausschluss Russlands und mit Kiew als Hauptstadt. Die prorussische Seite richtet sich hauptsächlich gegen die USA, die Nato und die EU. Gemeinsam sind beiden Lagern die Fremdenfeindlichkeit und die häufig orthodox-religiöse Argumentation.

Kampf gegen Rechts: Mehrere rechtsextreme Übergriffe in den letzten Jahren haben die Politik zum Handeln gezwungen. Der ausgerufene »Kampf gegen Skinheads« bleibt fast ausschließlich Symbolpolitik. Auch sonst sind Maßnahmen gegen Rassismus kaum vorhanden.

In der Zivilgesellschaft regt sich wenig Widerstand. NROs werden meist aus dem Westen finanziert, und nur eine widmet sich explizit dem Thema Rechtsextremismus (»SOS Racism!«).

Internationale Kooperation: Ein Teil der rechtsextremen Szene besitzt sehr gute Kontakte nach Russland, während der andere Teil mit Rechtsextremen aus Moldawien und Georgien zusammenarbeitet. Die UNA – UNSO pflegt Kontakte zur deutschen NPD.

8.3.31. Weißrussland

Parteien: Weißrussland ist ein autoritärer Staat. Parteien haben nur eine Chance auf Erfolg, wenn sie das Parteienbündnis des Präsidenten Lukaschenko unterstützen. Zu diesem Bündnis gehört die »Liberaldemokratische Partei Weißrusslands« (Liberalna-Demokratychnaya Partya Belarusi, LDPB), welche ein Ableger der russischen Liberaldemokraten ist und ebenfalls ein fremdenfeindliches Profil besitzt.

Organisationen: Die Gruppe »Russische Nationaleinheit« (RNU) ist eine rechtsextreme Gruppierung, die für antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe verantwortlich ist.

Subkulturen: Es gibt einige neonazistische Gruppen, die für eine große Anzahl antisemitischer und rassistischer Zwischenfälle verantwortlich sind.

Diskurse und Besonderheiten: Neben fremdenfeindlichen Diskursen, die sich vor allem gegen Tschetschenen richten, gibt es einen starken Antisemitismus. Weißrussische Rechtsextremisten befürworten meist einen großrussischen Staat.

Kampf gegen Rechts: Es werden viele Vorwürfe laut, die Regierung nutze die Rechtsextremen für ihre Zweck. Sie lässt sie meist gewähren, und es gibt immer wieder Übergriffe auf Oppositionelle. In jedem Fall unternimmt die Regierung nichts gegen Rechtsextremismus, von gelegentlichen plakativen Festnahmen und Verurteilungen einmal abgesehen.

Internationale Kooperation: Weißrussische Rechtsextreme haben nur wenig Kontakt ins Ausland, und wenn, dann nach Russland.

8.4. Literatur

Bathke, Peter (Hrsg.) 2006: Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin, Dietz.

Carter, Elisabeth 2005: The extreme right in Western Europe: Success or Failure? Manchester, Manchester University Press.

Greven, Thomas 2006: Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ignazi, Piero 2006: Extreme right parties in Western Europe. Oxford, Oxford University Press.

Klandermanns, Bert 2006: Extreme right activists in Europe. London, Routledge.

Koopmans, Ruud 1997: Citizenship, national identity and the mobilisation of the extreme right. Berlin, WZB.

Kühnl, Reinhard 1998: Die extreme Rechte in Europa. Heilbronn, Distel Verlag.

Mudde, Cas 2005: Racist extremism in Central and Eastern Europe. London, Routledge.

Ders. 2007: Populist radical right parties in Europe. Cambrigde, Cambrigde University Press.

Norris, Pippa 2005: Radical right. Voters and parties in the electoral market. New York, Cambrigde University Press.

Links gegen Rechts in Europa

Europäisches Netzwerk für Interkulturalität und gegen Rassismus und Faschismus (Englisch)
http://www.unitedagainstracism.org/

Die Organisation FARE (Football against Racism in Europe) wurde bereits 1999 in Österreich gegründet und ist europaweit aktiv. Eine aktuelle Kampagne ist »Show racism the red card«.
http://www.farenet.org

Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (ENAR)
http://www.enar-eu.org/

Rassismus in Europa – Länderberichte beim European Network against Racism
http://www.enar-eu.org/Page_Generale.asp?DocID=15294

Annual Report ENAR
http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/pdffr/Annual%20Report%20Enar07_finalLowRes.pdf

Europäische rechtsextreme Parteien – Übersicht bei Ras l'front (Französisch)
http://www.raslfront.org/documentation/ext_droite_europe.php

Europawahl 2004 – die Ergebnisse rechter Parteien beim Antifaschistischen Pressearchiv
http://www.apabiz.de/archiv/material/Europawahl2004.htm

Internationale Netzwerke der Rechtsextremen – Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung
http://www.bpb.de/themen/K1H2VU,0,0,Schwerpunkt%3A_Internationale_Netzwerke.html

Antisemitismus – Länderberichte des Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism der Tel Aviv University (Englisch)
http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/index.html

Arbeiten der Heinrich-Böll-Stiftung zu Rechtsextremismus in Europa:
Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa
http://www.boell.de/stiftung/akademie/akademie-4183.html

http://www.boell.de/downloads/ga05_rechtsextremismus.pdf

Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Rechtsextremismus in Europa:
Internationalisierung des Rechtsextremismus – Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung
http://library.fes.de/pdf-files/bueros/berlin/03632.pdf

Rechtspopulismus in Europa – Zwei Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung
http://library.fes.de/fulltext/id/01353.htm

http://library.fes.de/fulltext/id/01358.htm

Wichtige Institutionen, die gemeinsame Bestrebungen der europäischen Staaten gegen Rassismus, Diskriminierung und auch Rechtsradikalismus abbilden und fördern:
European Union Agency for Fundamental Rights (FRA, früher EUMC) in Wien
http://www.fra.europa.eu/fra/index.php

European Union Agency for Fundamental Rights: Annual Report 2008
http://fra.europa.eu/fra/material/pub/ar08/ar08_en.pdf

European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) in Straßburg
http://www.coe.int/t/e/human_rights/ecri/

Migrant Integration Policy Index
http://www.integrationindex.eu/

EU Förderprogramme:
Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfaltw
http://www.xenos-de.de

Daphne III: Programm zum Schutz und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und Risikogruppen
http://ec.europa.eu/justice_home/funding/daphne3/funding_daphne3_en.htm

PROGRESS: Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität
http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_de.html

Zum Weiterlesen:

»Braune Gefahr für Deutschland« (2008) und »Rechtsextremisten in Norddeutschland – Wer sie sind und was sie tun« (2006).
Beide Publikationen sind kostenlos gegen Zahlung der Versandkosten zu bestellen unter angelika.beer@europarl.europa.eu oder 030-22770021

Impressum

Angelika Beer, MdEP
Büro im Deutschen Bundestag
Unter den Linden 50 / Büro 2.111
D-11011 Berlin
fon: 0049-30-227-70021
fax: 0049-30-227-76017
mail: angelika.beer@europarl.europa.eu

Redaktion & Konzeption: Holger Spöhr, Mareike Rehse
Lektorat: Henrike Ortmann

Fotos: Attenzione Fotos (S. 15, 21, 41, 51, 83), AP (S. 30), Schlager/APA/picturedesk.com (S. 37), Europäisches Parlament (S. 66, 71, 74, 76), STOLPERSTEINE (S. 59), Coverbild Picture alliance/dpa

Satz & Layout: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH
Druck: Bloch & Co GmbH
Ausgabe: Januar 2009

V.i.S.d.P.:

Angelika Beer, MdEP
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 / ASP 08 H240
1047 Bruxelles / Belgien
fon: 0032-2-284-5135
fax: 0032-2-284-9135
mail: angelika.beer@europarl.europa.eu

Büro im Deutschen Bundestag
Unter den Linden 50 / Büro 2.111
D-11011 Berlin
fon: 0049-30-227-70021
fax: 0049-30-227-76017
mail: angelika.beer@europarl.europa.eu

www.angelika-beer.de

Diese Publikation kann gegen Zahlung der Versandkosten in meinem Berliner Büro kostenlos bestellt werden.